REISE WELT

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 20. August 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 192 - 34. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Anklage: Generalbundesanwalt Rebmann hat gegen den sogenannten Tornado-Spion, den Ingenieur Manfred Rotsch, vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit Anklage erhoben. (S. 4)

Parteispenden: Die Bonner Staatsanwaltschaft ermittelt nach eigenen Angaben gegen keinen der Bonner Politiker, die auf den Wahlkampf-Spendenlisten privater Versicherungen aufgeführt sind. Gegen keinen von ihnen lägen Anhaltspunkte zur Beihilfe bei Steuerhinterziehung vor. (S. 4)

Medien: Die Haltung Hessens, keine privaten Rundfunkanbieter zuzulassen, verstößt nach Auffassung des Rechtsprofessors Detlef Merten gegen das Grundgesetz. Dies geht aus einem Gutachten hervor, das der FDP-Politiker Hoffie in Auftrag gegeben hatte.

Arbed: Der saarländische FDP-Vorsitzende Rehberger hat die SPD-Regierung aufgefordert, ihr gutes Verhältnis zur IG Metall zu nutzen, um den unvermeidbaren Personalabbau bei Arbed Saarstahl durchzusetzen. (S. 4)

Nicaragua: US-Präsident Ronald Reagan hat nicht die Absicht, den Sturz der Regierung in Managua zu unterstützen. Sein Sicherheitsberater McFarlane trat einem Bericht der „New York Times" entgegen, die gemeldet hatte, mehrere Regierungsbeamte befürworteten einen Sturz der Sandinisten.

Terror: Bei einer Bombenexplosion im überwiegend von Moslems bewohnten Teil von Beirut sind gestern mindestens 22 Menschen getötet und mehr als 70 verletzt worden. (S. 6)

Waffengeschäft? Während seines Aufenthaltes in Amman hat US-Unterstaatssekretär Murphy auch eine lange, bisher geheimgehaltene Unterredung mit General Said Ben Shakr, dem Befehlshaber der jordanischen Streitkräfte, geführt. Dabei ging es um mögliche Waffenlieferungen an Jordanien und Saudi-Arabien. (S. 10)

Uganda: Der neue Staatschef und Vorsitzende des regierenden Militärrates, General Tito Okello, ist an der Spitze einer Delegation gestern überraschend zu einem Besuch in der kenianischen Hauptstadt Nairobi eingetroffen. (S. 6)

ZITAT DES TAGES



» Die Befriedung des Demonstrationsgeschehens hat wesentlich dazu beigetragen, daß Berlin aus den Negativschlagzeilen heraus ist und von vielen Seiten günstige Entwicklungsprognosen erhält «

Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) bei der Vorstellung der Demonstrationsbilanz für das erste Halbjahr 1985

FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

Entwicklungspolitik: Für eine grundlegende Korrektur plädiert das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einer jetzt vorgelegten Studie. Die Entwicklungspolitik habe ihr eigentliches Vorhaben, den wirklich armen Ländern zu helfen, nicht erreicht. (S. 11)

Selbständige: Eine wirtschaftspolitische Wende in der Bundesrepublik Deutschland hat für Kleinbetriebe (bis 20 Beschäftigte) aus Handel, Handwerk und Industrie nach Ansicht des Europaverbandes der Selbständigen (BVD) „nicht stattgefunden". Nach einer Umfrage hat sich bei 76 Prozent der befragten Betriebe seit dem Regierungswechsel keine Verbesserung ergeben. (S. 11)

Bahn: Die Reise mit dem Zug ist offenbar attraktiver geworden. Die Zahl der Fahrgäste im Fernverkehr stieg in den ersten sieben Monaten dieses Jahres auf 36,36 Millionen, das sind 8,7 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum 1984. Als Fernverkehr gelten Reisestrecken von mindestens 50 Kilometern.

Börse: Bei schleppendem Geschäft gaben die Kurse an den Aktienmärkten durchweg nach. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 197,06 (199,16). BHF-Rentenindex 104,824 (104,772). Performance Index 105,676 (106,593). Dollarmittelkurs 2,7647 (2,7630) Mark. Goldpreis 340,90 (335,40) Dollar.

KULTUR

„Solidarität": Westliche Wissenschaftler und Publizisten haben sich bemüht, den verschiedenen Hintergründen des Phänomens der polnischen Gewerkschaft auf die Spur zu kommen. Jetzt gibt es erstmals eine Darstellung aus polnischer Sicht in deutscher Übersetzung: „Solidarität – Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen", ein Buch des Historikers Jerzy Holzer. (S. 17)

Oper: Das Wagnis von Siegfried Heinrich, dem Organisator und musikalischen Leiter der Festspielkonzerte und Opernaufführungen, in Bad Hersfeld Beethovens „Fidelio" aufzuführen, wurde belohnt. Die Inszenierung in der Stiftsruine geriet zum größten Publikumserfolg der letzten zehn Jahre. Für die nächsten Jahre steht jetzt sogar der „Parsifal" auf Heinrichs Wunschliste. (S. 17)

SPORT

Tennis: Die Heidelbergerin Steffi Graf verlor beim Grand-Prix-Turnier im amerikanischen Mahwah im Finale gegen Kathy Rinaldi (USA). Claudia Kohde unterlag im Doppel-Finale. (S. 8)

Fußball: Der Bremer Norbert Meier gehört zum vorläufigen Kader für das Freundschaftsspiel der deutschen Nationalmannschaft am 28. August in Moskau gegen die UdSSR. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Flüssigei: Im Zusammenhang mit dem Nudelskandal kündigte Gesundheitsminister Geißler (CDU) erneut einen Vorstoß zur Änderung der EG-Bestimmung über die Verwendung angebrüteter Eier zur Lebensmittelherstellung an. Danach sollen bebrütete Eier grundsätzlich nicht mehr als Lebensmittel Verwendung finden. (S. 18)

Anrufe: Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland haben 1983 rund 25 Milliarden Telefonate geführt, geht aus einer internationalen Fernsprechstatistik hervor. Durchschnittlich telefonierte jeder Einwohner 410mal. Ein Amerikaner kommt dagegen auf rund 1600 Anrufe.

Wetter: Bewölkt. 20 bis 22 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kanzler würdigt sowjetische Haltung in Genfer Runde

Bonn registriert bei Gorbatschow „Anzeichen für mehr Realismus"

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat der Sowjetunion bescheinigt, sie habe sich während der vergangenen Genfer Verhandlungsrunde „mehr als bisher sachlich und nüchtern" mit der amerikanischen Weltraumforschung (SDI) auseinandergesetzt und selbst Vorstellungen dazu eingebracht. „Vor diesem Hintergrund halte ich Fortschritte für denkbar. Falls drastische Reduzierungen der Offensivsysteme erreicht werden könnten, würde dies logischerweise den Umfang und die Notwendigkeit einer strategischen Verteidigung beeinflussen", meinte Kohl.

Zuvor hatte schon der außenpolitische Kanzlerberater Horst Teltschik festgestellt, daß der Ton zwischen den amerikanischen und sowjetischen Verhandlungspartnern in Genf „geschäftsmäßiger, nüchterner, solider, seriöser" geworden sei. Daraus könne man den Schluß ziehen, daß die dritte Verhandlungsrunde im gleichen Geist wie in der letzten Phase vor der Sommerpause geführt werde und damit positiver verlaufe als die bisherigen Gespräche, meinte Teltschik.

Diese optimistische Einschätzung, die Kohl in seinem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung" auch auf den im November bevorstehenden Gorbatschow-Reagan-Gipfel und – in vorsichtigerer Form – auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen und besonders auf das innerdeutsche Verhältnis ausdehnte, ist nach Angaben aus Regierungskreisen nicht etwa die Folge neuer sowjetischer Informationen. Vielmehr beruht sie auf einer Bewertung des jüngsten Genfer Verhandlungsverlaufs und der allgemeinen Ost-West-Entwicklung unter Berücksichtigung der vom Kanzler beim sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow mit gewissen Vorbehalten registrierten „Anzeichen für mehr Realismus".

SEITE 10:
Der amerikanische Standpunkt

Die Unterrichtung über die Gespräche des sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse am Rande der KSZE-Jubiläumstagung in Helsinki und über die sowjetischen Vorbereitungen für den Reagan-Gorbatschow-Gipfel im November, die am vergangenen Freitag vom sowjetischen Gesandten Terechow im Kanzleramt übergeben worden war, hat in diesem Zusammenhang offenbar keine überraschenden neuen Einsichten vermittelt. Teltschik benutzte sie jedoch in einem Rundfunk-Interview als Argument dafür, daß Moskau Bonn außenpolitisch nicht unter „ferner liefen" rangieren lassen wolle.

Dieser Eindruck war bei manchen Beobachtern entstanden, weil Schewardnadse seinen Amtskollegen Hans-Dietrich Genscher in Helsinki erst als letzten Gesprächspartner empfangen hatte; weil Gorbatschow zwar noch vor dem sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen Paris besuchen wird, aber bisher keinen Besuchstermin für Bonn ins Auge gefaßt hat und weil die persönlichen Grußbotschaften des Bundespräsidenten, des Kanzlers und des Bundesaußenministers zum 15. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Vertrages von Moskau nur in „kollektiver"

● Fortsetzung Seite 10

Greenpeace: Paris signalisiert Härte

Neue Spekulationen über die Rolle des Geheimdienstes bei der Versenkung der „Rainbow Warrior"

H. WEISSENBERGER, Paris

Der französische Staatspräsident François Mitterrand hat am Sonntagabend die Streitkräfte des Landes angewiesen, alle Versuche zu unterbinden, französische Atomtests zu stören. „Wenn notwendig", müsse ein Eindringen Unbefugter in französische Hoheitsgewässer oder in den französischen Luftraum – gemeint ist das Gebiet um das Atomversuchszentrum Mururoa im Pazifik – „mit Waffengewalt" verhindert werden. Die Nuklearversuche im Pazifik gingen so lange weiter, wie dies für die Landesverteidigung notwendig sei.

Es war ungewöhnlich, daß der Elysee-Palast in Paris diese Anweisung des Präsidenten an einem Sonntagabend bekanntgab. Mitterrand selbst hielt sich in seinem Landhaus im südfranzösischen Latche auf. Ebenso ungewöhnlich war, daß die Anweisung „unverzüglich" an alle Bataillonskommandeure weitergeleitet wurde.

Dieses Verfahren überraschte, weil der Befehl, das Eindringen in die Gewässer und in den Luftraum um die Atolle Mururoa und Fangatofa zu verhindern, seit Anfang der 70er Jahre besteht. Die französische Marine ging bei mehreren Anlässen nicht gerade zimperlich mit den Nukleargegnern von „Greenpeace" um, die es trotzdem versuchten.

Zeitpunkt und Tenor der Anweisung sind wohl damit zu erklären, daß am Sonntag ein Schiff von „Greenpeace" aus dem Hafen Amsterdam auslief. Der 1600 Tonnen große Schlepper nimmt Kurs auf Mururoa, wo im September eine Serie von Atomtests beginnen soll.

Für die französischen Militärs ist diese Kundgebung der Festigkeit des Präsidenten eine Genugtuung in Anbetracht der harten Kritik, der sich der französische Geheimdienst nach dem Fiasko des Anschlags auf die „Rainbow Warrior" ausgesetzt sieht.

Mitterrand läßt weder an der Nuklearverteidigung rütteln, noch läßt er das Militär fallen, auch wenn er sich in den nächsten Tagen gezwungen sehen könnte, Verteidigungsminister Charles Hernu, den Chef des Geheimdienstes Admiral Coste und vielleicht noch einige hohe Offiziere wegen der Affäre „Rainbow Warrior" in die Wüste zu schicken.

Der Geheimdienst, der möglicherweise den Anschlag auf die „Rainbow Warrior" am 10. Juli in dem neuseeländischen Hafen Auckland verübte, hält „Greenpeace" für eine kommunistisch unterwanderte und vom sowjetischen Geheimdienst KGB manipulierte Organisation. Mitterrand kann sich der Zustimmung der Generale und seiner Geheimdienste sicher sein, wenn er der Marine Anordnung gibt, notfalls auf die „Greenpeace"-Schiffe zu schießen. Allerdings gilt das nicht für seine Sozialistische Partei, die mit „Greenpeace" sympathisiert.

Über die Rolle des DGSE bei dem Anschlag kursiert mittlerweile eine neue Version: Unter Berufung auf „dem DGSE nahestehende Kreise" berichteten französische Journalisten, drei von der neuseeländischen Polizei verdächtigte und per internationalen Haftbefehl gesuchte Franzosen seien zwar vom Geheimdienst beauftragt worden, die „Rainbow Warrior" zu überwachen, hätten aber mit dem Anschlag nichts zu tun.

Papst entbietet Islam den Friedensgruß

Schulterschluß zur Abwehr des Materialismus / Treffen mit König Hassan von Marokko

ROLF GÖRTZ, Rabat

„Ich grüße die Söhne des Islam", rief Papst Johannes Paul II. im Olympia-Stadion von Casablanca vor Tausenden von Christen und jungen Moslems. Bei seiner Reise in sieben Länder des Schwarzen Kontinents bemühte sich Papst Johannes Paul II., der Welt eine „autochthone Kirche in Afrika" vorzustellen. Auch dort, wo die Mission noch nicht auf Europäer verzichten kann, arbeiten diese bereits unter schwarzen Bischöfen. Die Selbständigkeit afrikanischer Diözesen soll die bisherige Assoziation mit der kolonialen Vergangenheit ablösen.

Den moraltheologischen Grundforderungen, die der Papst in Nairobi auch für die afrikanische Kirche postulierte, folgte in Marokko der Friedensgruß an den Islam. Hatte der Ministerpräsident von Kamerun, Paul Biya, den Papst bereits als „Mann Gottes" bezeichnet, „den Christen, Moslems und die Gläubigen der traditionellen Religionen gleichermaßen grüßen", so stellte der römische Bischof sein Treffen mit dem Islam in Marokko unter das Friedensgebot des „einen Gottes".

Carol Wojtyla schrieb seine theologische Doktorarbeit über den spanischen Mystiker Juan de la Cruz (1542–91) zu einer Zeit, als man die Wurzeln der „rationellen Mystik" des Spaniers in den Schriften des mohammedanischen Weisen Abenarabi, den man auch den „Sohn Platons" nannte, entdeckte. Und so wie sich die islamische Mystik ihrerseits auf das Frühchristentum des Apostels Paulus und auf das noch frühere orientalisch-judäische Mönchstum zurückführen läßt, so erneuerte der oberste Hirte der katholischen Christenheit in Marokko auf islamischem Boden den weltweiten „Ring" des Glaubens zur Abwehr materialistischer Ideologien.

Wie der Papst, so ist auch König Hassan II. – zugleich „Emir aller Gläubigen" seines Landes – ein orthodoxer Vertreter seines Glaubens. Die jüngsten Friedensbemühungen im Nahen Osten tragen auch die Handschrift des marokkanischen Monarchen, der als Gastgeber der letzten arabischen Gipfelkonferenz verschiedenen Strömungen des arabischen Lagers in ihrem Verhältnis zu Palästina und Israel zu vereinen sucht.

Zu Hassans Bemühen um die „politische Nutzung" geistiger Gemeinsamkeiten gehörte eine Symposium, das christliche jüdische Historiker und Rabbiner im März auf marokkanischem Boden über Maimonides (1135–1204) abhielten. Der jüdische Gelehrte, der zur Zeit der islamischen Herrschaft in Spanien in Cordoba aufwuchs, stellt ebenso wie der mohammedanische Gelehrte und Zeitgenosse Averroes (1126–1191) die Schriften des Aristoteles in das Zentrum einer neuen Denkschule. Über Thomas von Aquin sollte diese Schule das politische Denken auch im christlichen Europa beeinflussen.

(SAD)

Boeing und JAL auf Kollisionskurs

DW. Tokio

In den Ermittlungen über die Absturzursache des vor einer Woche verunglückten Jumbo-Jets der „Japan Airlines" (JAL) hat eine erste Auswertung der vom Flugschreiber festgehaltenen Daten ergeben, daß alle hydraulischen Steuersysteme an Bord der abgestürzten japanischen Boeing 747 ausgefallen sind. Aus den Aufzeichnungen des Flugschreibers geht hervor, daß der Druck in den Steuersystemen abfiel und die Maschine schließlich mit ihnen nicht mehr zu steuern war. Nach dem Ausfall des Steuersystems für Seiten-, Höhen- und Querruder versuchte der Flugkapitän offenbar bis zuletzt, den Jumbo mit Änderungen des Schubs der Triebwerke zu lenken.

Der Flugkapitän meldete der Bodenkontrolle kurz vor dem Absturz, daß der hydraulische Druck abfalle und die Hydraulik „vollständig hinüber" sei. Der erfahrene JAL-Pilot habe bis zuletzt versucht, das Leben der Menschen an Bord zu retten. „Hochreißen, hochreißen" waren seine letzten Worte. Nach Angaben von Überlebenden war in den ersten acht Minuten der Katastrophe ein Knall aus dem Heckteil zu hören.

Die bisherige Untersuchung der Unglücksursache hat Experten vermuten lassen, daß es einen Schaden an der Druckwand gab, die den Passagierraum vom Heck der Maschine trennt. Diese Wand, die einen Durchmesser von 4,50 Meter hat und wie ein großer Regenschirm aussieht, war 1978 zum Teil ersetzt worden, nachdem die Unglücksmaschine bei einer mißglückten Landung auf dem Flughafen Osaka beschädigt worden war. Der plötzliche, explosionsartige Druckausgleich könnte das Leitwerk und die hydraulischen Systeme beschädigt haben. Aufzeichnungen von Funkverkehr und Radar deuten nach Angaben der JAL darauf hin, daß zum bekannten Schaden am Seitenruder dazu kam, daß auch das Höhenruder nicht mehr funktionierte.

Der JAL-Wartungschef sagte, nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen sei der Absturz nicht von einem Riß in der Druckwand ausgelöst worden. Ein anderer Sprecher der Fluggesellschaft betonte, an der äußeren Hubwand von drei Maschinen gleichen Typs festgestellte Risse seien auf Konstruktionsfehler und nicht auf einen zu großen Kabinendruck zurückzuführen. Gleichzeitig erklärte der JAL-Sprecher, der amerikanische Konstrukteur habe zu keiner Zeit angedeutet, daß diese Risse auf den Kabinendruck zurückzuführen sein könnten.

Experten der Herstellerfirma Boeing bezweifeln indes, daß ein Bruch der Druckwand im Heck die Katastrophe ausgelöst haben könnte. Nichts deute darauf hin, daß die an der Wand festgestellten Schäden von etwas anderem herrührten als vom Aufprall selbst. Man erörtere deshalb auch eine zweite Theorie, wonach das Seitenruder durch „Druck von außen" beschädigt worden sein könnte.

DER KOMMENTAR

Machtwort

JÜRGEN LIMINSKI

Das Schwert ist die Achse der Welt", meinte de Gaulle. Sein sozialistischer Nachfolger Mitterrand ist offenbar derselben Meinung. Seine schneidige Anweisung an die Streitkräfte des Landes, alle Störenfriede außerhalb des Sperrgebiets französischer Atomversuche zu halten, notfalls mit Waffengewalt, ist klassischer Gaullismus. Mitterrand will sich nicht am nuklearen Portepée fassen lassen.

Angesichts der Aufregung um den „Greenpeace"-Fall dürfte er mit dieser Haltung die Mehrheit der Franzosen beruhigt und hinter sich geschart haben, auch wenn die veröffentlichte Meinung dies besser zu wissen glaubt. Aber die sogenannte vierte Gewalt verfügt in Frankreich im Unterschied zu anderen Staaten, beispielsweise den Vereinigten Staaten von Amerika oder der Bundesrepublik Deutschland, nicht über die Durchschlagskraft, um die Souveränität einer Regierung und des Staates in der Substanz zu treffen.

Solange eine Beteiligung der Regierung oder der französischen Geheimdienste an dem Attentat auf das „Greenpeace"-Schiff „Rainbow Warrior" nicht erwiesen ist, so lange bleibt es eben nur beim unterhaltsamen Hauch von Watergate. Und so lange wird die Nation aus ihrem Feriendomizil das Pariser Sommertheater interessiert verfolgen und geduldig warten, bis der von Mitterrand zur Klärung dieser Frage beauftragte ehemalige Generalsekretär de Gaulles im Elysée, Bernard Tricot, seinen Bericht vorgelegt hat. In Frankreich funktioniert die Gewaltenteilung noch.

Ganz gleich, wie Tricots Bericht ausfällt, ob er die Vorverurteilungen der Presse bestätigt oder widerlegt, zum Mururoa-Atoll bekommt „Greenpeace" keinen Zutritt. Es ist dabei auch relativ unerheblich, ob „Greenpeace" sowjetisch unterwandert ist oder nicht. Am Atoll haben Unfug und Unbefugte nichts zu suchen. Und „Greenpeace" ist unbefugt. Auch wenn es sich durch Interviews und lautes Umweltgeschrei den Schein einer sachlich und populistisch begründeten Legitimität verleihen will.

Und Amerika? Wie wird Washington entscheiden, wenn „Greenpeace" seine Ankündigung wahrmacht, eins seiner Schiffe auch in die Gewässer um das Atoll von Kwajalein zu entsenden, um dort gegen die Raketenversuche der USA zu protestieren? „Greenpeace" ist für manche Aktion und Überraschung gut. Ein Glück, daß wir Deutschen kein Atoll haben und in der Südsee allenfalls in der Sonne liegen.

Frau Lüneburg – der Name wird genau geprüft

gba. Bonn

Regierungssprecher Friedhelm Ost hat gestern in Bonn den Verdacht auf einen Identitätswechsel der verschwundenen früheren Chefsekretärin und Sachbearbeiterin im Bundeswirtschaftsministerium, Sonja Lüneburg, bestätigt. Der zuständige Unterabteilungsleiter im Bundeskanzleramt sei von diesem Verdacht der Sicherheitsbehörden am Wochenende in Kenntnis gesetzt worden, sagte Ost. Wie die WELT gestern berichtet hatte, war eine Sonja Lüneburg 1966 von Berlin nach Colmar in Frankreich abgemeldet worden. Später tauchte eine Sonja Lüneburg – im Sprachgebrauch der Sicherheitsbehörden wird beim Namen Lüneburg bereits mit den Zusätzen „alt" und „neu" gearbeitet – wieder in der Bundesrepublik Deutschland auf. Sie brachte es über Posten in der FDP bis zur ersten Sekretärin bei Wirtschaftsminister Bangemann (WELT v. 19.8.).

Gestern überpüften die Sicherheitsbehörden nach dem Vergleich von Fotos der Sonja Lüneburg „alt" und „neu" offenbar auch Schriftproben der beiden Frauen. Sicherheitsexperten bemängelten, daß dies nicht schon bei den Sicherheitsüberprüfungen in vergangenen Jahren von den Berliner Behörden getan worden war, die wegen des früheren Wohnortes von Frau Lüneburg im Zuge der Sicherheitsüberprüfung befragt worden waren. Die in Berlin regierende SPD hatte die Beziehung der Melde-Unterlagen nicht zur Pflicht gemacht.

Seite 4: Rätsel

Mitterrand trifft Kohl an der Côte d'Azur

Co. Bonn

Sieben Stunden lang werden Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand am kommenden Samstag auf dem Sommersitz des Präsidenten an der Côte d'Azur unweit Toulon internationale und bilaterale Fragen erörtern. Das Treffen geht nach Angaben des Bonner Regierungssprechers Friedhelm Ost auf eine von Mitterrand schon auf dem Mailänder Europa-Gipfel ausgesprochene Einladung zurück.

Auf Vorschlag des Präsidenten soll eingehend über den für Anfang Oktober geplanten Besuch des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow in Paris gesprochen werden. Dabei will Kohl die Haltung Bonns zu den West-Ost-Beziehungen und zum Abrüstungsdialog darlegen. In diesem Zusammenhang betonte Ost noch einmal die Bereitschaft des Kanzlers, noch vor dem sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen in Genf nach Washington zu fliegen, um US-Präsident Ronald Reagan die deutschen Positionen zu erläutern.

Mitterrand und Kohl wollen an der Côte d'Azur auch eingehend über die Vorbereitung der in Mailand beschlossenen Regierungskonferenz zur Vorbereitung weiterer Schritte in Richtung auf die Europäische Union diskutieren. Der Bonner Regierungssprecher hob das gemeinsame Interesse Deutschlands und Frankreichs hervor, noch vor dem Luxemburger Europa-Gipfel Anfang Dezember zu einer Einigung über den von Bonn und Paris gemeinsam vorgelegten Vertragsentwurf für eine Politische Union zu kommen.

CDU-Politiker für kritische Diskussion mit Südafrika

Kirchen enttäuscht über Botha / Sanktionen abgelehnt

DW. Pretoria

Nach einer Begegnung mit dem südafrikanischen Staatspräsidenten Pieter Botha haben Vertreter von neun englischsprachigen christlichen Kirchen in Pretoria Enttäuschung darüber geäußert, daß Botha ihre „Botschaft nicht verstanden hat". Die Christen hatten Botha aufgefordert, ein Zeichen zum Abbau der Apartheid zu setzen.

BERNT CONRAD, Bonn

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hornhues hat sich nach einem Besuch in Südafrika dafür ausgesprochen, den „konstruktiven kritischen Dialog" mit der südafrikanischen Regierung zu intensivieren und Pretoria zu weiteren Schritten in Richtung auf eine Überwindung der Apartheid zu drängen.

Wirtschaftliche Repressalien lehnte Hornhues ab. „Gerade die gegenwärtige Lage ist für Sanktionen am ungeeignetsten", sagte er. Denn wenn die südafrikanische Regierung und die schwarze Opposition wirklich zu Verhandlungen bereit sein sollten, könnten Sanktionen nur schädlich wirken.

Wie Hornhues berichtete, hat die Rede Bothas in der vergangenen Woche – die Hornhues selbst auf dem Parteikongreß in Durban hörte – gerade bei gesprächsbereiten Schwarzen, aber auch bei südafrikanischen Wirtschaftlern und sogar bei Abgeordneten der Nationalpartei Enttäuschung ausgelöst, weil Botha in der Bereitschaft zum Ausgleich nicht weit genug gegangen sei.

Dennoch sollte die Bundesregierung nach Ansicht des CDU-Abgeordneten trotz eigener Zweifel die positiven Ansätze in der Rede des Präsidenten aufgreifen und dafür eintreten, daß die südafrikanische Regierung das Bürgerrecht für alle verwirkliche und die Homeland-Politik beende. Dies bedeute, daß der kritische Dialog mit Südafrika ernsthafter geführt werden müsse als in der Vergangenheit.

Hornhues wies die Behauptung, die Unruhen in Südafrika seien von außen gesteuert, als falsch zurück.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die gläserne Akte

Von Peter Gillies

Daß alles in diesem Staate faul ist – Nachrichten-Magazine und gewisse gesellschaftliche Kleinbiotope ausgenommen –, ist ein weithin vertrautes Gefühl. Der Skandal als Normalzustand, wöchentlich angebrütet, aber mindestens so schwer verdaulich wie Spätzle mit Flüssigei und Frostschutzwein. Jetzt sei es die Versicherungswirtschaft, so wird kolportiert, die sich auf angeblich rechtswidrige Weise bei Politikern rückversichert habe. Besonders erheiternde Beiträge liefern jene dazu, die der Regierung Kohl eine „neue Affäre" ankleben wollen, aber selbst treuherzig erklären, die erhaltene 10 000-Mark-Spende selbstredend ordnungsgemäß für die SPD verwandt zu haben.

Vorweg: Rechtsbrüche gehören geahndet. Ob es sich um Steuerhinterziehung, Verstoß gegen Gesetze oder Meldepflichten handeln mag, die Behörden haben ohne Ansehung der Person kühl zu ermitteln. Aber Verdächtigte haben Rechte, beispielsweise auf Gehör und faires Verfahren. Daß komplette Akten, die bei der Justiz verwahrt sein sollen, von dort wie geschmiert in Redaktionen gelangen, die erwartungsgemäß das Urteil fällen, befremdet leider kaum noch. Daß sich die Justiz oder die sonst so erregten Datenschützer darüber nicht aufregen, gibt zu denken.

Daß nicht alle Politiker den feinen Nerv für dieses klebrige Thema haben, ist zu beklagen und auch ein geeignetes Thema der öffentlichen Debatte. Aber niemand sollte unterschlagen, daß der rechtliche Charakter von Spenden im Straf- und Finanzrecht noch ungeklärt ist; auch das gehört zur Diskussion. Und schließlich: Parteispenden bleiben vor den höchsten deutschen Gerichten zulässig und sogar erwünscht, denn die fatale Alternative wären staatsfinanzierte Parteiapparate.

Ein Demokrat darf bei den wirklichen und vermeintlichen Skandalen aber auch ein Quentchen Genugtuung empfinden. In Diktaturen pflegt man sie diskret unter den Teppich zu kehren, wenn Machthaber betroffen sind; bei uns sind sie ein öffentlicher Vorgang. Diesem Selbstreinigungsprozeß, den es nur in Demokratien gibt, haben sich die pluralistischen Interessen zu stellen. Abzugsbescheinigungen gibt es dafür nicht.

Vom Tisch gedrängt

Von Günther Bading

Nun wird es also doch zwei „Dreier-Runden" im September geben. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat sich durchgesetzt; die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) wird am 5. September an der ersten Konferenz mit Regierung, Gewerkschaftern und Arbeitgeber-Vertretern an einem Tisch seit dem Ende der Konzertierten Aktion 1977 nicht teilnehmen. Ob sie damit ein historisches Datum verpaßt, wird sich aus der Entwicklung des wiederbelebten Trialogs erweisen. Die DAG, das hat ihr die Bundesregierung zugesichert, wird nun zeitversetzt mit Regierung und Arbeitgebern sprechen dürfen. Das Thema allerdings wird das gleiche sein. Es geht um die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit.

Das sollte eigentlich alle Gewerkschaftsbünde angehen. Zumindest jene, die handfeste Tarifarbeit machen, also auch Weichen stellen können für die Verbesserung der Rahmenbedingungen, sollten am Tisch sitzen. So dachte der Einheitsgewerkschafter Arbeitsminister Blüm, ging – nicht-öffentlich – daran, den DGB zu überzeugen, daß er den kleinen Bruder DAG am selben Tisch sitzen lassen möge. Mindestens zweien der siebzehn DGB-Einzelgewerkschaften mochte das ganz und gar nicht behagen: die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und die ÖTV organisieren viele Angestellte, sind also Konkurrenten der DAG. Die ÖTV war es denn auch, die eine Verhinderungstaktik ersann.

In vertraulichen Gesprächen kann von einem erfahrenen Politiker oder Gewerkschafter (Blüm ist beides) viel bewegt werden. Also mußte die Angelegenheit in die Öffentlichkeit. Und da spielte der Pressedienst „ppp" mit. Der natürliche Profilierungswunsch des an die Spitze der DAG drängenden zweiten Vorsitzenden Issen ließ ihn – auf Anfrage – in diesem Dienst die Forderung nach Beteiligung am September-Gespräch öffentlich erheben. Nun konnte der DGB – auch öffentlich – nein sagen, mit Verweigerung drohen. Blüms Bemühungen im Hintergrund mußten scheitern. Wem nutzt dieser Alleinvertretungsanspruch des DGB? Der eigenen Eitelkeit gewiß. Auch den Arbeitslosen?

Ein Blick für Kinder

Von Heinz Horrmann

Es ist einer der verhängnisvollsten Fehler, im alltäglichen Straßenverkehr zu glauben, daß sich Kinder auf der Straße verkehrsgerecht verhalten. Nach einem Unfall, bei dem ein fünfjähriges Mädchen getötet wurde, entschuldigte sich der Autofahrer fassungslos, er habe gehupt, als die Kleine am Straßenrand stand. Das Kind müsse ihn doch gesehen oder zumindest gehört haben. Dennoch ist es vor das Auto gerannt.

Unverständlich ist diese Aussage nicht, aber erschreckend falsch. Der Fahrer wußte nicht, daß Kinder ein um ein Drittel engeres Blickfeld haben als Erwachsene. Und was die Kinder hören, interpretieren sie nicht immer zuverlässig. Bis zu einem Alter von sieben Jahren reagieren die Kleinen nur spontan – nicht bewußt regelgerecht. Bei einer Untersuchung des Münchener Unfallforschers Professor Max Danner, die sich mit Unfällen mit Kindern befaßte, stellte sich heraus, daß jeder zweite Autofahrer kaum eine Vorstellung hat, zu welchem Fehlverhalten Kinder fähig sind.

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat in diesen Tagen erstmals entschieden, daß eine Fahrerin die Alleinschuld an einem Unfall hat, obwohl sie nicht gegen die Straßenverkehrsordnung verstoßen hatte. Ein siebenjähriger Junge war scheinbar grundlos vom Bürgersteig auf die Fahrbahn geradelt und dort erfaßt worden. Das Kind erlitt lebensgefährliche Kopfverletzungen. Das Urteil des Sechsten Zivilsenats des BGH: Ein Autofahrer muß immer bremsbereit fahren, wenn er auf einem schmalen Bürgersteig Kinder auf Fahrrädern entgegenkommen sieht. Er hob damit den Spruch der Vorinstanz auf, der von einem Mitverschulden des Kindes ausgegangen war. Eine Forderung in der Urteilsbegründung sollte sich jeder Kraftfahrer merken: daß stets besondere Vorkehrungen verlangt werden können, wenn das Verhalten von Kindern Auffälligkeiten zeigt, die zu gefährlichen Situationen führen können.

Um die in den letzten Jahren allgemein gesunkenen Unfallzahlen weiter abzubauen, ist es unumgänglich, daß Auto- und Motorradfahrer grundsätzlich vom Gas gehen, wenn Kinder im Blickfeld auftauchen. Die Erwachsenen müssen lernen, für die Kleinen mitzudenken und kritische Situationen praktisch vorauszuahnen.



„Mais non – ich bin nur Sporttaucher!" KLAUS BÖHLE

Das 100-Milliarden-Spiel

Von Hans-Jürgen Mahnke

Wenn Unbehagen und Unmut grassieren, dann gibt es in der Politik zwei Methoden, damit fertig zu werden: Entweder man schweigt, oder man spricht ständig darüber und sichert Abhilfe zu – demnächst jedenfalls. Letzteres beherrscht die Auseinandersetzung um die Subventionitis.

Der Bundesregierung kann man abnehmen, daß sie die Eingriffe in den marktwirtschaftlichen Prozeß reduzieren möchte, auch wenn in den letzten Jahren das Gegenteil eingetreten ist. Rechnet man alle Vergünstigungen für die Bauern hinzu, so sind allein die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes zwischen 1983 und 1985 um 4,6 auf 32,8 Milliarden Mark angeschwollen.

Und dieses ist bei weitem noch nicht alles. Wissenschaftler veranschlagen die Gesamthöhe der Subventionen in der Bundesrepublik; was von Ländern und Gemeinden, über die Europäische Gemeinschaft oder an die Bundesbahn gewährt wird, rund dreimal so hoch. Der Streit darüber, wieviel es nun genau ist, ist müßig, da es bisher keinen allgemein verbindlichen Subventionsbegriff gibt.

Mit dem Abbau von Subventionen soll nun im nächsten Jahr begonnen werden. Glaubt man dem neuen Subventionsbericht, an dem noch gearbeitet wird, sollen mehr als eine Milliarde Mark gespart werden. Auf den ersten Blick kann sich diese Summe sehen lassen. Nur: Der Löwenanteil von 767 Millionen Mark entfällt auf die Hilfen für die Stahlindustrie, die nach einer Brüsseler Vereinbarung in allen EG-Staaten von 1986 an aus der Staatskasse nicht mehr alimentiert werden soll. (Hoffentlich bleibt es dabei.) Um rund 350 Millionen sollen die Hilfen für die Kohle gekürzt werden, weil dies die Weltmarktpreise zulassen. Auch an die Beträge für die Luftfahrttechnik und für den Schiffbau soll herangegangen werden. Allerdings formiert sich dagegen bereits Protest.

Überhaupt: Der eigentliche Kraftakt steht noch bevor, nämlich die generelle Überprüfung aller Subventionen. Allgemeine Forderungen lassen sich einfach aufstellen, wenn es jedoch konkret wird, dann formiert sich der Widerstand. Denn es ist ja nicht so, daß Subventionen grundlos eingeführt wurden. Für jeden Betrag liefert der Subventionsbericht auch heute noch eine Rechtfertigung, selbst wenn sie Verwunderung auslöst, wie die Steuerbefreiung für Salz, die 1868 eingeführt wurde.

Aber hier zeigt sich nicht nur Beharrungsvermögen, sondern auch der Umstand, daß von einer Streichung fast jeder betroffen ist, und nicht nur irgenwelche anonymen Unternehmungen. Würden die Vergünstigungen entfallen, so stiege entweder der Preis – oder die heimischen Anbieter würden durch Importe aus dem Markt gedrängt, was Arbeitsplätze kosten könnte. Das gilt für die Subventionen für den sozialen Wohnungsbau, für das Wohngeld und für Werft- und Schiffahrtshilfen. Isoliert betrachtet, hat fast jede Maßnahme etwas für sich: Wenn andere ihre Stahlindustrie künstlich aufpäppeln, dann fällt es schwer, abseits zu stehen, weil dann die Existenz der heimischen Betriebe gefährdet wird. Oder: Wenn die eigene Kohle das Rückgrat der Energieversorgung bilden soll, aber teurer ist als andere Energieträger, dann kostet das eben. Natürlich gibt es auch Widersinniges, so etwa die Gasöl-Betriebsbeihilfe für Landwirte, wenn gleichzeitig Energie gespart werden soll. Aber selbst wer daran rührt, erntet Protest.

Notwendig ist der politische Mut der Verantwortlichen, und der würde sich auszahlen. Denn der Beweis, daß gesamtwirtschaftlich die Nachteile der staatlichen Eingriffe ihren Nutzen überwiegen, ist wiederholt geführt worden. Die Masse der Subventionen behindert nun einmal den Strukturwandel. Sie halten künstlich am Leben, was dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand der Bundesrepublik nicht mehr entspricht, wobei die Versorgung durch Einfuhren kein Problem darstellt. Es werden knappes Kapital oder qualifizierte Kräfte gebunden, die wir an anderer Stelle brauchen.



Subventionen und kein Ende
FOTO: MANFRED VOLLMER

Den Preis zahlen die Verbraucher, weil sie tiefer in die Tasche greifen müssen, oder alle Steuerbürger. Nach einer Berechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln muß der Bund in diesem Jahr auf neun Prozent seiner Steuereinnahmen wegen der Gewährung allein von Steuervergünstigungen verzichten. Damit ist – dazu kommen noch die Finanzhilfen – zumindest die Dimension abgesteckt. Zweifellos hat sich der Staat zuviel aufgebürdet.

Nun kann es nicht darum gehen, alles mit einem Federstrich zu beseitigen. Das würde zu Verwerfungen führen, die angesichts der hohen Arbeitslosigkeit nicht verkraftet würden. Es geht jetzt um eine Strategie, die einen stufenweisen Abbau der Subventionen ermöglicht.

Es gibt verschiedene Vorschläge. So dürfte der politische Widerstand bei der Rasenmäher-Methode, also der Kürzung aller Hilfen um einen bestimmten Prozentsatz, am leichtesten zu überwinden sein. Aber diese ließe sich nur auf Finanzhilfen und nicht auf Steuervergünstigungen anwenden. Überdies gibt es Subventionen, die (etwa für Forschung, Entwicklung und Innovation im Mittelstandsbereich) nach dem Willen der Bundesregierung noch steigen sollen.

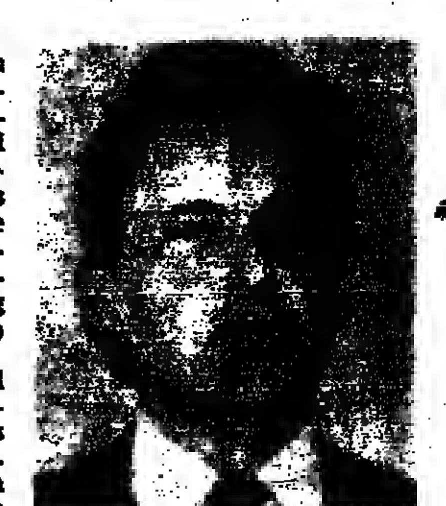
Aus diesem Dilemma wird die Regierung nur herauskommen, wenn sie alle Subventionen vorurteilslos überprüft – möglicherweise durch unabhängige Sachverständige – und dabei ihre eigene wirtschaftspolitische Meßlatte anlegt: nämlich Abbau des Staatseinflusses und größerer Freiraum für die Privatinitiative. Zu den notwendigen Spielregeln gehört mindestens, daß alle Subventionen zeitlich befristet werden müssen, so daß eine regelmäßige Überprüfung gewährleistet ist.

All das wurde im Grundsatz schon manches Mal beschworen. Jetzt muß es in die Tat umgesetzt werden. Die wirtschaftliche Entwicklung etwa in der Automobilindustrie und der Chemie, in Bereichen, in denen der Staat nicht so stark engagiert ist, sollte Mut machen.

IM GESPRÄCH Fernando Cardoso

Intellektueller des Jahres

Von Manfred Neuber



Will Präsident von Brasilien werden: Cardoso
FOTO AP

Im demokratischen Brasilien nach dem Militärregime strebt ein international bekannter Gelehrter, der seinen Elfenbeinturm verließ und schnell zum Fraktionschef der Regierungspartei im Senat avancierte, das höchste Staatsamt an. Die erste Etappe auf dem Wege ins Präsidenten-Palais in Brasilia soll für Fernando Henrique Cardoso (54) sein Einzug ins Rathaus der Millionen-Stadt São Paulo werden.

Die Posten des Gouverneurs und des Oberbürgermeisters dieses Ballungsgebietes gelten als gutes Sprungbrett für größere Aufgaben. São Paulo zählt mit zehn Millionen Einwohnern zu den fünf größten Städten der Erde. Hier liegt das Pro-Kopf-Einkommen doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt, und von dort kommt nahezu ein Viertel der Einnahmen des Fiskus.

Zum ersten Male seit Jahrzehnten werden bei den bevorstehenden Kommunalwahlen die Oberhäupter der 23 Hauptstädte brasilianischer Bundesstaaten direkt gewählt. Cardoso konnte sich keinen besseren Auftakt für seinen Wahlkampf wünschen. Er wurde kürzlich zum „Intellektuellen des Jahres" in Brasilien gekürt und von Präsident José Sarney öffentlich ausgezeichnet.

Der Soziologe Cardoso war federführend beteiligt, als lateinamerikanische Wissenschaftler in den sechziger Jahren die These von der „Dependencia" der Dritten Welt aufstellten, wonach ihre Abhängigkeit von den Industrienationen zunimmt – die Schuldenkrise der Entwicklungsländer scheint ihnen recht zu geben.

Sein politisches Debüt hatte Cardoso erst vor zwei Jahren. Anstelle von Franco Montoro, dem Gouverneur von São Paulo, rückte er für die damalige Opposition in den Senat nach. Tancredo Neves, der Anfang dieses Jahres gewählte und vor der geplanten Amtsübernahme verstorbene Präsident, machte ihn zum „lider" im Kongreß. Auch Neves' Nachfolger im Planalto-Palast hält große Stücke auf den Senkrechtstarter.

Obwohl Gouverneur Montoro ein Rivale für die Präsidentschaftskandidatur heranwächst, unterstützt er Cardoso, seinen Parteifreund. Denn das Rathaus von São Paulo soll – geht es nach ihnen – am 4. November auf keinen Fall an den linken Populisten Jânio Quadros (68) fallen, der 1962 sieben Monate lang Präsident Brasiliens war und nun in dieser Stadt für die Arbeiterpartei ein Comeback plant. Quadros zählt auf die Stimmen der Slum-Bewohner.

Wie der Wissenschaftler Cardoso beim „kleinen Mann" ankommt, muß sich erweisen. Ein Prinzipienreiter ist er nicht. Für flexibel hält man ihn im eigenen Lager, und auch von der Gegenseite wird Cardoso Integrität bescheinigt. Er lehrte in Princeton (USA), schrieb ein Dutzend Bücher und leitet die Internationale Gesellschaft der Soziologen.

Seine Ambitionen, nach der Übergangsregierung Sarney gewählter Präsident zu werden, werden allerdings durch täglich größer werdende Zerwürfnisse in der Koalition beeinträchtigt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

General-Anzeiger

Die Bonner Zeitung schreibt zum CDU-Parteitag in Paderborn:

Schon haben Kenner ausgerechnet, daß die Nordrhein-Westfalen auf künftigen Bundesparteitagen einen Stimmenblock von rund 40 Prozent einsetzen können. Allein diese Zahl kann weder das Konrad-Adenauer-Haus noch die anderen Landesverbände glücklich stimmen. Ohne NRW geht dann nämlich auf Parteitagen so gut wie nichts mehr. Noch interessanter wird die bislang verschobene Personalentscheidung sein. Wer wird Chef des größten CDU-Landesverbandes? Schafft es Kurt Biedenkopf, dann kann sich der Pfälzer Kohl keineswegs beständig darauf verlassen, daß ihm mit Nordrhein-Westfalen eine solide Hausmacht zur Verfügung steht.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie meint zum Fall Lüneburg:

Was immer das Stochern im jüngsten Spionagedickicht zutage bringen wird, eine Bonner Panne zeichnet sich jetzt schon ab. Die Sicherheitsüberprüfung von Frau Lüneburg dürfte höchst unzulänglich gewesen sein. Ein altes Problem, das stets von neuem Ärger auslöst. Gut in Erinnerung ist noch die jüngste Geheimschutzlücke im Fall Rotsch, der als mutmaßlicher KGB-Agent beim Münchner MBB-Konzern nach Expertenmeinung jahrelang nicht überprüft worden sein und so die Sowjets mit Plänen über das NATO-Flugzeug Tornado regelrecht bombardiert haben soll. Pikanterie am Rande: Damals hatte Bangemann als der für die Abwehr von Industriespionage zuständige Minister Versäumnisse seines Hauses eingeräumt. Fazit: Besinnung täte not bei manchen Geheimschützern.

WIESBADENER KURIER

Er kritisiert den Papst:

Was den Papst ausgerechnet auf seiner Reise durch den am meisten unter Hunger und Überbevölkerung leidenden Kontinent Afrika zur ständigen Wiederholung des alttestamentarischen Wortes „Seid fruchtbar und mehret euch" veranlaßt, bleibt angesichts seines sonstigen Engagements für die Menschenwürde unerfindlich. Wer in Kenia, dem Land mit dem stärksten Bevölkerungswachstum in der Welt, Verhütungsmittel so kategorisch ablehnt, erregt nicht nur gegenüber der Regierung in Nairobi politisches Ärgernis – wozu die Kirche, wenn es ihre Lehre verlangte, unzweifelhaft berechtigt wäre –, der erregt auch moralisches Ärgernis, gemessen an den eigenen Maßstäben der christlichen Ethik.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung hält die Greenpeace-Affäre für einen „Tiefschlag gegen die Demokratie":

Die Sabotage der „Rainbow Warrior" hat erneut gezeigt, daß man nichts mit Handlungen gewinnen kann, die im Widerspruch zu den Prinzipien stehen, die man verteidigt. Was für ein schöner Sieg, ein Boot versenkt und einen Mann getötet zu haben, wo doch gestern ein neues Greenpeace-Schiff den Hafen von Amsterdam verlassen hat! Bedeutet es, unsere weitere Präsenz in dieser wichtigen Region zu begünstigen, wenn man die Politik Frankreichs im Pazifik gegenüber Australien und Neuseeland kompromittiert – wo sie doch nach dem internationalen Recht begründet ist und wir die Mittel haben, uns Respekt zu verschaffen?

Nur Keuschheit während der Fruchtbarkeitszyklen

Die katholische Kirche und die Geburtenregelung / Von Friedrich Meichsner

Während seiner gestern zu Ende gegangenen dritten Afrikareise hat Papst Johannes Paul II. mehrfach die traditionelle katholische Lehre in der Frage der Geburtenregelung bestätigt. Er bezog indirekt gegen die heute weitverbreitete These Stellung, daß vor allem die Bevölkerungsexplosion für Hunger und Elend in den Entwicklungsländern verantwortlich sei und daß die Unterentwicklung nicht zuletzt durch Geburtenregelung bekämpft werden müsse.

Die Lehre der katholischen Kirche, die zuletzt in dem apostolischen Schreiben „Familiaris consortio" 1981 zusammengefaßt worden ist, sieht unter Bezugnahme auf die Schöpfungsgeschichte in der Weitergabe des Lebens das oberste Gebot des menschlichen Dienstes am Leben überhaupt. Sie verweist dabei auf die Worte des Ersten Buches Moses: „Seid fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde und machet sie euch untertan."

In Afrika mit seinen traditionellen Fruchtbarkeitskulten findet dieses Gebot sowieso weithin Beachtung – und dies nicht nur im katholischen Bereich. Die Worte des Papstes scheinen fast eher an diejenigen Menschen in den hochentwickelten Industriestaaten gerichtet zu sein, von deren Hilfe die Überlebenschancen vieler afrikanischer Kinder abhängen.

Die Kirche, so hieß es in dem zitierten apostolischen Schreiben, sei sich „der zahlreichen und vielschichtigen Probleme" bewußt, „vor denen heute in vielen Ländern die Eheleute bei ihrem Auftrag, das Leben verantwortlich weiterzugeben, stehen". Sie erkenne „das schwere Problem der Bevölkerungszunahme". Aber sie wisse, daß es durch eine „lebensfeindliche Haltung", die dem Willen Gottes widerspreche, nicht gelöst werden könne.

Nach der durch Paul VI. in der Enzyklika „Humanae vitae" zuletzt formulierten, von Johannes Paul II. bestätigten Lehre muß jede Ehe offen sein für die Fruchtbarkeit. Künstliche Geburtenregelung wird als menschlicher Eingriff in den Plan Gottes abgelehnt. Zu den verbreiteten Bestrebungen, die Bevölkerungsexplosion durch Geburtenkontrolle zu stoppen, heißt es in „Familiaris consortio":

„Gegen Pessimismus und Egoismus, die die Welt verdunkeln, steht die Kirche auf der Seite des Lebens … Deshalb verurteilt die Kirche als schwere Beleidigung der menschlichen Würde und der Gerechtigkeit alle Aktivitäten von Regierungen oder anderen öffentlichen Autoritäten, die in irgendeiner Weise die Freiheit der Ehegatten, über Nachkommenschaft zu entscheiden, zu beschränken versuchen. Dementsprechend ist jede gewaltsame Maßnahme dieser Autoritäten zugunsten der Empfängnisverhütung oder gar der Sterilisation und der Abtreibung völlig zu verurteilen und mit aller Kraft zurückzuweisen." Es sei auch „ein schweres Unrecht", wenn Wirtschaftshilfe zur Förderung der unterentwickelten Völker von Programmen zur Empfängnisverhütung, Sterilisation und Abtreibung abhängig gemacht werde.

„In keinem Punkt", so hatte Paul VI. erklärt, dürfe die Kirche „Abstriche an der Heilslehre Christi" machen. Sie könne deshalb nur eine „sittliche" Geburtenregelung durch Keuschheit während der Fruchtbarkeitszyklen der Frau gutheißen. Dazu heißt es in „Humanae vitae": Die Lehre der Kirche „beruht auf der untrennbaren Verbindung der zweifachen Bedeutung des ehelichen Aktes, die von Gott gewollt ist und die der Mensch nicht eigenmächtig aufgeben kann, denn die liebende Vereinigung und die Fortplanzung." Diese beiden göttlichen Sinngehalte der sexuellen Vereinigung dürften nicht durch Empfängnisverhütung auseinandergerissen werden.

Daß diese Lehre von einem Großteil der Katholiken nicht befolgt wird, ist ein offenes Geheimnis. Selbst eine Mehrheit in der Theologiekommission, die Paul VI. zur Vorbereitung von „Humanae vitae" eingesetzt hatte, sprach sich seinerzeit für die „Pille" aus und hielt den Antipillen-Rigorismus nicht für theologisch zwingend.

Die Methode der natürlichen Geburtenregelung durch periodische Enthaltsamkeit wird von vielen Katholiken in der entwickelten Welt nicht nur aus sexueller „Willkür", sondern auch wegen ihrer Unsicherheit abgelehnt. Für die Dritte Welt ist sie nach Überzeugung der meisten Bevölkerungspolitiker schon deshalb kaum brauchbar, weil ihre einigermaßen zuverlässige Anwendung einen Informationsstand voraussetzt, der noch nicht gegeben ist. Er könnte nur allmählich im Zuge der Entwicklung dieser Völker vermittelt werden, einer Entwicklung, die wiederum nicht zuletzt durch die Bevölkerungsexplosion behindert wird.

Geburtstag in Gabun – oder Ein afrikanisches Poker

Fünfundzwanzig Jahre Unabhängigkeit, das ist für den westafrikanischen Staat Gabun ein Grund zu feiern. Das ist Gelegenheit für die Franzosen, ihren Einfluß zu demonstrieren; das ist Gelegenheit für die Deutschen, Geschäfte zu machen.

Von JÜRGEN LIMINSKI

Das Bankett sollte um 20 Uhr beginnen. Aber die rund 600 Staatsgäste im Präsidentenpalast, so ziemlich alles, was Gabun an Hautevolee zu bieten hat, mußten noch lange warten. Erst um 21.50 Uhr erschien Präsident El Hadj Omar Bongo mit seinem Gefolge. Zehn Minuten später, sicherlich durch Walky Talkies der Diplomaten informiert, erschien der französische Außenminister Dumas. Zehn Minuten, das ist genau die Zeit, die man vom Flughafen bis zum Präsidentenpalast braucht.

„Afrikanisches Poker", kommentiert ein westlicher Geschäftsmann den Vorfall. „Wer zuletzt kommt, ist der wichtigste, weil alle anderen auf ihn warten." Und gepokert muß werden, denn zwischen der ehemaligen französischen Kolonie, die am 17. August 1960 die Unabhängigkeit erlangte – Grund für ausgedehnte Feierlichkeiten bis zum Bankett mit Feuerwerk am Äquatorhimmel – und dem nach wie vor sehr einflußreichen einstigen Mutterland herrscht leichte Verstimmung.

Grund: In Paris erschien ein Buch über die Liebschaften des Präsidenten. Bongo ist darüber verärgert, obwohl er weiß, daß dies in einem Land mit freiem Pressewesen nicht zu verhindern ist. Er konterte mit einem Kommuniqué, in dem er die öffentlichen Aktivitäten der oppositionellen Exil-Regierung als Grund für eine Bewölkung am sonst strahlenden Himmel der französisch-gabunesischen Beziehungen vorschob. Auch zeigte er sich verärgert, daß Paris keinen Minister zur Jubiläumsfeier entsenden wollte.

In Paris aber sah man keinen Grund für Aufgeregtheiten. Man erhöhte den Einsatz und entsandte den relativ unpolitischen Wissenschaftsminister Curien. Das war Bongo nicht genug. Um die Franzosen zu locken, verkündete er eine Amnestie für alle politischen Häftlinge. Die letzten sechs Oppositionellen, die noch in Haft waren. Jetzt war Paris wieder an der Reihe: Sie schickten Außenminister Dumas. Er kam, aber als letzter.

Solche Pokerspiele sind eine gute Gelegenheit für nicht-französische Geschäftsleute, rasch einige Verträge auszuhandeln. Voraussetzung ist, daß sie, zum Beispiel von Diplomaten, unterrichtet werden und zur Stelle sind. Dabei half auch der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, der im Namen der Bundesrepublik schon tags zuvor ein Grußschreiben des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker an den „großen und guten Freund Omar Bongo" nebst einer 50 000-Mark-Spende für die Bibliothek der einheimischen Forstschule überreicht hatte. Er konnte an der Tafel der Ehrengäste getrost das Pokerspiel beobachten. Er hatte seine politischen Gespräche mit Bongo bereits hinter sich und deutsche Geschäftsleute neue Verträge unter Dach und Fach.

Gabun wird aus Deutschland schlüsselfertig einen Supermarkt und eine große Brauerei bekommen. In einem Jahr wird angezapft. Eine eigene Viehzucht soll mit deutscher Hilfe



begonnen und die Erschließung der reichen Bodenschätze (Uran, Mangan, Gold, Diamanten, Eisenerze) erleichtert werden. Auch von zivilen Hubschraubern war die Rede. Die Deutschen können in Gabun, bei aller vorübergehenden Verstimmung zwischen Libreville und Paris, freilich nur einige Fußbreit Boden gewinnen.

Großes Interesse haben die Gabunesen an deutscher Bautechnik. Die deutschen Bauunternehmen Philipp Holzmann und Bilfinger & Berger sind bereits mit 17 Prozent (etwa 420 Millionen Mark) am Bau der Trans-Gabun-Eisenbahn beteiligt, eine der größten Eisenbahn-Baustellen der Welt. Die Bahn soll in den neunziger Jahren, wenn die Ölreserven des Opec-Landes langsam zur Neige gehen, den Zugang zu den Uran-, Eisenerz- und Manganvorkommen sowie den Abtransport von Edelhölzern erleichtern.

Auch an Ölkonzessionen sind deutsche Firmen beteiligt. Das Land fördert 180 000 Barrel pro Tag und bestreitet mit den Exporten 60 Prozent des Haushalts. Gesucht werden Firmen für den Ausbau eines Hafens für etwa 60 Millionen Mark, den Bau einer Fischfangflotte oder auch einer Fabrik zur Verarbeitung von Milchpulver zu Butter, Joghurt und Käse.

Insgesamt ist der deutsche Anteil an dem Investitionsvolumen eher gering. Auch die deutschen Exporte schlagen mit weniger als sechs Prozent der Einfuhren Gabuns kaum zu Buche. Das ist erstaunlich. Denn die Regierung Bongo ist überaus deutschfreundlich. Sie ist auch bestrebt, den französischen Anteil an Leben und Wirtschaft im Land zu reduzieren und die französischen Importe auf 50 Prozent der Gesamteinfuhren zu drücken.

Wie schwierig das ist, läßt sich an einer Zahl ablesen. Rund 27 000 Franzosen leben in Gabun, das sind neunmal mehr als zur Kolonialzeit. Gabun hat etwa 800 000 Einwohner. Französische Experten sitzen in der öffentlichen Verwaltung, in den Ministerien, in der Luftfahrtgesellschaft, in Polizei und Armee. Ohne sie läuft nichts. Die deutsche Kolonie dagegen zählt gerade 90 Seelen.

Auch eine andere Szene macht den alles dominierenden Einfluß deutlich: Während die Musikkapelle vor der Diplomatentribüne fröhlich mit der Weise „Wir sind die lustigen Holzhackerbuam" aufspielt, erscheint der Präsident zur großen Jubiläumsparade; federnd springen die Leibwächter von den Trittbrettern des Konvois, postieren sich fächerförmig und mustern mit scharfem Blick die harmlose Diplomatenmenge auf der Tribüne und die begeistert blasenden Musiker. Inmitten der Leibwächter ein Franzose. Mit kurzen Handbewegungen dirigiert er die kleine Schutztruppe.

Ohne sie hätte Bongo sich wohl keine 18 Jahre an der Macht halten und das Pro-Kopf-Einkommen des Landes stetig auf die Höhe von 4000 Dollar pro Jahr – nach Libyen das höchste in Afrika – schrauben können. Seine Diversifikationsbestrebungen haben sich zwar auch auf die Leibwache ausgedehnt. Vor seinem Amtszimmer sitzen vier Marokkaner, auch Südkoreaner sind bisweilen im prachtvollen Präsidentenpalast zu sehen. Für das Kommando der Schutztruppe aber kommt Diversifikation nicht in Frage. Frankreich bietet hier noch die besten Garantien, trotz aller möglichen Konsequenzen für Politik und Wirtschaft.

Die Japaner und Amerikaner ficht die dominierende Stellung Frankreichs im Opec-Land am Äquator nicht an. In den großzügig aufgemachten Publikationen zum 25. Jahrestag sind sie mit Anzeigen üppig vertreten. Sie wissen die politische Stabilität zu schätzen. In der Bongo-Ära hat es bisher nur einen Putschversuch gegeben. Solch friedliche Verhältnisse sind in Afrika selten. Präsident Bongo will, wie die Parolen der Parade verkünden, das Land weiter auf liberalem Wirtschaftskurs und in westlichem Fahrwasser halten.

Unter den Auserkorenen, die von ihm zum Unabhängigkeitstag mit Orden bedacht wurden, sind auch zwei Deutsche: der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß und der Afrikaexperte Hans Schneider. Strauß ist nun Großoffizier des gabunesischen Verdienstordens, Schneider Kommandeur. Jetzt wartet Bongo auf Antwort aus Deutschland.



Zu Gast bei Präsident Bongo: Franz Josef Strauß FOTO: RABANUS



Donald Regan: Stabschef des Weißen Hauses FOTO: POLY-PRESS

Robert McFarlane: Sicherheitsberater des Präsidenten FOTO DPA

Ein Washingtoner Intrigenspiel

Ein beliebtes Sommerspiel in Washington ist es, darüber zu spekulieren, wer gerade in der Gunst des Präsidenten ganz oben steht und wer nicht. Diesmal heißt die Frage: Ist es Donald Regan oder Robert McFarlane?

Von FRITZ WIRTH

Die Nachricht war kurz und schien den Leser aus dem tiefsten Sommerloch anzugähnen: Donald Regan, der Stabschef des Weißen Hauses, war bei einem Mittagessen mit dem einstigen Sicherheitsberater Jimmy Carters, Zbigniew Brzezinski, gesehen worden. „Intensive Diskussionen" wurden zwischen beiden beobachtet.

Im Treibhaus Washington reicht das, daraus eine politische Intrige zu schmieden: Warum war Robert McFarlane, der Sicherheitsberater Ronald Reagans, nicht mit am Tisch? War diese Begegnung eine öffentliche Provokation Donald Regans gegenüber McFarlane, Signal einer wachsenden Kluft und Verstimmung zwischen diesen beiden mächtigsten und einflußreichsten Männern in der Umgebung des Präsidenten?

Falsch. In Wahrheit war es nichts anderes als die letzte Episode eines mehr oder minder subtilen Intrigenspiels, das – über alle Sommerlöcher hinweg – Washington in Atem hält. Es ist ein verwirrendes Wechselspiel von Huldigung und Verdammnis, Lobpreisung und Kritik, von Karriereschub und Karrierebremse.

Die Faustregel dieses Spiels: Sobald jemand sich in Washington zu profilieren beginnt, herausragt, gute Zensuren erhält, Macht an sich zieht und Macht ausstrahlt, trifft ihn unweigerlich der Hammer der Gleichmacher. In dieser Stadt, in der mehr Macht versammelt ist als anderswo in der Welt, gedeiht zugleich mehr Mißtrauen gegenüber der Macht als andernorts.

Dagegen ist nichts einzuwenden, ließen sich in diesem Spiel rationale Gründe, Fairneß und Vernunft erkennen. Das aber ist nicht immer der Fall. Die Folge: Dieses oft künstlich geförderte oder imaginäre Auf und Ab der Karrieren weckt den Eindruck, als sei diese Stadt von politischen Neurosen heimgesucht, die das Establishment schütteln. Das aber ist schlicht nicht der Fall.

Dies ist vielmehr eine Stadt politisch bemerkenswert hart arbeitender Beamter, Berater und Zulieferer, deren politische Produkte nicht immer jene scharf umrandeten Etikette tragen, die man sich in den Staatskanzleien dieser Welt gern wünscht. Die aber dennoch eher von selbstsicherer Gelassenheit denn nervöser Karrierefurcht gekennzeichnet sind.

Bleiben wir beim Fall McFarlane. Seit einem knappen halben Jahr feiern ihn die „White House-Watcher" der amerikanischen Presse als die stille, aber unaufhaltsam aufsteigende graue Eminenz der amerikanischen Politik. Die „New York Times" widmete ihm im Mai in ihrer Sonntagsbeilage eine zehnseitige Huldigung, die ihn als den wichtigsten, einflußreichsten und machtvollsten Berater des Präsidenten auswies. Sichtbares und symbolhaftes Zeichen seines Aufstiegs: Er durfte in diesem Frühjahr sein Büro aus den Kellerräumen des Weißen Hauses in die Präsidenten-Etage in Reichweite des „Oval Office" verlegen.

Seit einem Monat jedoch ist dieser Aufstieg angeblich abrupt beendet. Ein Machtkampf zwischen Stabschef Donald Regan und McFarlane tobe im Weißen Haus, so suggerieren die „White House-Watcher" und schieben McFarlane in die Schmollecke ab. Donald Regan sei der Mann des Augenblicks, er habe das Ohr des Präsidenten, weil es mehr Gemeinsamkeiten zwischen ihm und dem Präsidenten gebe, als sie sich jemals zwischen McFarlane und Ronald Reagan entwickeln könnten. Beide seien irischer Abstammung, beide seien Selfmade-Millionäre, und beide lägen im Alter nicht weit auseinander.

Im Krankenhaus hatte Regan die Nase vorn

Diese Regan-Renaissance und dieser angebliche McFarlane-Abfall speisen sich aus spärlichen Fakten. Der wichtigste: Während Donald Regan nach der Krebsoperation des Präsidenten im Krankenhaus praktisch das Vorzimmer zur Suite des Präsidenten besetzte und ungehinderten Zugang hatte, dauerte es drei Tage, bis Robert McFarlane zu ihm vorgelassen wurde.

So karg und burlesk diese Signale der Präsidenten-Huld sein mögen – sie sind vor allem falsch. In Wahrheit hat es diesen angeblichen Machtkampf zwischen Regan und McFarlane niemals gegeben, weil sich ihre fachlichen und politischen Wege zu selten kreuzen. Regans Stärke sind das Management, die politische Koordinierung sowie innen- und finanzpolitische Probleme.

Außen- und Sicherheitspolitik dagegen sind nicht seine Stärken. Er überläßt dieses Feld deshalb klaglos McFarlane, und deshalb ist dieser angeblich abgleitende Sicherheitsberater, der im übrigen niemals die Absicht und den Ehrgeiz hatte, die Rolle eines Henry Kissinger im Weißen Haus zu spielen, nach wie vor die unbestrittene Schlüsselfigur bei der Vorbereitung des Genfer Gipfels zwischen Reagan und Gorbatschow und – zusammen mit Paul Nitze – der „Wachtmeister" der Genfer Abrüstungsgespräche.

Nachdem nun also Donald Regan von der Presse so eindeutig auf den Siegersockel gehoben wurde, zeigen sich in den letzten Tagen deutliche Zeichen des Unwohlseins. Man beginnt den sogenannten „Haig-Effekt" an diesem Mann zu entdecken. Soll heißen: Regan hat sich angeblich während der Krebsoperation – ähnlich wie Alexander Haig vor vier Jahren nach dem Präsidenten-Attentat – etwas zu stürmisch an die Macht gedrängt und muß nun den Preis dafür zahlen. Man beginnt die ersten Lunten an den Sockel dieses Mannes zu legen.

Schlachtfeld dieses Grabenkriegs der Karrieren ist in erster Linie die Presse, die jedoch nicht in jedem Falle ihre Munition aus überinterpretierten Gesten und Randbegebenheiten bezieht, sondern zuweilen auch nur Instrument interministerieller oder ideologischer Kleinkämpfe ist und von internen Quellen eingespeist wird.

Das hat am schmerzhaftesten Außenminister George Shultz zu spüren bekommen. Shultz war nach zwei programmatischen Reden in San Francisco und New York im letzten Herbst zu einer der stärksten und bedeutendsten Figuren der Reagan-Administration geworden. Der Grund dafür lag im sachlich-strategischen Bereich. Die Außenpolitik – und hier besonders der Dialog mit Moskau – sollte in der zweiten Amtszeit Reagans einen neuen Stellenwert erhalten. Das wertete automatisch die Position von Shultz auf, weckte zugleich aber Mißtrauen auf dem neokonservativen Flügel der Republikaner. Er begann sich auf Sbultz einzuschießen, meinte in Wahrheit jedoch den Präsidenten und seine neuen außenpolitischen Prioritäten.

Aus der gleichen Ecke wurde im übrigen das „Duell der beiden Richards" – Richard Perle aus dem Pentagon und Richard Burt aus dem State Department – gespeist. Beide personifizierten das Für und Wider der Rüstungskontrollgespräche mit Moskau. Burt wurde als der Sieger betrachtet (der er persönlich niemals war, denn gesiegt hat in diesem Duell der Wunsch des Präsidenten nach einem neuen Verhältnis zu Moskau). Burt wurde später aus der Kampflinie abgezogen und zum Bonner Botschafter gemacht.

Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg

Ein ähnliches Schicksal erlitt der Pressesprecher des Präsidenten, Larry Speakes. Speakes, der in der ersten Amtszeit durch den damaligen Stabschef Baker von wichtigen Informationen und Entscheidungen im Weißen Haus abgekoppelt worden war, erlebte im Frühjahr durch den Baker-Nachfolger eine unerwartete Renaissance. Er wurde in den inneren Zirkel des Weißen Hauses aufgenommen und war unvorsichtig genug, diese Aufwertung öffentlich bekanntzugeben. Er lief damit direkt in eine Konfrontation mit den Journalisten des Weißen Hauses hinein, die versuchten, ihn wieder auf Normalmaß zurechtzustutzen.

Das Eigenartige an dieser oft künstlich beschleunigten und ebenso künstlich gebremsten Berg- und Talfahrt der Karrieren: Die uramerikanische Faustregel, nach der nichts erfolgreicher ist als der Erfolg – sie scheint neutralisiert worden zu sein in diesem Washingtoner Treibhaus.

Einzige Ausnahme: Ronald Reagan. Denn alle Versuche, ihm das für Präsidenten der zweiten Amtsperiode gängige Etikett der „lahmen Ente" anzuhängen, sind bisher gescheitert. Sein Image ist trotz Bitburg und Defizit-Fiasko weiterhin intakt. Jene, die versuchen, auch an ihn die Karrierebremse anzulegen, laufen direkt auf die Ergebnisse der letzten Meinungsumfragen auf, und die sagen: Dies ist zur Stunde der populärste Ronald Reagan, den es je gab.



Ein Bild der Sonja Lüneburg aus dem Jahr 1982 FOTO: AP

Rätsel um Sonja Lüneburg ungelöst

gba. Bonn

Der Vergleich von Fotos der beiden als Sonja Lüneburg aufgetretenen Frauen stand gestern im Mittelpunkt der kriminaltechnischen Untersuchungen. Nach Angaben aus Sicherheitskreisen wurden genaue Messungen bestimmter unveränderlicher Merkmale der Gesichter vorgenommen. Um hier ganz sicherzugehen, sind Original-Fotos notwendig, die inzwischen bei den ermittelnden Spezialisten vorliegen. Zeugen hatten schon beim ersten Vergleich von Fotos der Sonja Lüneburg aus der Berliner Zeit bis 1966 mit Aufnahmen von der verschwundenen Chefsekretärin erklärt, dies sei nicht dieselbe Frau.

Auch Schriftproben der Frau Lüneburg „alt" und der Chefsekretärin Lüneburg „neu" sollen genau überprüft werden. Mindestens die Unterschrift auf den polizeilichen Meldeunterlagen aus Berlin liegt von der 1966 *nach Colmar abgemeldeten Sonja Lüneburg* vor. Schriftproben von der verschwundenen Sekretärin sind reichlich vorhanden.

Sicherheitsexperten äußerten gestern Unverständnis, daß man bei den Sicherheitsüberprüfungen Sonja Lüneburgs nicht schon früher die Unterschriften verglichen habe. „Dann wäre uns vielleicht viel erspart geblieben". 1969/70, als die erste Überprüfung vorgenommen worden war, sei die Methode des Identitätswechsels und Einschleusung von Agenten über das westliche Ausland noch nicht bekannt gewesen. *Wohl aber 1976*, als Frau Lüneburg erneut überprüft worden sei.

Ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums erklärte gestern zu den Befürchtungen, Frau Lüneburg habe Zugang zu Informationen aus dem Bundessicherheitsrat bekommen, Minister Bangemann habe der Frau niemals solche Informationen diktiert oder anders zugänglich gemacht.

Kulturbudget des Bundes stieg um 6,4 Prozent

gba, Bonn

Die Bundesregierung hat die Kul*turförderung im laufenden Jahr 1985* erheblich verstärkt. Der Parlamentarische *Staatssekretär im Bundesinnenministerium*, Horst Waffenschmidt, verwies darauf, daß die Mittel für Kulturausgaben von 216 Millionen 1984 in diesem Jahr um 6,4 Prozent auf rund 230 Millionen Mark gesteigert worden seien. Waffenschmidt nannte als konkrete Förderungsvorhaben in den nächsten Jahren:

– Mit einem Kostenaufwand von 90 Millionen Mark soll im Bonner Regierungsviertel das Haus der Geschichte entstehen.

– Gleichzeitig wird in Berlin als Geschenk der Bundesregierung nahe *dem Reichstag* ein *historisches* Museum für die Geschichte des deutschen Volkes *mit einem* Kostenaufwand von 250 Millionen Mark entstehen.

– Die Deutsche Bibliothek in Frankfurt/Main erhält ein neues Haus; Kosten: rund 200 Millionen Mark.

– Der Neubau für das Bundesarchiv in Koblenz (Kosten etwa 80 Millionen) kann 1986 bezogen werden.

– Der Bund beteiligt sich an den Kosten (500 Millionen Mark) für den Gesamtkomplex der Ausstellungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin.

– Für die Luftfahrthalle im Deutschen Museum zu München wurden mehr als 21 Millionen Mark, für das Deutsche Bergbaumuseum in Bochum 3,2 Millionen und für die Erweiterung des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg ein Drittel der Gesamtkosten von etwa 100 Millionen Mark aufgebracht.

– Der Bund trägt die Hälfte der Kosten (20 Millionen Mark) des Ausbaus des Deutschen Literaturarchivs in Marbach.

– Das Freie Deutsche Hochstift wird mit einem Kostenaufwand von 4,3 Millionen Mark ausgebaut und modernisiert.

– Für die sechs großen Forschungsmuseen, wie Deutsches Museum und Germanisches Nationalmuseum, hat der Bund in den vergangenen drei Jahren mehr als 30 Millionen Mark ausgegeben.

FDP-Spitze entdeckt den schönen Süden wieder

Von PETER SCHMALZ

Hans-Dietrich Genscher beehrt Bayern seit Wochen mit einer solchen Vielzahl von Blitzbesuchen, daß der Verdacht *aufkommen* könnte, der Freistaat sei ein fremdes und *heikles Land, um dessen Freundschaft* sich der Außenminister der *Bundesrepublik mit* besonderem Elan zu kümmern hat. Er sprach vor den Delegierten des bayerischen FDP-Landeshauptausschusses in Landshut, lauschte zwei Tage zuvor den Wagner-Klängen in Bayreuth, weilte kürzlich mit dem FDP-Bundespräsidium am Starnberger See und plauderte eine Woche zuvor mit dem bayerischen FDP-Landesvorstand über seine jüngste Asienreise, um tags darauf bei einem Poloturnier in der Nähe Münchens gesichtet zu werden.

Aber Genscher kämpft nicht allein an der bayerischen Front, auch sein Nachfolger auf dem liberalen Chefstuhl überschreitet gerne die



Landesbericht Bayern

Grenze mit dem weißblauen Wappenschild. Kürzlich hielt Wirtschaftsminister Martin Bangemann das Hauptreferat auf dem FDP-Landesparteitag in Bayreuth und gestand wenige Tage später seine Zuneigung zu Franz Josef Strauß: „Ich *mag ihn*."

Der massierte Einsatz liberaler Prominenz zwischen Spessart und Alpenvorland dient allerdings weniger der Kontaktpflege, sondern vielmehr der frühen Wahlhilfe für die *liberalen Parteifreunde im Freistaat*. Dies ist schon deshalb klug, weil die FDP bei der letzten Landtagswahl im Oktober 1982 mit 3,5 Prozent auf der Strecke geblieben ist.

Da trifft es sich gut, daß als Nachfolger von Josef Ertl, der sich mehr um sein Landwirtschaftsministerium in Bonn als um die Landesparteizentrale in München kümmern konnte, der erst 38jährige Münchner Stadtrat Manfred Brunner Vorsitzender der 7000 bayerischen Freide*mokraten wurde*, der flugs ins Präsidium der Bundespartei aufrückte *und dort die Kontaktchancen zur* Parteiprominenz eifrig nutzt. Er hat das Versprechen von Bangemann und Genscher in der Tasche, daß beide mehr als bisher in irgendeinem Landeswahlkampf die bayerischen Parteifreunde beim Versuch unterstützen werden, wieder in den Landtag einzuziehen.

Schon im Herbst präsentiert Brunner Bonner Köpfe wie Bangemann, Haussmann oder Adam-Schwaetzer übers Land verstreut bei Zielgruppengesprächen, die dank intensiver Vorbereitung volle Säle garantieren sollen. Der junge Landesvorsitzende will dabei unter anderem Wähler ansprechen, die eigentlich am liebsten CDU ankreuzeln würden, sich in Bayern aber mit der CSU konfrontiert sehen und nun *eine FDP, die in Bonn mit der Union* koaliert, als eine Alternative betrachten. *Brunner will bei seinen Reisen* durch den Freistaat solche Überle*gungen häufig genug gehört haben*, um sie in seine Wahlkampfstrategie aufzunehmen.

Den Vorwurf des Stuttgarter Professors Günter *Rohrmoser*, die FDP wildere in den Gefilden der Union, weist *Brunner* erwartungsgemäß zurück, sieht aber doch bei der CSU die *Menge* für die *FDP* zu mobilisierender Wähler, die ausreicht, um über die *Hürde* von fünf Prozent zu kommen. Und so hörte er mit Vergnügen, als CSU-Generalsekretär Gerold Tandler den Liberalen mit den Worten den Wahlfehdehandschuh hinwarf, die Koalitionsgemeinschaft mit der FDP in Bonn bedeute „natürlich in keiner Weise ihre parteipolitische Schonung hier in Bayern". Nun kann er hinter der Maske des biederen und friedfertigen Koalitionsfreundes die Waffen wetzen: „Wir suchen diese Auseinandersetzung nicht, aber wir werden ihr nicht ausweichen, wenn die CSU sie uns aufzwingt."

Brunner geht in den Wahlkampf mit erheblichem persönlichen Risiko. Sein ursprünglicher Plan, den Landtagswahlkampf einem Team von sieben Leuten (entsprechend den sieben bayerischen Regierungsbezirken) zu überlassen und selbst als Spitzenkandidat zur Bundestagswahl anzutreten, mußte er aufgeben. Wozu nicht zuletzt Hildegard Hamm-Brücher, die mit Brunner eine nicht immer kaschierte gegenseitige Aversion verbindet, mit der weithin vernehmlichen Äußerung gesorgt hatte, die Aufgabe eines Landesvorsitzenden sei es, die Partei in den Landtag zu führen.

Schon bei seinem nächsten Treffen revidierte der Landesvorstand daraufhin sein Votum, das für Brunner die Fahrkarte nach Bonn war, und bat den Vorsitzenden mit zwölf gegen fünf Stimmen, für den Landtag zu kandidieren. Worauf dieser vor die Presse ging und den Beschluß mit einer Miene verkündete, als sei das Münchner Maximilianeum tatsächlich sein heimliches Ziel gewesen.

Nun also steht er in der persönlichen Haftung: Erreicht er im Oktober *nächsten Jahres nur 4,9 Prozent* oder weniger, hat seine Karriere, in der bei einem Fortbestand der Bonner Koalition ein Minister- oder wenigstens Staatssekretärposten erreichbar erscheint, einen bösen Knick bekommen. Zieht er aber in Fraktionsstärke in den Landtag ein, dürfte seine Zeit, die er als Fraktionsvorsitzender auf der bayerischen Oppositionsbank verbringt, maximal vier Jahre betragen, ehe er dann endgültig zum Sprung an den Rhein ansetzt.

Die bayerische Bundestagsliste *wird nach dem jetzigen* Stand Bundesjustizminister Hans Engelhard anführen. Auf *Platz* zwei *soll* ihm Frau Hamm-Brücher zur Seite stehen, die sich zwar noch mit ihrer Familie über eine erneute Kandidatur beraten will, in der Partei wird aber allgemein mit einer positiven Entscheidung gerechnet.

Dagegen hat Josef Ertl endgültig seinen Rückzug aus der Bonner Politik angekündigt, seinem Nachfolger im bayerischen Parteivorsitz aber *aktiven Wahlkampfeinsatz* zugesichert. Bei seinen bisherigen Auftritten findet er *allgemeine Zustimmung* der bäuerlichen Zuhörer. „Eine Tragik", *meint* Brunner, „*früher* haben ihn die Bauern gemocht und *nicht gewählt, weil* er mit den *Sozis* koaliert. Jetzt wäre er in der richtigen Koalition, aber nun können sie ihn nicht mehr wählen." Ein paar Bauern-Stimmen wären Brunner gerade noch recht.

Ermittlung gegen Versicherungen, aber nicht gegen Politiker

Keine Anhaltspunkte zur Beihilfe der Steuerhinterziehung / Kriminalisierung

p. p. Bonn

Die Bonner Staatsanwaltschaft ermittelt nach eigenen Angaben gegen keinen der Bonner Politiker, die auf den Wahlkampf-Spendenlisten privater Versicherungen aufgeführt sind. Oberstaatsanwalt Johannes Wilhelm begründete dies *damit*, daß gegen keinen von ihnen Anhaltspunkte zur *Beihilfe bei Steuerhinterziehung* vorlägen. Und, so Wilhelm, Bestechung scheide *aus*, da es *im Gegensatz zu* den Beamten bei den Politikern keine Bestechung als Delikt *im Strafgesetzbuch* gebe.

Ermittelt wird laut *Staatsanwaltschaft* lediglich „gegen verschiedene Gruppierungen der Versicherungswirtschaft wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung". Mehrere der genannten Spitzenpolitiker haben zugleich jeden Verdacht zurückgewiesen, direkte Zahlungen erhalten zu haben bzw. durch die Wahlkampf-Spenden zu einem „bestimmten Wohlverhalten" bewegt worden zu sein. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied des Flick-Untersuchungsausschusses, Friedrich Bohl, sagte: „Da ist nichts drin." Es handele sich „keineswegs um eine neue Affäre", sondern um die „krampfhafte" Suche nach Affären.

Versteuertes Einkommen

Der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Friedrich Vogel, der im Mittelpunkt eines Berichts des „Spiegels" stand, weil er als „Kontaktperson" 250 000 Mark Spendengelder für 15 namentlich aufgeführte Unions-Politiker vermittelt haben soll, sagte gestern im Saarländischen Rundfunk: „Als stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Westfalen-Lippe habe ich mich auch verpflichtet gefühlt, für meine Partei Spenden hereinzuholen. Dazu gehört eben auch diese Spende von 250 000 Mark, eine Spende, bei der ich von vornherein großen Wert darauf gelegt habe, daß sie aus versteuertem Einkommen gezahlt wird, daß wir keinerlei Probleme mit dem Steuerrecht bekommen, eine Spende, die von dem Spender auf das Konto der westfälischen Landespartei überwiesen worden *ist*, die dort ordnungsgemäß verbucht und bilanziert worden *ist*." *Vogel* betonte, daß „die Spende im Gesamtbetrag an die *Landespartei gegangen* und auch dort verblieben" sei, daß *auch er persönlich „keinen einzigen* Pfennig" davon gesehen habe.

Der „Spiegel" hatte in seinem Bericht einen Brief von Arbeitsminister Blüm nachgedruckt, in dem dieser aus grundsätzlichen Erwägungen eine Beteiligung an dieser Spendenaktion abgelehnt hatte. In seinem Sinne äußerte sich gestern auch die ebenfalls auf der Spendenliste stehende Bildungsministerin Wilms: Sie habe „zu keinem Zeitpunkt Gelder der Versicherungskonzerne erhalten". Soweit ihr Spendenangebote unterbreitet würden, verweise sie in allen Fällen an die Partei. Auch künftig werde sie auf diesen „legalen" Weg verweisen.

Der ebenfalls aufgeführte stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Roth berichtete in RTL, daß der „von mir sehr veebrte Alex Möller eines Tages gesagt" habe, „aus der Versicherungswirtschaft wäre man bereit, für den Wahlkampf 1983 10 000 *Mark zu spenden. Ich habe* die Frage gestellt: Ist das ordentlich versteuert? *Man hat mir das bejaht.* Ich habe das Geld in ein Wahlkampfkon*to im Wahlkreis für die SPD* einbenommen. *Ich* habe das weitergemeldet bei der *Abrechnung* über die Wahlkampfkosten, sogar ausgeworfen, von wem *das* ist. Ich fühle mich also da auch nicht belastet."

Roth brachte die am Wochenende aufgekommene Debatte um die Spenden der Versicherer auf die Formel: „Weil alle Parteien in Bonn so restriktiv waren bei der Aufklärung, kommt jetzt jeder andere Sachverhalt auch in eine halbkriminelle Welt rein." Der wirtschaftspolitische Sprecher seiner Fraktion malte im übrigen für die nahe Zukunft als Vision an die Wand, „daß wir vor einer großen Bugwelle von Mehrausgaben stehen. Nachdem *die Medien wirklich entdeckt* werden, wird natürlich der künftige *Wahlkampf ein Medienwahlkampf* sein. Und wer nicht mit seiner Nase *im Fernsehen auftaucht*, der kann eine Wahl gleich aufgeben." Man werde *zwar „nicht drum herumkommen"*, in der Frage der Parteienfinanzierung – *möglicherweise* auch über die Stiftungen – „die Vergangenheit zu analysieren. Dann aber auch Grenzen setzen wo dies einen Sinn macht".

Klare Rechtslage

CDU-Sprecher Wolter von Tiesenhausen stellte gestern grundsätzlich klar: Es sei „konsequenterweise ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, Spenden an politische Parteien zu bejahen". Denn die Parteien dürften sich ja nicht eine „völlige oder auch nur überwiegende Deckung des Geldbedarfs aus öffentlichen Mitteln" (Urteil des BVG vom 19. 7. 1966) erlauben. Im BVG-Urteil vom 3. Dezember 1968 heiße es dazu, daß der Bürger von seinem Recht auf Teilhabe an der politischen Willensbildung auch dadurch Gebrauch mache, „wenn er einer politischen Partei Geld spendet und dadurch die politischen Bestrebungen der Partei unterstützt". Wenn jetzt versucht werde, das politische Engagement von Spendern und Empfängern zu diskriminieren oder zu kriminalisieren, so von Tiesenhausen, widerspreche dies „dem Gedanken unserer grundgesetzlichen Ordnung". Und: „Spenden zu sammeln ist eine Aufgabe aller Funktions- und Mandatsträger auf allen Ebenen unserer Partei. Das gilt auch für Abgeordnete, die Spenden für ihre Wahlkreise sammeln."

„Personalabbau ist vordringlich"

Rehberger: Saar-Regierung soll für Arbed auf Gewerkschaft IG Metall einwirken

ULRICH REITZ, Bonn

Der saarländische FDP-Vorsitzende Horst Rehberger fordert die sozial*demokratische Landesregierung auf*, ihr positives Verhältnis zu der Gewerkschaft *IG Metall zu nutzen*, „um einen Personalabbau in dem paritätisch bestimmten Unternehmen Arbed Saarstahl durchzusetzen".

Rehberger verwies in einem Gespräch mit der WELT auf die von der früheren Landesregierung unter Ministerpräsident Werner Zeyer (CDU) angeforderten Gutachten zur Lage des Unternehmens, in denen die Unternehmensberatungsfirmen Berger und Mc Kinsey einen Personalabbau in der Größenordnung von 2000 bis 3000 Beschäftigten als Voraussetzung einer langfristigen Sanierung von Arbed bezeichnen. Gegenwärtig sind bei Saarstahl 14 000 Arbeitnehmer beschäftigt.

Rehberger kritisierte in diesem Zu*sammenhang Ministerpräsident* Oskar Lafontaine (SPD), der dem Problem der *Entschuldung* den Vorrang gebe, obwohl keineswegs sicher sei, daß Arbed ohne Schulden schwarze Zahlen schreiben würde. Die Voraussetzung für eine auch von Bonn geforderte langfristige Sanierung werde lediglich durch die „Realisierung betriebsinterner Umstrukturierungsmaßnahmen geschaffen, zu denen vordringlich der Personalabbau gehört".

Im saarländischen Wirtschaftsministerium sieht man einen Spielraum für die Reduzierung von Personal vor allem im Verwaltungsbereich. Offensichtlich will sich die Landesregierung hier auf die Verwaltung konzentrieren, *um Auseinandersetzungen* mit der IG Metall über den Abbau von *Arbeitsplätzen* zu *vermeiden*. Der Beschäftigungsstand bei Arbed soll bereits bis zum Ende dieses Jahres auf 12 000 verringert werden.

Bislang habe die SPD-Regierung nicht den politischen Willen aufgebracht, „das Unvermeidliche zu realisieren", sagte Rehberger. Der FDP-Politiker äußerte sich in diesem Zusammenhang „enttäuscht" über ein Spitzengespräch der saarländischen Parteivorsitzenden mit dem Ministerpräsidenten , das „keine neue Perspektiven bei der Lösung der Arbed-Problematik" aufgezeigt habe.

Besorgt registrierte Rehberger, „daß in den vergangenen vier Mona*ten in* der *Saarstahlfrage noch* keine positiven Ergebnisse" erzielt worden seien. *Dies sei um so unverständlicher*, als die EG-Kommission praktisch einen *Zeitplan* für Umstruktu*rierungsmaßnahmen* gesetzt habe.

Im Juli hatte Brüssel weitere 350 Millionen Mark an Betriebsbeihilfen für Arbed genehmigt, an die Auszahlung der Summe jedoch die Bedingung geknüpft, daß die Völklinger Stahlkocher zusätzliche „Maßnahmen zur Verringerung der Produktionskosten" beschließen. Spätestens bis Ende Oktober erwartet die Kommission den Nachweis, daß Arbed von 1986 an ohne weitere Subventionen auskommen kann. Die „Maßnahmen zur Verringerung der Produktionskosten" sind nach Meinung Rehbergers eine Umschreibung für die *Forderung* nach einem *deutlichen* Personalabbau.

Bislang ist jedoch nicht einmal klar, wer die genehmigten Beihilfen für Saarstahl zahlen wird. Das Angebot Lafontaines, die Zahlung der Beihilfen zu übernehmen, falls Bonn für den saarländischen Anteil an der Entschuldung des Montanunternehmens aufkomme, hat das Bundeswirtschaftsministerium abgelehnt.

Der saarländische CDU-Fraktionsvorsitzende Günther Schwarz wies gegenüber der WELT die Auffassung zurück, bei dem Spitzengespräch habe es sich um einen ersten Schritt zu einem von allen saarländischen Parteien gemeinsam vorgebrachten „Memorandum Saarland in Not" gehandelt. Ob das Memorandum jedoch zum 23. Oktober, dem 30. Jahrestag der Volksabstimmung über die Zugehörigkeit des Saarlandes zur Bundesrepublik Deutschland, zustande komme, sei im Hinblick auf die Differenzen zwischen Regierung und Opposition „*offen*".

Ein erstes Memorandum dieser Art hatte 1977 unter Ministerpräsident Röder (CDU) zu einer Neuauflage eines Strukturprogramms für die Saar geführt. Sollte dieser gemeinsame Hilferuf nach Bonn zustande kommen, „stellen wir uns eine ähnliche Wirkung wie 1977 vor", erklärte Schwarz.

Riebschläger: Die SPD hat sich zu wichtig genommen

Ex-Finanzsenator geht mit Berliner Genossen ins Gericht

PETER PHILIPPS, Bonn

Die vernichtende Wahlniederlage der SPD in Berlin liegt inzwischen knapp ein halbes Jahr zurück, doch die Wunden schmerzen immer noch. In der vorletzten Ausgabe der Partei-Theoriezeitschrift „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" hat sich jetzt der ehemalige Finanzsenator und Vordenker der Berliner Partei-Rechten, Klaus Riebschläger, zu Wort gemeldet. In schonungsloser Aufarbeitung der Vergangenheit brachte er die Selbstkritik auf den Punkt: „Erst jetzt wird eigentlich klar, warum die SPD die Macht verloren hat. Es war schlicht ihre Unfähigkeit, irgend etwas wichtiger zu nehmen als sich selbst. Die Stadt galt als Leben."

Er begreift die „Entfernung von der Macht als Möglichkeit, Distanz zu bestimmten Vorwürfen herzustellen, die sich über die lange Zeit einer Regierungstätigkeit anhäuften". Eines zumindest sei kristallklar geworden: „Das Wahlergebnis hat gnadenlos die These widerlegt, daß Berlin strukturell eine sozialdemokratische Stadt und *lediglich konjunkturell* von den Christdemokraten übernommen worden sei." Die vordergründige *Analyse* über die seit 1975 in Serie folgenden *Niederlagen* mache „die Gruppenkämpfe und den Mißbrauch amtlicher Macht verantwortlich". Doch während Riebschläger darauf verweist, daß „Flügelkämpfe in der Berliner SPD so alt sind wie die Berliner SPD selbst", der „harte Gruppenkampf in der Nachkriegs-SPD" mit regelrechten „Prätorianer-Garden untrennbar mit dem Aufstieg Willy Brandts verbunden" war, räumt er ein: „Dagegen kann der Vorwurf der Ämterpatronage (Filz) in seiner Wirksamkeit und seinem Erklärungsgehalt für den Niedergang der Berliner SPD nicht genügend hoch eingeschätzt werden."

Die heutige Lage der Partei in der Stadt kennzeichnet er als „libanesische Verhältnisse, in der jeder" Kreisvorsitzende „über seine Milizen verfügt, ohne die Zentralgewalt anzuerkennen". Die neue SPD-Spitze in Berlin hat nach seiner Meinung, wenn auch verklausuliert formuliert, nur provinzielles Niveau: Sie werde von „bekannten Gesichtern" gebildet, die allerdings bisher „nicht in ausgewiesenen Spitzenfunktionen" tätig gewesen seien. Deren Chancen für „erfolgreiches Wirken" stünden zwar „nicht schlecht". Aber: „Die neue Führung hat ein Mandat von einem Jahr. Gelingt es ihr nicht, die Agonie der letzten Jahre zu überwinden, wird sie mit Sicherheit scheitern."

Für Riebschläger, der mit 44 Jahren trotz des Senats-Sturzes über den Garski-Skandal seine Zukunft noch nicht hinter sich hat, verbessert auch die *derzeitige Landesregierung* die Chancen der SPD: Er wirft ihr vor, mindestens ebenso „knallharte Personalpolitik" zu betreiben, wie sie einst seiner Partei zum Verhängnis wurde. Und sie mache auch den gleichen Fehler nach, indem sie „abweichende Meinungen aus der Öffentlichkeit unbeachtet" lasse.

Schwerpunkte Jugend und Alter

Ausblick auf die parlamentarische Arbeit / Volkszählung, Ausweis und Europa-Paß

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat für „die nächsten Monate" als konkrete Aufgaben, die seine Regierung in Angriff nehmen werde, in einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung" an erster Stelle Maßnahmen für eine erhöhte berufliche Qualifizierung der Jugendlichen genannt. Weiter nannte der Kanzler die Verbesserung der sozialen Sicherung vor allem für ältere Arbeitslose. Er fügte hinzu: „Wir werden den Konsequenzen des Bevölkerungsrückgangs verstärkt Rechnung tragen und sie ins öffentliche Bewußtsein heben." Seit Jahren sei die Bundesrepublik Deutschland Schlußlicht bei der Geburtenentwicklung. Diese Veränderung im Al*tersaufbau werde zu* schwerwiegenden Belastungen für die soziale Sicherung, *insbesondere die Altersversorgung*, aber auch für die Wirtschaft führen, *wenn nicht rechtzeitig* Vorsorge getroffen werde.

Auch der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl *Miltner, nannte* gestern Schwerpunkte in der parlamentarischen Arbeit nach der *Sommerpause*. Für den Bereich der Innenpolitik verwies Miltner auf die geplante Verabschiedung des Gesetzes zur Durchführung der Volkszählung 1987. Die Akzeptanzprobleme seien bereits gelöst, wie sich im Juni dieses Jahres beim Mikrozensus gezeigt habe. Dieser sei von den Boykottkampagnen „nicht wesentlich gestört" worden.

Entsprechend der Koalitionsabsprache würden nach der Sommerpause die bereits im Bundestag eingebrachten Gesetzentwürfe zur Einführung des fälschungssicheren und maschinenlesbaren Personalausweises und des Europa-Passes verabschiedet werden. Weiterhin würden eine Reihe von Gesetzentwürfen eingebracht, um die gegenseitige Information der Sicherheitsbehörden neu zu regeln. Dabei würden die Grundsätze des Volkszählungsurteils berücksichtigt. Diese Entwürfe sind:

– Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes des Bundes,

– das Gesetz über den militärischen Abschirmdienst (MAD),

– Das Gesetz über die Informationszusammenarbeit von Bund und Län*dern, insbesondere* der *Nachrichtendienste*, in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes;

– die Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes und

– die gesetzliche Regelung der Nutzung der Datenbestände des Zentralregisters beim Kraftfahrtbundesamt (ZEVIS).

Mit diesen Gesetzen werde den Sicherheitsbehörden für den Umgang mit personenbezogenen Daten eine „sichere gesetzliche Grundlage" gegeben, erklärte Miltner. Dabei würden die Belange der inneren Sicherheit und der Persönlichkeitsschutz der Bürger zu einem vernünftigen Ausgleich gebracht.

Miltner verwies auf die geplante Strukturverbesserung im einfachen Dienst der Staatsbediensteten. Das wichtigste Ziel für den Rest der Legislaturperiode müsse der Beitrag des öffentlichen Dienstes zur Verringerung der Arbeitslosigkeit sein. Er „plädiere für einen noch stärkeren Abbau der Überstunden", sagte der stellvertretende Fraktionschef. Dabei sprach er auch die Diskussion um die Einführung eines Vorruhestandes für den öffentlichen Dienst an. Dies würde zahlreichen Arbeitslosen neue Arbeitsplätze schaffen. Allerdings sei die Einführung „sehr teuer". Ohnehin könne sie nur von den Tarifparteien vereinbart werden. Er mache deshalb den Vorschlag:

● Die Tarifparteien sollten sich auf möglichst exakte Zahlen der voraussichtlichen Kosten einigen; die jetzt genannten Zahlen (bis vier Milliarden) seien viel zu hoch, weil die Entlastungen der öffentlichen Hönde nicht eingerechnet seien.

● Die Tarifpartner sollten gemeinsam beraten, was „hier in nächster Zeit geschehen könnte." gezielte Modellversuche böten sich an.

Tornado-Spion von Rebmann angeklagt

DW. Karlsruhe

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat gegen den sogenannten Tornado-Spion, den Maschinenbauingenieur Manfred Rotsch (61), vor dem 3. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichts in München wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit Anklage erhoben. *Im April 1954* hatte sich nach Angaben der Bundesanwaltschaft der *damals* noch in der „DDR" lebende Rotsch in Berlin-Ost beim sowjetischen Nachrichtendienst KGB zur geheimdienstlichen Mitarbeit *verpflichtet*. Nach eingehender Schulung wurde er im Mai 1954 in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust. Hier bewarb er sich auftragsgemäß bei Unternehmen des Flugzeugbaus.

Im Juni 1955 wurde Rotsch bei Heinkel in Stuttgart eingestellt. Hier war er beispielsweise an dem Umbau des französischen Düsenflugzeugs „Fouga Magister" beteiligt. Im April 1959 wurde er zum Entwicklungsring Süd in München *versetzt, von wo aus* er im Dezember 1964 zur Firma Junker Flugzeug- und Motorenwerke AG wechselte.

Von August 1969 bis zu seiner Festnahme am 20. September 1984 war er bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) in München beschäftigt. Hier arbeitete er zunächst im Unternehmensbereich Raumfahrt und dann von Juli 1970 bis Ende 1971 als Leiter der für die Konstruktion des Rumpf-Mittelteils des MRCA-Tornado zuständigen Abteilung. Bei MBB war er noch mit verschiedenen Hilfs- und Sekundärkonstruktionen zum Tornado, mit den Raumfahrtprogrammen Spacelab und Spas-01 (Plattform als Instrumententräger für die Durchführung von Experimenten außerhalb des amerikanischen Space Shuttle) *und schließlich mit* verschiedenen wehrtechnischen Entwicklungsvor*haben befaßt. Rotsch wird* verdächtigt, auch aus diesen Tätigkeitsbereichen eine Vielzahl von – *teils als* geheim eingestuften – Unterlagen, darunter *Datensätze* und *Handbücher* zum Rumpf-Mittelteil des Tornado, verraten zu haben. Als Agentenlohn erhielt er mindestens 25 000 Mark.

Rotsch war nach Informationen der WELT nicht der einzige Spitzenagent des KGB, der auf den Tornado *angesetzt* war. Das KGB *hat* auch Agenten bei Partnerfirmen von MBB *in anderen Ländern, so in Frankreich* und Großbritannien. Diese konnten *bis jetzt nicht enttarnt* werden.

Moskau bedrängt deutsche Minderheit

dpa, Frankfurt

Die Verfolgung von Angehörigen der deutschen Minderheit in der Sowjetunion geht nach Informationen *der Internationalen Gesellschaft für* Menschenrechte (IGfM) mit unveränderter *Intensität weiter. Die* Frankfurter Menschenrechtsorganisation legte gestern drei Sammelpetitionen vor, die insgesamt 49 deutschstämmige Einzelpersonen und 31 Familien aus der Sowjetunion an Bundeskanzler Kohl und alle Regierungen der KSZE-Unterzeichnerstaaten gerichtet hatten. Danach sind angeblich zahlreiche Deutsche aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit oder ihrer Ausreisebemühungen Repressalien ausgesetzt. So komme es immer wieder zu Entlassungen, Kriminalisierungsversuchen und Verurteilungen von Deutschen. Auch würden Familien obdachlos gemacht, indem man sie zum Verkauf oder zur Aufgabe ihres Hauses zwinge, ohne ihnen jedoch eine neue Unterkunft bereitzustellen.

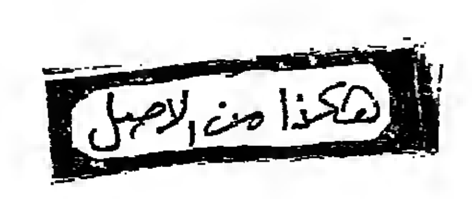
Flick geht in die Berufung

AP, Düsseldorf

Der Flick-Konzern hat Berufung gegen das Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts über die Zulässigkeit der Rücknahme einer Steuervergünstigung durch das Bundeswirtschaftsministerium eingelegt. Der Sprecher des Konzerns, Manfred Kiesewetter, erklärte, das Unternehmen sei nach wie vor überzeugt, die Steuervergünstigung zu Recht erhalten zu haben.

Das Verwaltungsgericht hatte im Mai entschieden, daß das Wirtschaftsministerium eine Flick gewährte Steuervergünstigung für den Kauf eines Aktienpaketes des US-Mischkonzerns Grace im Jahr 1976 in Höhe von 290 Millionen Mark zu Recht widerrufen habe. Flick habe, als er die notwendige Bescheinigung beantragte, in wesentlichen Teilen „unrichtige beziehungsweise unvollständige Angaben" gemacht. Die nachträgliche Rücknahme einer weiteren Steuervergünstigung an Flick in Höhe von 500 Millionen Mark hatte das Gericht dagegen aufgehoben.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Sozialismus im Sog bürgerlichen Wohlstands

Von HEINZ BARTH

Oft wird der rote Teppich ausgerollt. Ebenso oft ertönt die Königshymne und tritt die sozialistische Riege der Regierung Felipe Gonzalez in Reih und Glied auf dem Madrider Flughafen an, um König Juan Carlos und Königin Sofia gebührend zu verabschieden, wenn sie auf Staatsbesuch ins Ausland fliegen und von dort zurückkehren – Luxemburg und kleinere Bananen-Republiken nicht ausgenommen.

Daß die Spanier vor bald drei Jahren den Sozialismus mit absoluter Mehrheit an die Macht wählten, verhindert nicht, daß sie sich auch noch als Marxisten einen angestammten Sinn fürs Protokoll bewahrt haben. Schließlich hat Europas Hofzeremoniell und alles, was es an gespreizter Feierlichkeit absondert, erst vor 400 Jahren durch Philipp II. seinen letzten Schliff erhalten.

So reagieren die Urenkel Don Quijotes noch immer nicht mit Verwunderung, wenn eine Regierung, von der sie durchschlagende Reformen ihres sozialen Gefüges erwarten mußten, nicht gegen die mumifizierte Zeitvergeudung des Flughafen-Protokolls aufbegehrt – und das in einer Situation, in der die Modernisierung des Landes alles an Deck rufen sollte.

Sogar Francos Staats-Jacht „Azor" wurde wieder entmottet – was immerhin einigen Unwillen bei der Regierungspartei und den Gewerkschaften erregt, besonders wenn der König und sein sozialistischer Regierungschef auf ihr vor den Küsten der Halbinsel kreuzen.

Ob dies der Popularität des Charismatikers Felipe Gonzalez nicht schadet? Nächstes Jahr muß er sich Wahlen stellen. Auch einem Volksentscheid über den Verbleib Spaniens in der NATO, den er seiner Gefolgschaft in der Wahlkampagne von 1982 versprochen hatte, wird er nicht ausweichen können.

Wohl konnte er dem Parteitag seiner PSOE (Sozialistische Arbeiterpartei) mit dem Argument, anders sei die Aufnahme in den Gemeinsamen Markt nicht zu erreichen, die Zustimmung abringen, der radikale Kurswechsel in der Frage der NATO-Mitgliedschaft sei unvermeidlich.

Aber das Unbehagen darüber sitzt tief bei den Massen, die häufig mit NATO-feindlichen Transparenten demonstrieren. Es ist ein Unbehagen, das sich auch auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik erstreckt. Der Sozialismus tritt im Dinner-Jacket auf und hat sich royalistische Allüren zugelegt – so protestieren nicht nur die kommunistischen „Comisiones Obreras", die stärkste Gewerkschaft.

Sogar die sozialistische Gewerkschaft UGT beginnt sich neuerdings von dem Pragmatiker Felipe Gonzalez zu distanzieren, der unter ihrem Druck seinen Wirtschaftsminister Boyer und Teile von dessen marktwirtschaftlichem Kurs opfern mußte.

Auch die „Revolution der Nelken" ist verwelkt

Einige Erfolge im Kampf gegen die Inflation gingen auf Kosten einer zunehmenden Arbeitslosigkeit, die bewirkte, daß die beiden großen Gewerkschaften nach Jahren bitterer Fehde einander näherrücken.

Selbst über den Versuch, die liberale Wirtschaftspolitik durch eine sozialistische Schulreform zu kompensieren, verlor die Regierung Stimmen, weil viele Frauen des linken Bürgertums gegen die Verstaatlichung des privaten Erziehungssystems auf die Straße gingen.

Der regierende Sozialismus hat sich von der Basis entfernt, die Revolutionäres von ihm erwartet hatte. Es ist so gut wie sicher, daß der Riß, der sich aufgetan hat, ihn bei der Wahl im kommenden Jahr die absolute Mehrheit, wenn nicht mehr, kosten wird. Doch das ist keine ausschließlich spanische, es ist eine allgemeine Erscheinung im Bereich des latein-europäischen Sozialismus.

Nicht nur in Spanien ist Bewegung in die Politik der Linken geraten. Die „Revolution der Nelken" ist verwelkt, die vor einem Jahrzehnt die Portugiesen berauschte. Seit im Juni die Koalition zwischen den Sozialisten und den eher als Gruppierung der Mitte einzustufenden Sozialdemokraten zerbrach, ist es fraglich geworden, ob die Partei von Ministerpräsident Mario Soares bei den vorgezogenen Wahlen im Oktober noch Aussichten besitzt, den nächsten Regierungschef zu stellen.

Soares will im Januar für das Amt des Staatsoberhauptes kandidieren. Almeida Santos, sein Nachfolger an der Spitze der Sozialisten, fand nicht die einmütige Unterstützung der Parteigremien. Das verbessert seine Chancen nicht, daß die Sozialisten im Oktober noch einmal mit 94 von 250 Sitzen als stärkste Partei in das Lissaboner Parlament zurückkehren werden.

Angesichts der Zersplitterung auf der Linken, die ein Bündnis von Sozialisten und KP ausschließt, ist kaum damit zu rechnen, daß aus den Wahlen eine regierungsfähige Mehrheit hervorgeht. Ein Bündnis mit den Christdemokraten, das die meisten Sozialdemokraten anstreben, dürfte es nicht auf eine ausreichende Zahl der Mandate bringen.

So wird viel darauf ankommen, wie die junge Demokratische Erneuerungspartei des ausscheidenden Staatspräsidenten Ramalho Eanes abschneidet. Für diese noch unfertige, der linken Mitte zuzurechnende Formation kommt die Wahl so früh, daß dem tiefverschuldeten Portugal, das sich mit den Kommunalwahlen in den nächsten Monaten drei Urnengänge leistet, vielleicht zur Mehrheitsbildung noch eine vierte Wahl abverlangt wird.

In jedem Fall ist der Sozialismus des 25. April, der die Zukunft des Landes auf lange Zeit zu bestimmen schien, in wenig mehr als einem Jahrzehnt in sich zerfallen.

Nicht um ein Haar verlockender präsentiert sich in Frankreich die Zukunft für François Mitterrand. Die Volksfront, die er im Mai 1981 als Stütze erkoren hatte, zerbrach vor über einem Jahr. Seine alte Fehde mit der KPF steigerte sich zu unversöhnlicher Feindschaft, als er den Technokraten Fabius und nicht den Links-Ideologen Jospin zu seinem Regierungschef machte.

Wie die Rivalität zwischen den beiden Erben Mitterrands zeigt, führte das Ausscheiden der KPF aus der Koalition nicht dazu, daß die französischen Sozialisten die Reihen fester schlossen.

Mitterrand schließt eine neue Volksfront aus

Die Gefolgschaft Jospins wirft Fabius eine Öffnung zur bürgerlichen Mitte vor. Bisher hat Mitterrand zu dieser Kontroverse noch nicht das entscheidende Wort gesprochen. Es ist aber zu erkennen, daß er den Rückweg zur Volksfront für versperrt hält.

Wohl darum ist bei den Sozialisten, denen die Umfragen nur noch weniger als 30 Prozent der Stimmen zubilligen, eine Diskussion über die Wiedereinführung des Verhältniswahlrechtes entbrannt. Sie würde für Mitterrand, dessen Amtszeit erst 1988 ausläuft, nach einer sozialistischen Niederlage bei der Parlamentswahl des nächsten Jahres die Möglichkeit offenhalten, sich auf die Kräfte der linken Mitte zu stützen.

Das Stichwort, das die Situation zwei Jahre vor Ende der Amtszeit Mitterrands kennzeichnet, heißt „Recentrage". Der Staatspräsident hofft, durch eine Schein-Neutralität im Zwist Fabius–Jospin die Basis seiner Partei so breit zu halten, wie es unter den gegebenen Umständen eben noch möglich ist. Immerhin gibt es bei der französischen KP eine Gruppe, die sich von Marchais nicht in das post-stalinistische Getto einkerkern lassen möchte.

Bei den Sozialisten Frankreichs hat wie bei denen Spaniens und Portugals der Einbruch der verbürgerlichten Wohlstandsgesellschaft ins marxistische Lager seine Spuren hinterlassen.

Mehr als durch Zersplitterung ist diese Tendenz überall durch innere Zersetzung gekennzeichnet. Die einzige Ausnahme im latein-europäischen Bereich bildet der Sozialismus auf italienisch. Er ist unter der Führung des attraktiven Bettino Craxi zwischen den beiden Machtblöcken von christlicher Demokratie und Kommunismus so klein geblieben, daß er Vertrauen einflößt – nicht als Sammelbecken, aber als Magnet der politischen Mäßigung und Vernunft.

PLO-Vermögen auch in Europa und den USA

AP, New York

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) verfügt nach Angaben des „New York Times Magazine" über Vermögenswerte in Höhe voo fünf Milliarden Dollar (rund 14 Milliarden Mark), die jährlich Einnahmen von einer Milliarde Dollar abwerfen. Dem Bericht zufolge werdeo die Guthaben vom Palästinensischen Nationalfonds und anderen Finanzinstituten in palästinensischem Besitz verwaltet. Eine Schlüsselrolle spiele dabei die in der jordanischen Hauptstadt Amman ansässige Arab Bank mit Einlageo in Höhe von 12,5 Milliarden Dollar.

Ein Teil dieses Vermögens werde zunehmend in Europa und den USA investiert, darunter in Firmenbeteiligungeo und Immobilienbesitz. Hinzu komme der Besitz voo Hotels, öffentlichen Gebäuden und Immobilien im Nahen Osten sowie eines Hotels und einer Fluggesellschaft auf den Malediven. Der größte Teil des Gewinns fließe der Fatah zu, der Organisatioo des PLO-Chefs Yassir Arafat. Seine Kontrolle über die Finanzen sei einer der Gründe für die Rebellion innerhalb der PLO gegen ihn gewesen.

Neue Anschläge in West-Beirut

AFP, Beirut

Bei Explosionen von zwei Autobomben sind gestern vormittag im überwiegend von Moslems bewohnten West-Beirut sowie in einem südlichen Vorort der libanesischen Hauptstadt mehr als 25 Menschen getötet und mehr als 60 verletzt worden. Die Explosion eines Peugeot 504 zerstörte nach Berichten des sunnitischen Senders „Stimme des Vaterlandes" zwei Stockwerke eines Hauses und führte zu mehreren Bränden. 200 Meter von dem Explosionsort entfernt liegt der Sitz der drusischen Sozialistisch-Progressiven Partei Walid Dschumblatts.

Die zweite Autobombe explodierte in einem von Schiiten bewohnten Vorort im Süden Beiruts. Aus Polizeikreisen wurde bekannt, daß die Explosion sich in unmittelbarer Nähe einer Schule ereignet hat.

Am Samstag waren im christlichen Sektor von Beirut durch eine Autobombe 45 Menschen getötet und mehr als hundert Personen verletzt worden.

Die Militärs kommen an Museveni nicht vorbei

Unsichere Lage in Uganda / Waffenruhe mit der Guerrilla?

BERND RÜTTEN, Bonn

Mehr als drei Wochen nach dem Putsch des Brigadiers Basilio Olara Okello ist die politische Lage Ugandas voo Ungewißheit geprägt. Die Regierungsbildung ist beendet, ohne daß die stärkste Rebellenbewegung, die Nationale Widerstandsarmee (NRA) des Yoweri Museveni, an der Macht beteiligt worden wäre.

Andererseits scheint eine dauerhafte Befriedung des Landes ohne oder gar gegen die NRA nicht möglich, da sie weite Teile des Landes, insbesondere das 400 Kilometer westlich voo Ugandas Hauptstadt Kampala an der Grenze zu Zaire gelegene Fort Portal kootrolliert. Angeblich haben die Militärs mit der NRA aber eine Waffenruhe vereinbart.

Politische Beobachter haben den Eindruck, daß die neue Regierung sowohl unter Führungsschwäche als auch Mangel an moralischer Legitimation leidet. Die ethnischen Rivalitäten, die Olara Okello zu dem Staatsstreich bewogen hatten, sind keineswegs ausgeräumt. Lediglich die Rolleo sind vertauscht. Statt der unter Obote in der Armee diskriminierten Acholi sind jetzt die Lango, Obotes Volksstamm, die Diskriminierten.

Olara Okello ist nach getaner Tat ins zweite Glied zurückgetreten und hat die politische Führung dem über 70jährigen früheren Oberkommandierenden der Armee, General Tito Okello, überlassen. Dieser avancierte zum Staatschef, obwohl er sich beim Putsch bewußt im Hintergrund gehalten und zeitlebens nie besondere Tatkraft entwickelt hatte.

Häftlinge freigelassen

Auch der frühere Vizepräsident und jetzige Premierminister Paolo Muwanga, der im Gegensatz zu Tito Okello als mit allen Wassern gewaschener Machtpolitiker gilt, hatte es vermieden, sich vor dem Machtwechsel offen vom Obote-Regime zu distanzieren. Er galt im Gegenteil als „graue Eminenz" der Obote-Regierung und erscheint dadurch in der neuen Funktion für viele unglaubwürdig.

Moralisch legitimiert sind in der neuen Regierung nur die Angehörigen der Demokratischen Partei (DP), der parlamentarischen Opposition des Obote-Regimes, deren Führer Paolo Ssemogerere das Amt des Innenministers übernommen hat. Die DP hatte unter Obote die Menschenrechtsverletzungen angeprangert und sich immer wieder für Verhandlungen mit Museveni ausgesprochen, der von Obote als „Bandit" kriminalisiert worden war. Der DP ist vor allem auch die Befreiung von mehr als 1000 politischen Gefangenen zu verdanken, die zu den ersten Maßnahmen der neuen Regierung gehörte.

Ausländische Diplomaten haben jedoch den Eindruck, daß Ssemogerere der neuen Regierung nur als „demokratisches Alibi" dient. Dies war im wesentlichen auch seine Rolle unter Obote. Insbesondere Muwanga, dem Meister des politischen Ränkespiels, dürfte Ssemogerere, ein freundlicher älterer Herr mit graumelierten Schläfen, nicht gewachsen sein. Viele Ugander meinen, daß Ssemogerere sich zu schnell zur Verfügung gestellt hat.

Klare Alternative

Demgegenüber hat Museveni, der nun zur Schlüsselfigur geworden ist, den Preis für seine Mitwirkung in schwindelnde Höhen getrieben: Sein Verhalten deutet darauf hin, daß er für sich allein die Macht anstrebt. Über seine politischen Vorstellungen ist wenig bekannt. Es heißt, er sei Marxist. Doch wahrscheinlich nimmt er Hilfe an, wo er sie bekommen kann.

Im Gegensatz zu der neuen Regierung stellt er eine klare Alternative zum gestürzten Regime dar. Seine Truppen machen einen disziplinierteren Eindruck als die der Regierung, die diese, ebenso wie Obote, nicht unter Kontrolle halten kann.

Die ersten Tage nach dem Coup hatten eine neue Plünderungswelle gebracht, die der Regierungsarmee anzulasten ist. Nördlich von Kampala sind mehr als 2100 Skelette und Schädelknochen gefunden worden, wie die Zeitung „Munno" berichtete. Die Menschen seien wahrscheinlich während des Obote-Regimes getötet worden.

Den Regierungstruppen haben sich inzwischen auch Anhänger des vertriebenen Ex-Diktators Idi Amin angeschlossen. Das trägt auch nicht gerade zur Erhöhung des Ansehens der Regierung bei. So bleiben Frieden und nationale Einheit in Uganda einstweilen ein frommer Wunsch.

Moskau ist allgegenwärtig

JOACHIM SCHILDE, Spitzbergen

Spitzbergen oder Svalbard, das Land der kalten Küsten, wie es isländische Wikinger nannten, die zum ersten Mal 1194, glaubt man ihren Annalen, die arktische Inselwelt entdeckten, feiert in diesen Tagen ein stolzes Jubiläum.

Seit 60 Jahren gehört die Inselgruppe am Ende der Welt, die mit 61 000 Quadratkilometern fast so groß wie ein Drittel der Bundesrepublik Deutschland ist, zum norwegischen Königreich.

Nur eine Jet-Stunde vom Nordpol entfernt, begrenzt Spitzbergen im Norden und das Nordkap auf dem norwegischen Festland im Süden das Einzugsgebiet der UdSSR-Nordflotte in den Atlantik. Daher verwundert es nicht, daß die Sowjetunion erst 1935 den Spitzbergen-Vertrag unterschrieb.

Nur mit Mühe verhinderten 1944 die Alliierten, den Wunsch des damaligen Außenministers Molotow zu erfüllen, Spitzbergen und die südlicher gelegene Bäreninsel bilateral zu verwalten und sie unter den Schutz russischer und norwegischer Streitkräfte zu stellen.

Das Ringen um Spitzbergen ruft heute zwar keine dramatischen Schlagzeilen hervor, ist aber durchaus zu spüren. In den Städten Barentsburg und Pyramiden leben 2000 Russen, in Longyearbyen sind etwa 1200 Norweger angesiedelt. Reiche Kohlevorkommen führten Anfang dieses Jahrhunderts den amerikanischen Abenteurer Longyear in die Arktis.

Kohle ist bis heute das wichtigste Exportgut. Nach vorsichtigen Schätzungen belaufen sich die norwegischen Kohlevorräte auf 30 Millionen Tonnen. Die Jahresproduktion liegt bei 500 000 Tonnen. 800 norwegische Bergleute fördern diese Menge, während 1600 Russen noch nicht einmal diese jährliche Quote erreichen.

Alle Nationen, die vor 60 Jahren den Spitzbergen-Vertrag unterzeichnet haben, dürfen unter norwegischer Leitung wirtschaftlich auf der Insel tätig werden. Doch bis heute haben davon nur die Sowjets Gebrauch gemacht.

Ihre Uhren gehen nach Moskauer Zeit. Sie haben ihre eigenen Briefmarken und alle 14 Tage einen Aeroflot-Flug nach Murmansk und nach Moskau. Eigentlich müßte ihre Post von Norwegern abgefertigt werden, müßten ihre Autos von Norwegern registriert werden, doch im Kleinkrieg mit der Supermacht hält sich der NATO-Partner auf der entmilitarisierten Insel bescheiden im Hintergrund.

Daher erregte es Aufsehen, als zufällig ein norwegischer Pressefotograf bei Barentsburg vor einigen Jahren eine Hubschrauberbasis mit fahrbarem Radar entdeckte. Die Russen hatten dem norwegischen Gouverneur davon nichts gesagt.

1975 eröffnete König Olaf einen modernen Flughafen. Ein Jahr später landeten 25 Sowjetfamilien, die sich in Longyearbyen niederlassen wollten. Sie waren Angehörige der Aeroflot. Hatten die Skandinavier nur drei fest Angestellte der SAS, so war diese zivile russische Invasion nur mit Mühe und Not zurückzuweisen.

1596 war es der Holländer William Barents, der auf der Suche nach der

SPITZBERGEN

Nordostpassage die Insel zufällig wiederentdeckte. Und im 17. Jahrhundert kämpften Holländer mit Engländern um Wal und Robbe. Heute ist der Außenposten der Menschheit in die Militärzahnung der UdSSR einbezogen.

Im Meeresgebiet um Spitzbergen sind zwei Drittel der Sowjet-U-Boote stationiert. Von hier können ihre interkontinentalen Raketen im Flug über den Nordpol sämtliche Ziele in den Vereinigten Staaten treffen. Hat der norwegische Gouverneur einen Zivilhubschrauber zur Verfügung, so ist sein russischer Kollege mit fünf Großraumhubschraubern, die zusammen auf einmal fast 150 Leute befördern können, ausgerüstet.

Ein junger Bergmann: „Die Russen können im Handstreich Longyearbyen besetzen." Sicher ist, die UdSSR hat durch KGB-Leute ein eigenes Sicherheitssystem rund um die zwei russischen Städte aufgebaut. Bewaffnete Patrouillen passen auf die Bergarbeiter aus der Sowjetunion auf.

Polnische Wissenschaftler, die an der Südspitze der Insel ein ganzjähriges Forschungslager haben, sagen uns: „Die Russen kontrollieren uns, sie überwachen unsere Telefongespräche und unseren Postverkehr mit Polen."

Den norwegischen Polizisten sind derartige Vorwürfe peinlich. Auf Grund der Eisbärengefahr kann jeder auf Spitzbergen Waffen tragen. Obwohl Behauptungen, die Russen hätten in den Kohlegruben Flugzeuge und moderne Waffen, als reine Spekulation abgetan werden, ist jedem Norweger klar, daß der Kohleabbau für die UdSSR ein Verlustgeschäft ist.

Augenblicklich sind 60 sowjetische Wissenschaftler damit beschäftigt, nach Erdöl und Erdgas auf der Insel zu suchen. Vor wenigen Jahren haben sie bereits Uran entdeckt. Keine Nation weiß, ob die Annahme stimmt, daß im Meeresgebiet um Spitzbergen Erdölvorräte von 15 bis 20 Milliarden Tonnen liegen. Der Wettlauf um die noch unentdeckten Bodenschätze hat heute bereits begonnen.

Norwegens konservativer Ministerpräsident Kaare Willoch benutzte den 60. Jahrestag, um auf Spitzbergen deutlich die norwegische Souveränität zu demonstrieren. Eine Herkules-Maschine der Luftwaffe ließ die Kapelle der königlichen Garde, allerdings ohne Waffen, aus Oslo einfliegen. Er selbst kam mit mehreren Ministern, Journalisten aus dem In- und Ausland, allerdings nicht aus der UdSSR, für einen Tag ans Ende der Welt.

Im Hafen lag das modernste Küstenwachschiff der Norweger im Flaggenschmuck. Bewußt hat Willoch den Hubschrauberpiloten, über das russische Barentsburg zu fliegen.

Seit der Zerstörung Longyearbyens durch die deutschen Schiffe „Tirpitz" und „Scharnhorst" im Jahre 1943 hat die Insel nicht mehr so viele Soldaten wie jetzt gesehen.

Die russische Delegation hörte mit unbewegter Miene die Worte des Norwegers: „Spitzbergen ist und wird ein Teil des norwegischen Königreiches bleiben, dafür werden wir sorgen." „Ich würde mich freuen", sagte Willoch in Longyearbyen der WELT, „wenn die Bundesrepublik auf Spitzbergen Fuß faßte. Dies würde unsere Freundschaft fördern und stärken."

Immerhin hat die nördlichste Schule der Welt einen hervorragenden Deutsch-Unterricht, aufgebaut von der Österreicherin Renate Tiefental, die nun schon fast 30 Jahre nur eine Jet-Stunde vom Nordpol entfernt lebt. Sie sagt: „Wer einmal wie ich die arktische Einsamkeit lieben gelernt hat, der wird Spitzbergen nie vergessen können."

Kahane rechnet mit 15 Sitzen in der Knesset

AFP, New York

Der Gründer der rechtsextremen Kach-Partei in Israel, Rabbiner Meir Kahane, glaubt, gute Aussichten zu haben, bei den nächsten Wahlen zehn bis 15 Abgeordnete in die Knesset schicken zu können. Bisher war seine Partei nur mit einem Sitz im israelischen Parlament vertreten, den er selbst einnahm. Wie Kahane in einem Interview mit dem US-Magazin „Newsweek" ausführte, werde die Kach-Partei im Falle dieses erwarteten Wahlerfolgs die drittstärkste politische Kraft Israels sein. Die Zeit arbeite für ihn. Jeder gegen Israel gerichtete terroristische Anschlag bringe ihm Stimmen.

In dem Interview sprach sich Kahane für eine Ausweisung aller in Israel lebenden Araber aus. „Ich will, daß alle in Israel lebenden Araber, einschließlich der israelischen Araber, vom gesamten israelischen Territorium verschwinden." Der rechtsextremistische Rabbiner fügte hinzu: „Wenn die Araber sehen, daß Meir Kahane zum Ministerpräsidenten ernannt wird, wird die Hälfte von ihnen ohne zu zögern fortgehen."

Tunesien weist Libyer aus

rtr, Bahrein

Die tunesischen Behörden haben in den vergangenen Monaten nach einem Bericht von Radio Tripolis libysche Gastarbeiter und Touristen aus Tunesien ausgewiesen und ihr Eigentum beschlagnahmt. Nach Angaben des Rundfunksenders sollen ausgewiesene Libyer an einem Grenzübergang von der tunesischen Polizei mißhandelt worden sein. Als Grund für ihre Ausweisung sei den Libyern die Rückkehr von Tunesiern, deren Arbeitsgenehmigungen in Libyen abgelaufen seien, genannt worden.

Libyen hatte nach Angaben tunesischer Behörden in den vergangenen Monaten 10 000 Tunesier ausgewiesen, den Kauf tunesischer Produkte eingestellt und keine libyschen Touristen mehr nach Tunesien einreisen lassen. Libyen, das unter gefallenen Ölpreisen leidet, will nach eigenen Angaben versuchen, die Zahl der ausländischen Gastarbeiter zu verringern, um die Unabhängigkeit der eigenen Wirtschaft zu stärken.

Am 11. 8. 1985 verstarb unsere frühere Mitarbeiterin, Frau

Ilse Becker

geboreo am 1. 2. 1908

Frau Becker war 48 Jahre in unserem Hause tätig uod lebte seit 1973 im Ruhestand. Wir schätzten sie als gewissenhafte und zuverlässige Mitarbeiterin und werdeo ihr Andenkeo in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 22. 8. 1985, um 14.45 Uhr auf dem Friedhof Ohlsdorf, Halle C, statt.



Das Deutsche Kinderhilfswerk e. V. dankt für die kostenlose Einschaltung dieser Anzeige.

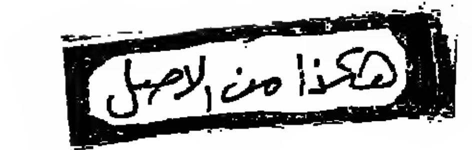


UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND











Mehr als zwei Millionen Dollar wollen amerikanische Techniker jetzt investieren, um herauszufinden, wie sich Kohlenstaub zum Betrieb von Dieselmotoren verwenden läßt. Die energiepolitische Bedeutung des neuen Forschungsprojekts ist enorm: Wer die Materialprobleme als erster in den Griff bekommt, kann sich weltweit eine „goldene Nase" verdienen.

Wenn Heizer „flüssige Kohle" bunkern

In den Vereinigten Staaten unternimmt die Maschinenbauindustrie einen neuen Anlauf zur Einsparung von Dieselöl

Von ARNO NÖLDECHEN

Den Entwicklungsingenieuren von General Electric, die vom US-Energieministeriums (Department of Energy) unterstützt werden, bleiben nun zwei Jahre, um anhand von Voruntersuchungen und Tests die Durchführbarkeit des Verfahrens nachzuweisen. Ob dieser relativ hohe Forschungsaufwand sich rentiert, wagt heute noch niemand vorauszusagen.

Ähnliche Versuche vor gut achtzig Jahren scheiterten, weil sich die werkstoff- und verfahrenstechnischen Probleme nicht meistern ließen. Die Techniker hatten damals wegen der Probleme einen Umweg empfohlen: Vergasung oder Verflüssigung der Kohle. Dieser Weg hat aber noch nicht zu konkurrenzfähigen Kosten mit natürlichen Öl- oder Gasquellen geführt.

In den Vereinigten Staaten und in Kanada werden beispielsweise rund ein Drittel aller Güter auf der Schiene transportiert. Die zumeist diesel-elektrischen Lokomotiven verschlingen jährlich Öl für rund vier Milliarden Dollar. Mit der heimischen Kohle errechneten die Techniker Kostenreduzierungen um die Hälfte. Langfristig, bei steigenden Rohölpreisen, können die Einsparungen noch größer werden.

Das beflügelt natürlich Maschinenbauer und Energiepolitiker, einen neuen Anlauf zur Nutzung von Kohle als Dieselmotor-Kraftstoff zu wagen. Die Reduzierung von Transportkosten dürfte erheblich sein, weil Kohle in großen Mengen und teilweise auch billiger als Öl zur Verfügung steht.

Die technologischen Hürden sind allerdings höher, als man gemeinhin annimmt. Das fängt bei der Kohle an und endet bei der Konstruktion von Motoren und Einspritz-Aggregaten. Kohlenstaub wirkt wegen seiner kristallinen Struktur, auch wenn er noch so fein vermahlen wird, wie Sand in einem Sandstrahlgebläse.

Diese „abrasiven" Eigenschaften erfordern neuartige Werkstoffe für alle Teile, die mit ihm in Berührung kommen. Um diese schnelle Korrosion so gering wie möglich zu halten, soll der Kohlenstaub auch nur als „flüssige Kohle", also mit Wasser aufgeschlämmt, eingesetzt werden.

Tenside oder andere Zusätze können die Flüssigkeitsmischung gleitfähig und auch weniger abrasiv machen, wobei das Wasser aber während des Verbrennungsvorgangs im Zylinder „beherrscht" werden muß. Die einzusetzenden Metalle müssen auch mit dem Wasseranteil fertig werden können.

Die Kohle muß außerdem möglichst frei von Schwefel sein. Sonst steigt die Korrosionsbelastung der Motoren an, und zusätzliche Filter müssen das gebildete Schwefeldioxid abfangen. Hier setzen die Entwicklungsingenieure von General Electric auf neuere Verfahren, die Kohle wirkungsvoll bei einer extrem feinen Vermahlung entschwefeln.

Ganz andere, konstruktive Lösungen sind jedoch wegen der kristallinen Kohle und des Wasseranteils bei den Pump- und Einspritzdüsen erforderlich. Sie dürfen nicht zu schnell verschleißen. Der Ersatzkraftstoff muß so fein in den Motorenbrennraum gespritzt werden, daß er bei Temperaturen um 500° C auch sicher zündet.

Je nach der Korngröße der Kohlenstoff-Partikel könnte es sogar nötig sein, zusätzlich Sauerstoff zuzugeben oder mit einem höheren Luftanteil zu operieren. An dieser Frage hängt damit auch die Ausgestaltung der Brennräume. Trotz vielfältiger Erfahrungen beim Bau verschiedener Dieselmotoren betreten die Entwicklungsingenieure hier Neuland.

Bei General Electric wird daher auch zugegeben, daß die Problemlösungen in erster Linie in den zu verwendenden Werkstoffen oder in den Metallegierungen gesucht werden. Das können zum einen hochfeste Metalle mit Titanbeigaben oder aber auch keramische Werkstoffe sein, die gegenüber den abrasiven und korrosiven Eigenschaften von Kohlenstaub vielleicht beständiger sind.

Im ersten Entwicklungsschritt soll die „flüssige Kohle" für Motoren mit Leistungen um 3500 kW benutzt werden. Wenn das gelingt, öffnet sich ein weiterer Anwendungsbereich für Schiffsantriebe.

Nicht Dieselöl, sondern feinverteilter und verflüssigter Kohlenstaub soll Motoren antreiben. FOTO: GENERAL ELECTRIC

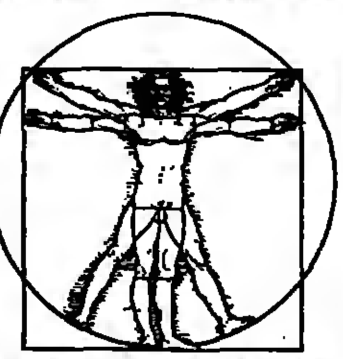
NOTIZEN

Umweltforschung

Stuttgart (dg.) – Eine Bilanz gezielter Umweltforschung stellt das baden-württembergische Umweltministerium mit seinem „Forschungsreport II" der Öffentlichkeit vor. Auf 220 Seiten werden Ergebnisse und Zwischenergebnisse von über 100 Forschungsprojekten dokumentiert, die das Land mit gegenwärtig rund 21 Millionen Mark jährlich finanziert. Durch die Publikation sollen Informationsfluß und wissenschaftliche Diskussion gefördert wie auch Ämter und Dienststellen über die neuesten Forschungsergebnisse unterrichtet werden.

Droht ein Artensterben?

München (DW.) – Ein Massenaussterben von Arten befürchtet der Staatssekretär im Bayerischen Umweltministerium, Max Fischer, in den nächsten Jahrzehnten in der



Bundesrepublik. Nur noch drei Prozent der Gesamtfläche befänden sich in einem natürlichen oder naturnahen Zustand. Schon jetzt, so Fischer, sterben jährlich 80 bis 90 heimische Tierarten aus. Das Verschwinden einer einzigen Pflanzenart kann dabei wegen der ökologischen Zusammenhänge bis zu zehn Tierarten bedrohen.

Naturnahe Wege

Nidda (dg.) – Neue Methoden des landwirtschaftlichen Wirtschaftswegebaus werden in Hessen erprobt. Anstatt einer geschlossenen Asphaltdecke wurden in ersten Pilotprojekten des Landwirtschaftsministeriums gespurte oder gittersteinbefestigte Wirtschaftswege angelegt, mit denen der Umfang der versiegelten Fläche auf 60 Prozent gesenkt und die Versickerungsfähigkeit des Wassers erhöht werden konnte. Die Befestigung mit gelochten Betonsteinen erwies sich als die zwar teuerste, aber auch belastbarste Wegebefestigung unter den landschaftsschonenden Methoden.



Holzkraftwerk mit Kühltürmen im Kanton Wallis FOTO: ROLAND SCHNEIDER

Anreize für Verursacher

Wie die Schweizer ihre Luftqualität verbessern wollen

Von AXEL LOHR

Eine wohl durchdachte Initiative der Schweizer Arbeitsgruppe PLENAR (Planung–Energie–Architektur) läßt aufhorchen: Die Aktion schlägt eine „Mobilmachung für saubere Luft" vor mit dem Ziel, Sofortmaßnahmen zur Reduktion der Luftbelastung aus Schadstoffen auf Werte von 1950 einzuleiten.

Aus der Erkenntnis heraus, daß sich mit einfachen, normativen Festlegungen zur Erzeugung einer bestimmten Luftqualität (z. B. durch die obere Begrenzung eines Emmissionspegels) keinesfalls deren Optimierung erzielen läßt, sollen innerhalb der nächsten zehn Jahre die Zielwerte für die Luftqualität nach den technisch erreichbaren Tiefstwerten festgelegt und dem Stand der technischen Entwicklung fortlaufend angepaßt werden. Aus diesem Prinzip können wirtschaftliche Anreize entstehen, während das Vorschreiben von Höchstwerten stets nur als wirtschaftliche Belastung empfunden wird. Obwohl in der Schweiz seit Januar 1985 das Umweltschutzgesetz in Kraft ist, würden ohne Sofortmaßnahmen und nur im Vertrauen auf selbstregulierende Wirkungsmechanismen noch Jahre vergehen, bis die Umwelt spürbar von Schadstoffen entlastet wird.

Einsicht wird belohnt

Ziel der Aktion ist es, „diesen Prozeß mit marktwirtschaftlichen Anreizen und unter Berücksichtigung der sozialen Kosten weitgehend teuerungsneutral, ohne Vergrößerung des staatlichen Verwaltungsapparates, aber unter Gewährleistung der Versorgungssicherheit in Gang zu bringen". Nach dem Verursacherprinzip soll der Prozeß durch ein Finanzierungsmodell beschleunigt werden, das „einsichtige Energieproduzenten, -verteiler und -nutzer beim Zugriff auf notwendige Investitionsmittel begünstigt gegenüber Firmen, die kurzfristige Eigeninteressen über die Interessen des Gemeinwohls stellen". Die finanziellen Abgaben von Luftverschmutzern werden von Jahr zu Jahr derart gestaffelt, daß deren finanzielle Belastung schnell Größen erreicht, die nur durch eigene Aktivitäten – unterstützt durch gezielte Förderung – abgebaut werden können.

Kein staatlicher Eingriff

Dazu organisieren sich die Verursacher von Umweltbelastungen durch Schadstoffe und Wärme in drei Wirtschaftsbereichen: Wärme (Haus-, Gewerbe- und Industriefeuerungen), Motoren (Verbrennungsmotoren von Luft-, Wasser- und Landfahrzeugen) und Elektrizität. Innerhalb der drei Bereiche werden analoge Mechanismen für Abgaben, Investitionsförderung und Abgabenbefreiung geschaffen. Jeder Bereich bildet und verwaltet deshalb einen eigenen Fonds, wobei Mittel aus den Abgaben eines Bereichs nur zur Förderung im gleichen Bereich verwendet werden dürfen.

Der Staat garantiert die drei Fonds, damit sie zusätzlich am Kapitalmarkt Anleihen zu günstigen Konditionen aufnehmen können. Von der Abgabepflicht wird befreit, wer beweisen kann, daß er die technisch erreichbaren Tiefstwerte erfüllt. Luftverschmutzer können sich somit nicht mehr durch Abgaben freikaufen.

Die Broschüre „Mobilmachung für saubere Luft" kann gegen Einsendung von vier DM in Briefmarken bei dem PLENAR-Mitglied Prof. Peter Steiger, Petersenstraße 15, 6100 Darmstadt, angefordert werden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Neue technische Lösungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrer Ausgabe vom 14. Juni 1985 las ich den Bericht „In Moskaus AN-124 nur westliche Technologie" von C. Graf Brockdorff.

Der Verfasser erklärt, die AN-124 sei so etwas wie ein Spiegelbild der amerikanischen C-5 „Galaxy". Das stimmt nicht. Tatsächlich wurden bei der AN-124 grundsätzlich neue technische Lösungen gefunden. Hier einige davon:

- Dicker superkritischer Tragflügel mit großer Streckung und originellem Profil (wurde am Schukowski-Zentralinstitut für Aerodynamik in Moskau entwickelt);
- vierkanaliges elektronisches Fernsteuersystem mit automatischer Sicherung der Flugzeugstabilität (durch dieses System wurde bereits die Aufgabe der automatischen Steuerung mit Seitensteuerknüppel gelöst. Im Westen wird ein ähnliches System erst entwickelt und soll bei dem französisch-bundesdeutschen Flugzeug A 320 verwendet werden);
- Mehrbein-Hauptfahrwerk und Zweibein-Bugfahrwerk mit hydromechanischem System, wodurch das Flugzeug beim Verladen und Ausladen „einen Knicks machen" kann. Wegfall des unbequemen „Krabbe-Systems". Den Amerikanern bereitet dieses Problem, wie der Chefkonstrukteur der C-5A, Robert Ormsby, erklärte, große Schwierigkeiten;
- hochleistungsfähige Bordanlage zum Verladen und Ausladen mit einer Tragfähigkeit von 20 Tonnen. So etwas hat kein einziger westlicher Transporter;
- Verwendung von Großmaß-Halbfabrikaten, 28 Meter langen Flügelplatten mit Randbogen, vollgepreßten Spanten usw. Dadurch war es unter anderem möglich, auf einige hunderttausend Bolzen zu verzichten. Solche Teile werden mit Superpressen hergestellt. Eine Presse dieser Art verkaufte übrigens die UdSSR vor nicht allzu langer Zeit an Frankreich;
- großzügige Verwendung von Verbundwerkstoffen: 5,5 Tonnen je Flugzeug. Das ist bedeutend mehr als bei den jüngsten westlichen Flugzeugen und fehlt ganz bei der C-5A.
- Hochleistungsfähige Mantelstromturbinen D18T des Konstrukteurs Lotarew mit Zweikreisgrad 5,7:1, wodurch sie sich sowohl von TG-39-Triebwerken, wie sie auf der C-5A stehen, als auch von den Triebwerken moderner westlicher Airbusse unterscheiden.

Unsere AN-124 ist für den Transport sperriger Frachten in schwer zugängliche Gebiete Sibiriens und des hohen Nordens im Stadium ihrer Erschließung bestimmt. Sie soll vor allem auf provisorischen Flugplätzen landen. Wir waren deshalb der Meinung, daß für eine Zwei-Mann-Besatzung die Bedienung eines solchen Flugzeugs fern von gut ausgerüsteten Flughäfen mit zu großen Schwierigkeiten verbunden sein wird.

In unserer neuen Maschine gibt es rein nichts von westlicher Technologie. In bezug auf Aerodynamik, Konstruktion, Systeme und Ausrüstungen ist die AN-124 ein Originalmuster der sowjetischen Technik. Und nach der Tragfähigkeit, Flugweite, Wirtschaftlichkeit und ihren Abmessungen übertrifft sie alle Flugzeuge der Welt.

Hochachtungsvoll
Viktor Tolmatschow,
stellvertretender Chefkonstrukteur des Konstruktionsbüros O. K. Antonow, UdSSR, 252115, Kiew 115.

*

Die WELT befindet sich in Übereinstimmung mit der westlichen Fachwelt, die bemerkte, daß die AN-124 der Lockheed C-5 „Galaxy" „nachempfunden" (WELT Nr. 136, 14. 6. 1985) sei. Darin scheint System zu liegen. Die sowjetische Überschallmaschine TU-144 wurde wegen ihrer verblüffenden Ähnlichkeit mit der britisch-französischen „Concorde" als „Concordsky" bekannt.

Automatische Flugstabilität wurde im Westen vor mehr als einem Jahrzehnt entwickelt, z. B. für die Kampfflugzeuge Tornado und F-16. Letztere besitzt einen Seitensteuerknüppel, mit dem die AN-124 nicht ausgerüstet ist, jedenfalls nicht die auf dem Pariser Salon vorgeführte Maschine. Der Generalbundesanwalt ermittelt in einem Fall, in dem der Verdacht besteht, daß die elektronischen Avionik-Elemente des Tornado durch Industriespionage der Sowjetunion bekannt geworden sind.

Die Entwicklung hochleistungsfähiger Fan-Triebwerke dauert viele Jahre, wie Viktor Tolmatschow zutreffend feststellt. Rolls-Royce ging wegen der Entwicklung des RB-211-Triebwerks, wie die WELT erinnerte, beinahe in die Knie. Die Sowjetunion bemühte sich vergeblich, Musterexemplare dieser großen westlichen Triebwerke von Pratt and Whitney, General Electric oder Rolls-Royce zu erwerben. Das sowjetische Triebwerk Lotarew D18T erschien, mit einigen Jahren Abstand, nachdem den einrückenden sowjetischen Truppen in Kabul Musterexemplare des Triebwerks CF-6 von General Electric in die Hand gefallen waren. Zufall? (d. Red.)

Inschrift

„Die Leserbriefe aus Moskau werden intensiv"; WELT vom 14. August

Sehr geehrter Herr Ströhm,

zu Ihrem bemerkenswerten Aufsatz hier eine bemerkenswerte Inschrift an der Mauer am Griebnitzsee (nicht weit von der sogenannten „Friedensbrücke" am Glienicker See): Seht nur immer richtig hin. Dank Brandt, Bahr und Co. sind wir bald alle drin.

Ich wundere mich eigentlich sehr, daß die Journalisten solche Stellen nicht aufsuchen und sie fotografieren. Aber da müßten diese Herren ja ein paar Schritte laufen, noch dazu durch unebenen Wald und Gestrüpp.

C. Bergmann,
St. Georgen

Tierversuche

„Tierversuche unumgänglich"; WELT vom 12. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

jetzt geht es wieder los; diesmal schlägt die Industrie zurück. Ich bin im wahrsten Sinn des Wortes entsetzt über soviel Unverschämtheit. „Um den Kranken zu helfen, sind Tierversuche nötig" – so ein Schwindel!

Zu meinem Bekanntenkreis gehören ein Professor mit Lehrauftrag, ein Internist und ein Arzt für Allgemeinmedizin. Alle drei sind der gleichen Meinung wie ich: Wir haben genug. Leider sind die „Roten Listen" der Allgemeinheit nicht zugänglich. Dort würde auch ein Laie feststellen können, daß oft nur der Name anders ist, während die Zusammensetzung gleich ist.

Ich nehme zum Beispiel Medikamente, die ich einmal, 1969 oder 1971, verordnet bekam. Sie helfen mir! Folgepräparate, die ich dann und wann einmal zum „Ausprobieren" verordnet bekommen habe, brachten keine neuen Erkenntnisse. Der Erfolg in der Zusammenarbeit mit den o. g. Medizinern bezüglich des „Ausprobierens" war der, das man im Herbst vergangenen Jahres die „arzteigenen Apotheken" (ich meine, die zur Verfügung gestellten Medikamente der „Arztbesucher") Kollegen oder dem Deutschen Roten Kreuz zur Weiterleitung nach Polen zur Verfügung stellte, um einmal die Schränke gründlich räumen zu können.

Mit freundlichen Grüßen
J. F. Piwonka,
Bodman-Ludwigshafen

Wort des Tages

„Von allen Sorgen, die ich mir machte, sind die meisten nicht eingetroffen."

Sven Hedin; schwed. Forschungsreisender (1865–1952)

Es tut gut

„Wie Friedenspolitiker inneren Unfrieden stiften"; WELT vom 8. August

Sehr geehrter Herr Bading,

ich muß mich für Ihren Artikel vom 8. August herzlich bedanken.

Ich bin Sprecher und Heimatkreisvertrauensmann der Hindenburger und Vorsitzender des Vertretungsausschuß Hindenburg OS. bei der Patenstadt Essen.

Wenn man täglich den übelsten Beschimpfungen ausgesetzt ist, wie „ewig Gestrige", „Illusionisten", „Uneinsichtige", „Revanchisten", „Friedensfeinde", „kalte Krieger" und ähnliches mehr, und jetzt erst nach unserem 17. Hindenburger Patenschaftstreffen in der Patenstadt Essen, tut es gut, auch einmal ermunternd auf die Schulter geklopft zu werden!

Ein Bericht von dpa wurde von allen Zeitungen einfach übernommen.

Es ist einfach falsch, zu behaupten, der Protest sei durch die aus der Rede des Herrn Bundespräsidenten zitierte Gewaltverzichtserklärung ausgelöst worden. Man erweckt hier den Eindruck, die Hindenburger sind für Gewalt.

Erst die Bemerkungen, Adenauers Versöhnungsbemühungen nach Westen seien von den Sozialdemokraten nach Osten in den 60er Jahren durch Brandt fortgesetzt worden, Bemerkungen über das Schlesiertreffen mit Kohl in Hannover und die Motto-Auslegungen lösten Protest aus. Einigen wenigen Protestierern brannten dann die Sicherungen durch.

Was hat das alles mit unserer Patenschaft zu tun, mit unserer Feierstunde und unserem Wiedersehen? Eine Patenschaft ist kein Politikum, sondern ausschließlich eine kulturelle Institution. Sinn und Zweck sind in den Richtlinien der kommunalen Spitzenverbände festgeschrieben. Wir haben kulturelle Aufgaben und Verpflichtungen. Die Hindenburger wollen in den Hallen einmal in zwei Jahren einfach miteinander „Heimat spüren"! 16 Patenschaftstreffen haben wir zu aller Zufriedenheit, Freude und Genugtuung ohne Störungen über die Bühne gebracht.

Patenschaften sind keinesfalls mit den großen Bundestreffen der Landsmannschaften zu vergleichen und diesen gleichzustellen. Wir haben andere Aufgaben. Aber hier ist natürlich jedes Mittel recht, auch uns zu Friedensbeschädigern zu stempeln.

Mit freundlichem Gruß
H. Skowronek,
Essen 1

Richterschelte

„Bonner Neuregelung wird durch Karlsruher Beschluß nicht berührt"; WELT vom 12. August

Bundesjustizminister Engelhard weist darauf hin, daß die jetzt in Kraft getretene Änderung des Demonstrationsstrafrechts durch die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht berührt werde. Von Gegnern der gesetzlichen Neuregelung werde die Karlsruher Entscheidung falsch ausgelegt. Und er fährt dann fort: „Der Respekt vor unserem höchsten Gericht gebietet es, seine Entscheidung in allen ihren Teilen genauestens zu lesen."

Leider tun das die Bundesverfassungsrichter selbst nicht immer. Zum Beispiel: Die Entscheidung des Ersten Senats vom 10. Mai 1985 (Az.: 1 BvR 820/79) wurde von sieben Bundesverfassungsrichtern unterschrieben, ohne daß sie geprüft hatten, ob der Gegenstand ihrer Entscheidung mit dem Gegenstand der Verfassungsbeschwerde übereinstimmte, der ihnen zur Entscheidung vorgelegt worden war. Auch aus dem Text der Begründung geht hervor, daß sie ihn nicht aufmerksam, erst recht nicht „genauestens" gelesen hatten, bevor sie ihn unterschrieben.

Allerdings ging es nicht um mächtige Institutionen oder Organisationen, sondern nur um Beschwerden von drei Rentnern. Immerhin haben die Bundesverfassungsrichter geschworen, ihre „richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft" zu erfüllen. Wenn sie das – wie in dem genannten Fall – nicht tun, muß darunter mindestens der „Respekt vor unserem höchsten Gericht" leiden.

J. Wilkens,
Hamburg 52

Personalien

GEBURTSTAGE

Professor **Arthur Grüber**, von 1963 bis 1976 Generalmusikdirektor am Badischen Staatstheater und (bis 1978) Lehrer der Dirigentenklasse an der Badischen Hochschule für Musik in Karlsruhe, feiert morgen in Waldbronn (Baden-Württemberg) seinen 75. Geburtstag. Lehrer des besonders zeitgenössischer Musik gegenüber aufgeschlossenen gebürtigen Esseners waren **Ludwig Weber**, **Hermann Abendroth** und **Walter Braunfels**, dessen Oper „Die Vögel" er 1971 in Karlsruhe für die Bühne neu entdeckte. Seine Dirigentenlaufbahn führte Grüber zunächst von Frankfurt am Main über Wuppertal zum Deutschen Opernhaus in Berlin (1939–1944). Nach der Kriegsgefangenschaft berief **Günter Rennert** den damals 36jährigen Dirigenten 1947 zum musikalischen Oberleiter der Staatsoper Hamburg. Dort wurde 1948 Grübers musikalische Komödie „Trotz wider Trotz" uraufgeführt. Danach ging er an die Komische Oper in Ost-Berlin und nach Braunschweig, wo er bis 1963 als Generalmusikdirektor tätig war, ehe er ins Badische überwechselte. In der Oper ebenso wie in Sinfoniekonzerten brachte Grüber mehrere Ur- und Erstaufführungen heraus: so „König Priamos" von **Michael Tippet** (1963), „Die Heimkehr des Odysseus" von **Claudio Monteverdi**, „Kaiser Jovian" von **Rudolf Kelterborn** (1967), „Dybuk" (1970) und „Celestina" von **Karlheinz Füssl** (1975).

*

Professor Dr. **Gerhard Richter**, außerplanmäßiger Professor für Theologie an der Universität Erlangen-Nürnberg, feierte seinen 70. Geburtstag. Von 1961 an war er zunächst Privatdozent, seit 1970 außerplanmäßiger Professor für Kirchengeschichte, insbesondere für Theologie des christlichen Ostens an der Erlanger Fakultät und hat in den Jahren vor der Errichtung des Lehrstuhls Geschichte und Theologie des christlichen Ostens (1966) ganz allein dieses Fach an der Fakultät vertreten. Professor Richter, in Kostau in Oberschlesien geboren, legte am zweiten September 1939 in Breslau das Erste Theologische Examen ab. Er promovierte dann 1942 ebenfalls in Breslau während eines Heimaturlaubes und legte drei Tage später das Zweite Theologische Examen ab. Von 1944 bis 1953 war Richter dann in russischer Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Rückkehr trat er in den Dienst der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Bayern. Seit August 1954 wirkte er als Religionslehrer in Fürth. 1961 habilitierte er sich an der Erlanger Theologischen Fakultät, 1970 erhielt er angesichts seiner wissenschaftlichen Verdienste den Professoren-Titel. Seine Habilitationsarbeit „Die Dialektik des Johannes von Damaskos" gilt heute allgemein als Standardwerk über die Quellen und die Arbeitsweise des „letzten griechischen Kirchenvaters der ungeteilten Kirche". Auf diesem Gebiet der byzantinischen Theologie, aber auch dem der russischen Theologie- und Frömmigkeitsgeschichte, hat Richter seitdem mit zahlreichen Aufsätzen am Lexikon der Philosophie mitgearbeitet.

AUSZEICHNUNG

Der Münchner Komponist **Stephan Wunderlich** erhält den mit 15 000 Mark dotierten Karl-Sczuka-Preis des Südwestfunks Baden-Baden für sein Hörspiel „Tagesproduktion". Der Preis wird am 19. Oktober bei den Donaueschinger Musiktagen übergeben. Wunderlich, 1952 in Nürnberg geboren, studierte Musik in Würzburg, Stuttgart und München, gab Klavierabende und Konzerte und beschäftigte sich mit Instrumentenbau. Seine seit 1970 entstandenen Kompositionen wurden bei zahlreichen Festivals aufgeführt.

UNIVERSITÄT

Der außerplanmäßige Professor für Physikalische Chemie, Dr. **Joachim Heitbaum**, hat einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Physikalische Chemie und gleichzeitig die Berufung zum Leiter des Instituts für Physikalische Chemie an der privaten Universität Witten/Herdecke erhalten. Heitbaum, 1940 in Bingen geboren, studierte nach einem Industriepraktikum an der Bonner Universität Physik. 1968 erhielt er den Grad eines Diplom-Physikers und wechselte dann zur Physikalischen Chemie über und promovierte 1970 mit einem elektrochemischen Thema. In seine anschließende Assistenzzeit am Institut für Physikalische Chemie fiel auch 1976 ein Forschungsaufenthalt in Cleveland/USA. 1978 folgte die Habilitation im Fach Physikalische Chemie und 1981 wurde er zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

TENNIS

Steffi Graf ein bißchen enttäuscht

sid/dpa, Mahwah

An das ganz große Geld kommt Steffi Graf immer noch nicht heran: Im Finale des Tennis Grand-Prix-Turniers in Mahwah scheiterte die 16jährige nach über zwei Stunden mit 4:6, 6:3, 4:6 an Kathy Rinaldi (USA). Ihr Trostpflaster: 13 000 Dollar. Die Siegerin kassierte immerhin das Doppelte. Aber nicht nur die Heidelbergerin verlor. Auch Claudia Kohde (Saarbrücken) an der Seite von Helena Sukova (CSSR) ging als 6:7, 3:6-Verliererin gegen die Wimbledonsiegerinnen Jordan/Symlie (USA/Australien) vom Platz.

„Es war ein langes und kraftraubendes Spiel, das schließlich die Glücklichere gewonnen hat", meinte Steffi Graf nach dem Spiel. Die Entscheidung fiel, als sie beim Stand von 4:5 des letzten Satzes den eigenen Aufschlag nicht durchbringen konnte. Zwar klagte sie über einen Krampf im Oberschenkel, „aber das war letztlich nicht ausschlaggebend".

„Ein wenig enttäuscht bin ich im Moment schon, denn ich war kurz vor dem Sieg", sagte Steffi Graf. Dann aber fügt sie hinzu: „Insgesamt muß ich doch sehr zufrieden sein. Denn nach der langen Verletzungspause habe ich nicht damit gerechnet, so schnell wieder in Schwung zu kommen." Beim Urlaub auf Mallorca hatte sie sich bei einem Sturz vom Moped eine Verletzung an der rechten Schlaghand zugezogen und sich anschließend beim Konditionstraining bei einem Waldlauf erneut den bereits zuvor lädierten linken Fuß umgeschlagen.

Für die in einer Woche beginnenden US-Open in Flushing Meadow ist der Titelverteidiger John McEnroe bestens gerüstet. Der Weltranglisten-Erste besiegte bei den Offenen Meisterschaften von Kanada in Montreal Ivan Lendl (CSSR) mit 7:5, 6:3 ganz souverän. McEnroe: „Ich hatte niemals das Gefühl, verlieren zu können."

Der Amerikaner verhielt sich diesmal vorbildlich, während Lendl eine Verwarnung einstecken mußte. Im Schlüsselspiel des ersten Satzes protestierte Lendl lautstark gegen eine Entscheidung, drei Spiele später weigerte er sich sogar weiterzuspielen, bevor ein an den Amerikaner gegebener Punkt nicht wiederholt würde. Die Folge für Lendl war: 500-Dollar Strafe.

LEICHTATHLETIK / Staffelläufer retteten das deutsche Team – vor hatten sie es eigentlich nicht

Sie dachten nicht an die Kollegen, sondern vielmehr an das eigene angekratzte Image

KLAUS BLUME, Moskau

Sie hatten sich um die schwarzrotgoldene Fahne geschart und bildeten den Rest der deutschen Mannschaft beim Abschluß des Europacup-Finales in Moskau: Erwin Skamrahl, Klaus Just, Harald Schmid, Ralf Lübke und Hartmut Weber. Vier von ihnen – Skamrahl, Just, Schmid und Lübke – hatten mit ihrem Sieg in der abschließenden 4 x 400-m-Staffel den dritten Platz für die deutsche Herrenmannschaft gerettet. Denn bis zum letzten Wettbewerb lagen die deutschen Leichtathleten mit nur einem Punkt vor den Engländern auf dem dritten Rang. Es kam also mal wieder auf die 400-m-Läufer an.

„Dabei ging es uns weniger um den dritten Platz der Mannschaft, als um unser eigenes, angekratztes Image", sagt Bundestrainer Manfred Kinder. Und Klaus Just aus Kornwestheim, der Hallen- und Vizeeuropameister über 400 m, meinte: „Ich habe erst zwei Minuten, bevor ich ins Stadion ging, erfahren, wie es um die Mannschaft stand, wie der Punktestand wirklich war. Aber da mußte ich schon an andere Dinge denken."

Und so siegten sie denn in der deutschen Rekordzeit von 3:00,33 Minuten (zuvor: 3:00,51 1982 in Athen), bezwangen die „DDR", die Engländer und auch Weltmeister Sowjetunion.

„Es ging uns darum zu zeigen, daß die Besten in Europa wieder 4 x 400 Meter laufen können", sagte Manfred Kinder nach diesem großen Rennen. Was überaus eindrucksvoll gelungen war. Zumal Ralf Lübke, der 20jährige, auf der letzten Zielgeraden dem Ansturm des derzeit weltbesten 400-m-Spezialisten, Thomas Schönlebe aus Karl-Marx-Stadt, widerstanden hatte. Zur Erklärung: Schönlebe, der in diesem Jahr sogar schneller als die besten Amerikaner ist, der die Stadionrunde schon in 44,62 Sekunden zurücklegte, wurde von Lübke, dem Neuling, bezwungen. „Das ist schon ein Signal in Richtung Stuttgart", sagte Kinder.

Doch Lübke hat sich noch gar nicht entschieden, ob er im nächsten Jahr bei den Europameisterschaften in Stuttgart auch im 400-m-Einzellauf gegen Schönlebe antreten wird. Aber was sich schon vor 14 Tagen bei den deutschen Meisterschaften zeigte, daß nämlich Lübke unaufhaltsam auf dem Weg zur internationalen Extraklasse ist, zeigte sich auch bei seinem Einsatz in Moskau.

Lübke und dessen umsichtiger Heimtrainer Bernd Knut hatten den Einsatz des 20jährigen als Schlußmann der 4 x 400-m-Staffel für Moskau drei Tage nach den deutschen Meisterschaften beschlossen. Kinder: „Ich rechne es Lübke hoch an, sich gleich ohne Wenn und Aber für diese schwere Position zur Verfügung gestellt zu haben."

Aber Lübke hatte freilich Angst vor diesem Rennen, vor allem vor der Hektik der Stabübergabe im Start- und Zielraum. Und es kam, wie es bei einem großen Finale eben kommen kann: Harald Schmid, der Erfahrene, kam nach 45,10 Sekunden zu Fall: „Ich mußte mich ducken, ihr ahnt nicht, wer dann alles über mich gesegelt ist." Lübke blieb stehen, um dann – mit dem Stab in der Hand – endlich anzulaufen. 44,62 Sekunden wurden für ihn dennoch als Schlußläufer gestoppt. Zum Vergleich: Schönlebes Jahresweltbestzeit steht bei 44,62 Sekunden.

Harald Schmid, der sich die Schulter lädierte, sagte mir: „Ach was, der Erwin hat doch die Grundlage für den Sieg gelegt. Denn endlich hat er in der Staffel mal richtig hingelangt." Erwin Skamrahl war als Startläufer eingesetzt worden und hatte nach 45,64 Sekunden als Erster den Stab an Klaus Just übergeben. Kinder: „Daß Skamrahl in Moskau in der Staffel laufen würde, war nach seinem Stuttgarter Ergebnis nie die Frage. Als ich ihn aber in Moskau im Einzellauf sah und feststellte, wie ängstlich, zögernd er sich verhielt und welche taktischen Fehler er beging, hatte ich wieder meine Bedenken."

Bedenken, die Kinder auch anfangs der Saison gegenüber dem Kornwestheimer Klaus Just hatte. Weil der Dortmunder Jörg Vaihinger aber wegen Rückenbeschwerden nicht in Form war, weil Europameister Hartmut Weber nach seinen Fußbeschwerden im letzten Jahr noch nicht in Schwung gekommen ist, schlug die große Stunde für Klaus Just. Der biß sich an seinem Gegner Jens Carlowitz aus der „DDR" regelrecht fest, was überraschte, denn Carlowitz gehört schließlich zu den Besten seiner Zunft: seiner diesjährigen Bestzeit von 44,95 Sekunden stand Just mit einer Marke von 45,52 Sekunden gegenüber. Carlowitz hätte ihm davonlaufen müssen, doch „Just lief wie ein Terrier" (Kinder). „Das war das beste, was ich jemals gemacht habe", sagte Just hinterher. Und: „Die Saison dauert noch an, ich werde bestimmt noch schneller."

1982 bei den Europameisterschaften in Athen hatte es den letzten großen Sieg einer deutschen 4 x 100-m-Staffel gegeben. Bei den Weltmeisterschaften, ein Jahr später, gab es den zweiten Platz. Bei den Olympischen Spielen 1984 erreichte man noch nicht einmal das Finale.

SPORT-NACHRICHTEN

Becker und Kohde?

München (DW.) – Vermutlich noch in diesem Jahr wollen Claudia Kohde und Wimbledonsieger Boris Becker als Partner im Mixed-Doppel spielen. Das sagte Claudia Kohde in einem Interview mit der Illustrierten „Quick".

Wechsel von Piquet

Düsseldorf (sid) – Durch den angekündigten Rücktritt von Niki Lauda kommt das Formel-1-Karussell in Schwung. Nelson Piquet aus Brasilien wechselt von Brabham-BMW zu Williams-Honda und ersetzt dort den Finnen Keke Rosberg, der wahrscheinlich Laudas Nachfolger bei McLaren wird.

Langer auf Platz 18

York (sid) – Golf-Profi Bernhard Langer (Anhausen) belegte beim Internationalen Turnier im englischen York mit 282 Schlägen (71+73+65+73) nur den 18. Rang. Sieger wurde mit 274 Schlägen der Brite Sandy Lyle.

Heute Fußball-Bundesliga

Bonn (DW.) – Bereits heute finden zwei Spiele des dritten Spieltages der Fußball-Bundesliga statt: Fortuna Düsseldorf – Eintracht Frankfurt und Waldhof Mannheim – VfL Bochum. Die Spiele beginnen um 20.00 Uhr.

Bein fällt lange aus

Köln (sid) – Uwe Bein, Mittelfeldspieler vom Fußball-Bundesligaklub 1. FC Köln, erlitt beim Spiel in Kaiserslautern eine schwere Knöchelverletzung und fällt für den Rest des Jahres aus. Er wird heute operiert.

Acatenango vor Abary

Gelsenkirchen (kgö) – Derby-Sieger Acatenango mit Jockey Andrzej Tylicki gewann auf der Galopprennbahn in Gelsenkirchen den Aral-Pokal vor seinem Stallgefährten Abary. Dritter wurde Mantelano vor Ordos. Acatenango steigerte seine Gesamtgewinnsumme auf 563 125 Mark.

ZAHLEN

GOLF

Deutsche Mannschaftsmeisterschaft um den „Clubpokal" von Deutschland: Klasse I in Stuttgart-Mönsheim: Endspiel Hubbelrath gegen Hamburg-Walddörfer 9:3 Punkte (Vierer: 2:2, Einzel: 7:1), Spiel um den dritten Platz: Braunschweig – Hannover 10:2 (4:0/6:0), Absteiger Kronberg und Krefeld. – Klasse II in Hubbelrath: Aufsteiger Hanau und Georghausen, Absteiger Berlin-Wannsee und München. – Klasse III in Hanau: Aufsteiger Hamburg-Ahrensburg und Bad Nauheim, Absteiger Gutach und Mannheim.

TENNIS

Bundesliga, vierter Spieltag, Gruppe A: Ravensburg – Neuss 1:8, Hamburg – München 5:4, Hannover – Leverkusen 5:4. – Gruppe B: Amberg – Karlsruhe-Rüppur 4:5, Bamberg – Essen 7:2, Großhesselohe – Stuttgart 4:5.

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45": 17, 20, 21, 23, 30, 42, Zusatzzahl 14. (Ohne Gewähr)

STAND ● PUNKT / Half der Heimvorteil – oder doch das Doping?

Auf der Haupttribüne schwang jemand tapfer eine „DDR"-Fahne. Um ihn herum sangen fast 60 000 Zuschauer im Moskauer Leninstadion inbrünstig die sowjetische Nationalhymne. Das war, als die Europacup-Trophäe übergeben wurde – an die Damen- und auch an die Herrenmannschaft der Sowjetunion. Die „DDR" als Titelverteidiger war geschlagen, sogar bei den Frauen. Die Bundesrepublik hatte bei den Herren den dritten Platz im letzten Wettbewerb retten können, die Frauen wurden nur Vorletzte.

Drei Tage vor dem Beginn der Serie der internationalen Sportfeste konnten sich dafür nur wenige deutsche Athleten empfehlen: Hindernis-Sieger Patriz Ilg, Hürdenlauf-Gewinner Harald Schmid, die 400-m-Läufer, die Langstreckler Thomas Wessinghage und Christoph Herle sowie Sprinter Ralf Lübke. Doch die Stars des Europacups kamen hauptsächlich aus anderen Ländern. Da war die bulgarische Hochspringerin Stefka Kostadionowa, die in nun 19 aufeinanderfolgenden Wettkämpfen jeweils eine große Leistung bot. In Moskau siegte sie mit 2,06 – das war nur ein Zentimeter weniger als die Weltrekordhöhe.

Auch Stabhochsprung-Weltrekordler Sergej Bubka aus der UdSSR scheiterte an der phantastischen Weltrekordhöhe von 6,02 m. Aber er brauchte nur zwei Sprünge zum Sieg: einen über 5,60, den nächsten über 5,80. Souverän präsentierte sich der italienische Langstreckenläufer Alberto Cova, der Olympiasieger über 5000 m und über 10 000 m. Er ist mittlerweile ein Mann, der auf den Langstrecken fast alles kann: Spurten ohnehin und nun auch schnelle Rennen von der ersten bis zur letzten Runde durchstehen. Ein idealer Star für die großen internationalen Sportfeste.

Das gilt bei den Frauen auch für die in Südafrika geborene und für England laufende Zola Budd, die in Moskau über 3000 m das couragierteste Rennen ihrer Laufbahn bot. Die Sowjetunion gewann den Europacup. Der Heimvorteil half. Denn wenn es mal nicht so klappte, gab es ein gnadenloses Pfeifkonzert. So beim Dreisprung, als der frühere Europarekordler Igor Protsenko überraschend von dem Engländer John Herbert geschlagen wurde.

Überhaupt die Engländer: Ihre Mannschaften bestehen längst nicht mehr aus brillanten Mittel- und Langstreckenläufern und aus dem Zehnkampf-Olympiasieger Daley Thompson. Die finanzielle Aufrüstung der englischen Leichtathletik, vor einigen Jahren in die Wege geleitet, zahlt sich aus. In Italien ist ähnliches zu beobachten. Man stützt sich nicht nur auf Alberto Cova und die ehemalige Hochsprung-Weltrekordlerin Sara Simeoni.

Die Zeiten haben sich geändert. Die Wege zum Erfolg auch. Oder für die UdSSR doch nicht? Die Deutsche Presse Agentur (dpa) schrieb gestern: Je länger der 10. Europacup dauerte, desto heftiger kam die Mannschaft von Gastgeber UdSSR ins Gerede. Bis unter die Haarspitzen gedopt, aber fast nicht kontrolliert: Um diesen Verdacht kreisten viele Gespräche. Die Agentur zitiert dazu noch zwei Bundestrainer. War es doch mehr das Doping, das half, und nicht der Heimvorteil? Wer vermag das zu beweisen.

KLAUS BLUME

FUSSBALL / Mit Rummenigge und Briegel?

Beckenbauer holt Meier

dpa, Düsseldorf

„In Schweden schlagen wir zu, und in Moskau schauen wir mal." Getreu seiner Devise, wonach Freundschaftsspiele Aufschlüsse geben und Wettbewerbsspiele zählen, sieht Franz Beckenbauer den Saisonstart der Fußball-Nationalmannschaft. Sein Augenmerk gilt dem 25. September, an dem die WM-Qualifikation für Mexiko in Stockholm endgültig perfekt gemacht werden soll.

Um am 28. August (17.00 Uhr MEZ) auch über den Testgegner im Bild zu sein, ließ Beckenbauer die UdSSR-Auswahl zuletzt beim 2:0 gegen Rumänien von Dettmar Cramer beobachten. Da in der UdSSR die Saison auf vollen Touren läuft, glaubt Beckenbauer, wird es in Moskau „unheimlich schwer".

Im vorläufigen Aufgebot von 20 Spielern, das am Wochenende auf 16 reduziert wird, stehen erstmals seit dem 6:0 gegen Malta (im März in Saarbrücken) auch die bei italienischen Klubs spielenden Briegel und Rummenigge. Ob sie mitfliegen, steht noch nicht fest, da Verona und Inter Mailand am 28. August im Pokal beschäftigt sind. Auf den ersten Einsatz unter Beckenbauer darf der Bremer Norbert Meier hoffen, den der Teamchef bei seinem Amtsantritt „zu wehleidig" nannte. Meier: „Im Vergleich zum Vorjahr, als ich dauernd verletzt war, fühle ich mich jetzt völlig fit und voller Selbstvertrauen."

Das Aufgebot: Tor: Schumacher, Stein – Abwehr: Augenthaler, Berthold, Brehme, Briegel, Förster, Herget, Jacobs – Mittelfeld: Magath, Matthäus, Meier, Rahn, Thon – Angriff: Allofs, Littbarski, Mill, Rummenigge, Völler, Waas.

Von Anfang an dabei (5): Bernhard Grzimek mit animalischen Gästen im Studio

Der Intendant, der den Terrier badete

Der Übergang zum Fernsehen war für mich nicht gerade aufregend. Mein – schwer auszusprechender – Name war schon vorher in ganz Deutschland bekannt. Ich hatte in der zweitgrößten Illustrierten Deutschlands jede Woche seit Jahren einen Aufsatz über Tiere geschrieben. Auch seit Anfang der 30er Jahre kam regelmäßig der „Reichsrundfunk" in mein Haus im Berliner Osten, wo ich mit Wölfen, einer Affenfamilie, Hunden Verhaltensforschung betrieb und wo nach der Zerbombung des Berliner Zoos auch einige der großen Menschenaffen lebten.

Im April 1945 entzog ich mich der Gefangenschaft. Ich vergrub meine Offiziersuniform und fuhr auf einem alten Fahrrad bis nach Frankfurt. Dabei kam ich immer wieder sehr gut bei Bauern unter, sobald sie merkten, daß ich „der Grzimek" war.

Aber ich hatte dann in den 50er Jahren zunächst gar keine Lust, zum Fernsehen überzuwechseln. Ich hatte es schon bei meiner Rundreise durch amerikanische Zoos Anfang der 50er Jahre erlebt und war ganz und gar nicht davon angetan. Der Zoodirektor von Chicago z. B. hatte wohl mit mir in seiner Wohnung Abendbrot gegessen, dann aber einfach das Zimmer verdunkelt und das Fernsehen angestellt, ohne sich weiter mit mir zu unterhalten. Ich mußte zwei Stunden lang amerikanisches Fernsehen über mich ergehen lassen.

Ein anderer Zoodirektor führte bei einer Tagung aller Leiter von Tiergärten in Neapel einen Film vor, den er selbst für das Fernsehen in den USA hergestellt hatte. Er zeigte die Entwicklung des Kükens im Ei und nach dem Ausschlüpfen. Der Zoodirektor hatte sich aber nicht die Mühe gemacht, die Reklameunterbrechungen für Schuhwichse, Zigaretten, Autos und dergleichen herauszuschneiden, so selbstverständlich schienen ihm diese wohl. Wir waren alle recht peinlich berührt.

Auch der damalige Fernsehintendant war, so vermutete ich, nicht so gut auf mich zu sprechen. Als ich mit meinem Fahrrad auf der Flucht in Frankfurt ankam, hatten die Amerikaner gerade einen guten Freund von mir, einen Journalisten, zum Oberbürgermeister ernannt. Da ich gut Englisch sprach, mußte ich ihm helfen. Sie wollten mich sogar zum Polizeipräsidenten ernennen, was ich aber ablehnte.

In mein Geschäftszimmer kamen nun immer wieder Frankfurter, die um Beschäftigung baten. Als Schlesier und Berliner kannte ich sie nicht. Einem dieser Herren trug ich eine Beschäftigung auf, die ihn wohl ein wenig verblüffte: einen Foxterrier, den ich gerade dem amerikanischen Kommandanten mühsam beschafft hatte, zu baden und zu entlausen. Dieser Herr war der spätere Fernsehintendant ...

Ich hatte auf meinen Reisen schon in Afrika, in den Vereinigten Staaten, in Japan, Moskau, Warschau, der Schweiz im Fernsehen reden müssen, und so tat ich es auch dann Mitte der 50er Jahre in Frankfurt. Die ersten Sendungen waren noch im alten, bescheidenen Funkhaus. Erst später siedelte das hessische Fernsehen in das riesige Parlamentsgebäude über, welches für den Bundestag gebaut worden war. Adenauer erreichte ja dann, daß die Bundesregierung sich statt dessen in Bonn auftat.

Als Tierfreund und Zoodirektor brachte ich von Anfang an immer Tiere mit ins Fernsehen. Das gab oft unnötige Aufregung. Als mir Ratten entliefen, sprangen die anwesenden Damen auf die Tische. Einen zahmen, fast erwachsenen Löwen, den ich öfter im Auto mitnahm, ließ ich im Huthpark überraschend hinter einem Busch hervor unbewaffneten amerikanischen Soldaten entgegenlaufen, um deren Verhalten zu beobachten. Was tut man nicht alles der Forschung zuliebe ...

Ich habe von Anfang an bis heute meine Sendungen nicht nur gemacht, um die Tierfreunde zu unterhalten, sondern auch immer wieder das Ausrotten der Natur und der Tiere dargelegt. Dadurch habe ich mir bei Geschäftsleuten und Politikern manche Feinde gemacht, bin wütend angegriffen, beschimpft und vor Gerichten verklagt worden.



Wollte vom Fernsehen gar nichts wissen: Bernhard Grzimek

FOTO: DPA

Der „Spiegel" hat einmal geschrieben, ich sei eine „Kassandra", die immer wieder Betrübliches verkünde. Damals habe ich geantwortet, die Redakteure hätten sich zu wenig über die griechische Sagenwelt unterrichtet. Kassandra ist eine Königstochter gewesen, der die Götter die Gabe verliehen hatten, die Zukunft richtig voraussagen zu können. Gleichzeitig hatten sie aber die junge Kassandra mit dem Fluch behaftet, daß ihr niemand glauben sollte ...

BERNHARD GRZIMEK

Am 27. 8. erinnert sich Rudi Michel an seine erste bebilderte Fußballreportage

KRITIK

Schüsse auf den Eiermann

Schimanski ist wirklich nicht zu helfen: da bespricht er zu später Stunde mit dem Kollegen Thanner, wie entscheidend seine Zeugenaussage in einem Prozeß am nächsten Morgen sein wird, als ihn eine Frauenstimme telefonisch um ein Treffen in einer Kneipe namens „Bumerang" bittet. Nomen est omen.

Denn bald darauf sitzt der hilfsbereite Schimi in einem einsamen „Haus im Wald" fest, gemeinsam mit der hilfesuchenden Blondine, die ihn dorthin kutschiert hat zwecks Nachforschungen über ihren verschwundenen Schriftsteller-Freund. Die beiden – ach ja, und auch der nette Eiermann Franz, der gerade liefert – werden nämlich wüst beschossen, sobald sie die trügerische Idylle verlassen wollen.

Es geht um Rauschgift, wie sich herausstellt. Und während die Kugeln umherflitzen, während der immer wieder beeindruckend durchtrainierte Schimi vergebens einen Ausbruchversuch wagt, wird in Duisburg der brave Thanner aktiv und schließlich zum Retter in höchster Not.

Überhaupt der Thanner. Was der feinsinnig-spinnerte Higgins für den Draufgänger Magnum, das ist der fürsorgliche deutsche Hauptkommissar für den rauflustigen Schimanski. Götz George zieht zwar stets die große Fernsehkrimi-Show ab, wäre aber ohne die bedächtige Kollegen-Figur des Eberhard Feik nur die Hälfte wert. Zumal in einem **Tatort** wie diesem, der sich aus Mangel an innerer Spannung auf ermüdende Herumballerei verlegte.

Keine preiswürdige, eher eine preiswerte Produktion dank dem einsamen Schauplatz, der die Hauptrolle spielte.

CORNELIA REISER

Bis zum Hafen und nicht weiter

Wenn Wolfgang Klein und Peter Merseburger neugierig durch die „andere Republik" reisen, dann entdecken sie oft ein Stück Deutschland, das hierzulande kaum noch zu finden ist: Kopfsteinpflaster in Kleinstädten, Storchennester auf Bauernhäusern oder eben Hochzeitsbräuche in der Altmark, wie sie im letzten Beitrag der Sendung **Deutsches aus der anderen Republik** (ARD) vorgeführt wurden.

Aber auch im Dorf Mieterhorst bei Magdeburg, wo eine angehende Lehrerin einem jungen Schmied sozialistisch angetraut wurde, spielte die Politik mit. Die dem Vater des Bräutigams gehörende Schmiede, so erfuhr man staunend, war schon einmal „volkseigener Betrieb", wurde aber reprivatisiert, weil überall Handwerker fehlen, und selbst der gemächlich mit den Schafen der Genossenschaft übers Land ziehende Schäfer sprach aus, daß man früher anders lebte, als die Bauern noch Eigentümer ihres Grund und Bodens waren. Daß man sich heute mit dem Sozialismus „abfinden" müsse, das klang, als würde von einem Unwetter gesprochen, das auch wieder abziehe.

Für den Kapitän Gerd Peters in Rostock, der im ersten Beitrag zu Wort kam, stellte sich diese Frage nicht. Er erzählte voller Stolz von der Geschichte des größten „DDR"-Hafens, in dem auch der Nachschub für die 400 000 Sowjetsoldaten in der Republik angelandet und in dem sozialistische Fracht bevorzugt abgefertigt wird. Aufschlußreicher waren die Stimmen der Hafenbesucher aus der Provinz. Sie gaben zu erkennen, daß sie gerne in die weite Welt reisen würden, aber nicht dürfen.

JÖRG BERNHARD BILCKE

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Marianne und Sofie
Deutscher Spielfilm (1983)
11.50 Umschau
12.10 Sehnsucht nach dem Bobby
Reportage von Werner Ruff
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Fury
Ein teurer Fischzug
15.25 Fauna Iberica
Der Mönchsgeier
15.50 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Liebe, Schmerz und Tod
3. Folge: Traumkörper
Film von Boris Penth und Mike Krebs
16.55 Die Spielbude
Mit Frank Zander
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lembke
21.00 Panorama
Vor Gericht gewonnen, trotzdem entlassen – Die Ohnmacht der Arbeitsgerichte / Greifvögel für die Ölscheichs – Illegaler Falkenhandel in der Bundesrepublik / Der TÜV und seine Thermometer – Vom Streit um einen Ofen-Erfinder / SPD: Es lebe die Genossenschaft und warum der „Vorwärts" dennoch keine werden darf
Moderation: Peter Gatter
21.45 Magnum
Ein Toter kehrt zurück
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD Sport extra
Fußball: 1. Bundesliga
Mit Berichten von den Begegnungen des 3. Spieltags, die heute stattfanden: Fortuna Düsseldorf – Eintracht Frankfurt und Waldhof Mannheim – VfL Bochum
23.30 Kulturwelt
Die Etrusker
Ein Volk vor den Römern
Film von Franca Magnani
0.30 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Fenn – Hong Kong Pfui
Kunstdiebstähle
15.30 Ferienkalender
16.05 Anna und der König von Siam
Onkel Patra
16.30 Der Wunschfilm für Kinder
Manni der Libero
Das sinkende Schiff
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Das Haus am Eaton Place
Die Mitgift
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Verkehrsgericht
Ein schwarzer Tag für Steffi
21.00 Tierporträt
Die Schleiereule
beobachtet von Gerd Wustig
21.15 WISO
Datenmißbrauch: Wie Versicherungen mit Daten ihrer Kunden umgehen und welche Probleme neue Techniken im Haushalt aufwerfen; dazu Fragen an den Datenschutzbeauftragten Hamburg / Güterkraftverkehr: Der Dreh mit der Scheibe – Wie Transportunternehmer mit Bußgeldern kalkulieren / Tip: Bewerben – aber richtig
Moderation: Hans-Ulrich Spree.
21.45 heute-journal
22.05 Filme von Frauen
Eine Liebe in Hongkong
Hongkong (1984)
Die Regisseurin Ann Hui wurde 1947 in Nordchina geboren. Sie gilt als größtes Talent des chinesischen und südostasiatischen Films.
23.40 Zeugen des Jahrhunderts
Ernst Krenek im Gespräch mit Hans Bünte
0.45 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Big Valley
15.00 Black Beauty
15.30 Musicbox
16.30 Marco
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Jim Bayers Heimkehr
18.00 Alle meine Lieben
Zum Wohle der Allgemeinheit oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 SOS – Zwei Schwiegermütter
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Mit Gene Tierney, John Lund u. a.
Regie: Mitchell Leisen
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Wer ist wer?
In einer Holzhandlung mit großem Lagerraum wird einer von Steeds Kollegen umgebracht, und zwar von dem Agentenpärchen Lola und Basil. Die beiden haben nun die Absicht, Steed und Emma zu erledigen. Dies soll mit Hilfe eines Geräts, mit dem man die Psyche zweier Menschen austauschen kann, geschehen.
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Geheimaktion Crossbow
Englischer Spielfilm (1964)
Mit Sophia Loren, George Peppard, Trevor Howard u. a.
Regie: Michael Anderson
0.10 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Direkt
Ein Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
19.00 heute
19.30 Verlust der Tradition:
Des Jahrhunderts Glück und Ende
Film von Herbert Giese und Marcel Wang
20.30 Alle Hunde lieben Theobald
Der falsche Vater
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.30 Das feuerrote Spielmobil
Das ist ja noch mal gutgegangen
19.00 Aktuelle Stunde
Regionalprogramm mit Nachrichten und Sport
19.45 Fensterprogramme

NORD
18.30 Das feuerrote Spielmobil
19.00 Rockpalast
Die britische Gruppe „The Fixx" schaffte ihren musikalischen Durchbruch Anfang der achtziger Jahre.

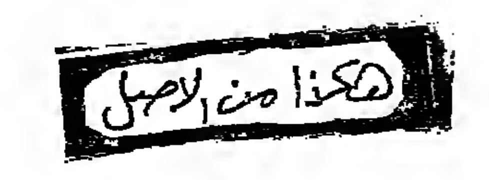
HESSEN
18.30 Das feuerrote Spielmobil
19.00 Nirgendwo ist Poenichen
1952 – Erbschaften / 1956 – Von Küste zu Küste

Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Wanderungen durch die DDR
Der östliche Harz
21.00 Rückblende
Vor 15 Jahren gestorben: Schauspieler und Regisseur Fritz Kortner
21.15 Der seidene Schuh (1)
Vierteiliger Film von Manoel de Oliveira
22.45 Reisewege zur Kunst
Türkei (2)
Zwischen Bodrum und dem türkischen Ferienzentrum Antalya liegt die Halbinsel Lykien – ein Dorado für Archäologen. Erica Reese und Alexander Stockder haben diese sagenumwobene Welt der Antike bereist.
23.30 19. Deutsches Jazzfestival Frankfurt
Philip Catherine (Gitarre), Christian Escoude (Gitarre), Didier Lockwood (Geige).
0.20 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
16.00 Hochzeit auf Immenhof
Deutscher Spielfilm (1956)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Schlaflosigkeit
20.15 Die Erben des Hieronymus Bosch
Maler des Phantastischen
21.00 Liebespremiere
Deutscher Spielfilm (1943)
Mit Kirsten Heiberg, Hans Söhnker, Margot Hielscher u. a.
22.25 Christliche Kunstwerke in Baden-Württemberg
Die Besserer-Kapelle in Ulm
22.40 Neues vom Kleidermarkt
23.25 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Der Morgen, als Ginger kam
Amerikanischer Spielfilm (1973)
20.35 Die schönsten Fabeln der Welt
20.45 Die Sprechstunde
Schlaflosigkeit
21.30 Rundschau
21.45 Das Herz eines Fremden ...
Karlheinz Knuth berichtet über Herzpatienten
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
Das Deutschlandbild heute
23.15 Rundschau



MAN SAGT, IN EUROPA WERDEN DIE BESTEN AUTOS DER WELT GEBAUT. DAS NEUESTE DAVON HEISST LANCIA THEMA.

DIE 422 MÖGLICHKEITEN, DAS ZU ÜBERPRÜFEN:

In Deutschland werden zweifelsohne hervorragende Automobile gebaut. Vor allem in der Klasse des Lancia Thema. Und wenn nun die deutschen Autotester gerade für ihn so wohlwollende Worte finden, dann muß am Lancia Thema schon etwas Besonderes sein. Aber das kann man nur bei einer Probefahrt erfahren. Rufen Sie bitte unverbindlich einen unserer 422 Lancia Händler an, damit wir einen Termin mit Ihnen vereinbaren können:

1 **1000 Berlin 12,** Böttcher am Zoo, 030/3125429; **1000 Berlin 37,** Foti GmbH, 030/8014017/18+8025048; **1000 Berlin 47,** Gerhard Gimber, 030/6042563; **1000 Berlin-Neukölln 44,** Gerhard Gimber, 030/6845424/6042563; **1000 Berlin 31,** Karl A. Klein Automobile, 030/3235075; **1000 Berlin 10,** Karl A. Klein Service + Verkauf, 030/3916066; **1000 Berlin 52,** Horst Reier, 030/4121055; **1000 Berlin 20,** Thau & Berendt, 030/3344057.

2 **2000 Hamburg-Winterhude 60,** Fiat Automobil AG, Niederlassung Hamburg, Betrieb Heidberg, 040/271370; **2000 Hamburg 20,** Autohandel Hoheluft Franck & Co., 040/477011; **2000 Hamburg-Rahlstedt 73,** Leo Klepsch Kraftfahrzeuge GmbH, 040/6782006; **2000 Hamburg 52,** Kommanditgesellschaft E. + Th. Wichelhausen, 040/891022; **2000 Hamburg-Bergedorf 80,** Wulff & Bartsch GmbH, 040/7213039; **2058 Lauenburg,** Helmut Loock, 04153/2795; **2082 Moorrege,** Manfred Schulte, 04122/8884; **2123 Bardowick,** Rech & Meyer GmbH, 04131/121128; **2160 Stade/Elbe,** Autohaus Gerhard Lau, 04141/62514; **2190 Cuxhaven,** Siegfried Maske, 04721/22968; **2300 Kronshagen,** Autohaus Sellmer GmbH + Co. KG, 0431/54541; **2330 Eckernförde,** Eckernförder Autodienst GmbH, 04351/4050; **2350 Neumünster,** Autohaus Wilhelm Peters KG, 04321/32072/73; **2357 Bad Bramstedt,** Ernst Harm sen. GmbH & Co. KG, 04192/3939; **2380 Schleswig,** Bumann & Co. KG, 04621/32571; **2390 Flensburg-Harrislee,** Leder & Leder GmbH, 0461/7625; **2400 Lübeck,** Karl Domain, 0451/83818; **2400 Lübeck 1,** Autohaus Walter Krauss, Inh. Manfred Krauss, 0451/501891; **2400 Lübeck,** Auto-Prinzen, Inh. Magda Koppenhagen, 0451/601934; **2410 Mölln/Lauenberg,** J.-U. Köster, 04542/2878; **2800 Bremen,** Könitz Automobile GmbH, 0421/442743; **2820 Bremen-Aumund,** Gerhard Karow, 0421/666097; **2840 Diepholz,** Wilhelm Staas, 05441/1407; **2841 Steinfeld/Oldbg.,** Paul Bünger, 05492/2251; **2848 Vechta,** Alwin Bünger GmbH, 04441/3270; **2850 Bremerhaven/Geestemünde,** Autohaus Bernhard Schulte GmbH + Co., 0471/75017–18; **2908 Friesoythe,** Heinrich Brinker Kfz-Handel + Reparaturbetrieb GmbH, 04491/554; **2930 Varel-Jeringhave,** Diedrich Filmer GmbH, 04451/5123; **2955 Wymeer,** Fahrzeughaus Telkamp KG, 04903/212; **2960 Aurich/Ostfriesld.,** Autohaus D. Heeren, 04941/2034.

3 **3000 Hannover 1,** Mentz Automobile GmbH, 0511/628241; **3007 Gehrden OT Ditterke,** Autohaus Gebr. Blank GmbH & Co. KG, 05108/3516; **3008 Garbsen 1,** Autohaus am Blauen See, Gotthardt GmbH, 05137/77000; **3012 Langenhagen (Hann.)-1,** Lothar Niescken, 0511/734008; **3062 Bückeburg,** Autohaus Adam + Kruse GmbH, 05722/4113; **3138 Dannenberg/Elbe,** Autohaus Menzel GmbH, 05861/2235; **3167 Burgdorf,** Autohaus Frädrichsdorf, 05136/3929; **3180 Wolfsburg 15,** Auto-Dienst Bublitz, 05362/63330; **3200 Hildesheim,** OT Himmelsthür, Chr. Mitterbauer Automobile, 05121/41047; **3300 Braunschweig,** Beyerlein & Co., 0531/55088/89; **3320 Salzgitter-Lebenstedt,** Paul Jaretzke GmbH & Co. KG, 05341/44537; **3340 Wolfenbüttel,** Lothar Mäser, 05331/41505; **3400 Göttingen,** Pasquale Perriello, 0551/31309; **3420 Herzberg,** Peter Fricke, 05521/71072; **3440 Eschwege/Werra,** Ernst Möller oHG, 05651/21888; **3450 Holzminden,** Heinrich Henze KG, 05531/3021; **3500 Kassel,** Autohaus Rudolf Cöster GmbH & Co. KG, 0561/84014 u. 84015; **3500 Kassel,** Autohaus Hartmut Fitsch GmbH & Co. KG, 0561/54001/54002; **3510 Hann.-Münden,** Hans Lotz KG, 05541/4968; **3540 Korbach,** Autohaus Sude, 05631/3193; **3549 Wolfhagen 1,** Horst Ostmann, 05692/2257; **3550 Marburg,** Autohaus Walter Piesk, 06421/41848; **3563 Dautphetal-Holzhausen 3,** Autohaus Wilh. Schmidt GmbH, 06468/7036; **3578 Schwalmstadt 2,** Autohaus R. Langer, 06691/4461; **3587 Borken 3,** Auto-Dienst Kleinenglis, Inh. C. Scappatura, 05682/9658.

4 **4000 Düsseldorf 1,** Auto-Supermarket GmbH, 0211/3380-1; **4000 Düsseldorf,** Haniel-Garagen-Betriebs-GmbH, 0211/68781; **4000 Düsseldorf,** Osthoff GmbH, 0211/626324 + 25; **4000 Düsseldorf,** Dieter Thomm Automobile, 0211/7331017; **4030 Ratingen 8,** Bruhy Kraftfahrzeuge GmbH, 02102/5858; **4040 Neuss/Rhein,** Detlev Manteuffel GmbH + Co. KG, 02101/41028; **4040 Neuss/Rhein,** Paul Woitkus, 02101/57366; **4048 Grevenbroich,** Bernhard Stermann, 02181/1846; **4050 Mönchengladbach 2,** Autohaus Friedhelm Coenen GmbH + Co. KG, 02166/47051; **4050 Mönchengladbach,** Filiale Fa. Coenen, 02161/21071/72; **4130 Moers,** Gebr. Schmitz GmbH, 02841/21071/72/73; **4150 Krefeld,** Autohaus am Schönwasserpark GmbH & Co. KG, 02151/510488; **4150 Krefeld,** Ing. Werner Oberheidt GmbH, 02151/33246; **4179 Weeze,** Stockmanns + Schless Automobile GmbH, 02837/360; **4190 Kleve,** Bonten + Boterham oHG, 02821/9648; **4200 Oberhausen 11,** Hans Kettler, 0208/62521; **4223 Voerde,** Gebr. Winz GmbH, 02855/3100; **4235 Schermbeck/Westf.,** Auto-Roting, 02853/2202; **4250 Bottrop,** D. Hoffmann, 02041/20511; **4280 Borken,** Wilhelm van Alten, 02861/2569; **4290 Bocholt/Westf.,** Gebr. Schmitz GmbH, 02871/6025; **4300 Essen 11,** W. Jänsch & Co. GmbH, 0201/674067; **4330 Mülheim,** Jürgen Rosenfeld GmbH, 0208/35898; **4350 Recklinghausen,** Autohaus Manfred Wolters, 02361/62248; **4352 Herten,** Automobil Kroppen GmbH, 02366/51088; **4353 Oer-Erkenschwick,** Autohaus Rapen, 02368/56277; **4400 Münster/Westf.,** Karl Göring GmbH & Co., Kommanditgesellschaft, 0251/71015/16; **4400 Münster,** Wilhelm Holtschulte, 0251/32001; **4408 Dülmen/Westf.,** Wiesmann GmbH, 02594/6077; **4410 Warendorf/Westf.,** Nieberg & Steffens GmbH & Co., 02581/2301; **4421 Rosendahl/Darfeld,** Ludger Potthoff, 02545/431; **4422 Ahaus/Westf.,** Autohaus Salzwedel, 02561/67233; **4475 Sögel,** Autohaus Bartels KG, 05952/340; **4500 Osnabrück,** Friedrich Beinecke GmbH & Co., 0541/586086; **4500 Osnabrück-Lüstringen,** Heinrich Strakerjahn, 0541/37588; **4507 Hasbergen-Gaste,** Automobile Soestmeyer-Münch, 05405/5541; **4515 Bad Essen 1 (Barkhausen),** Wilhelm Böhning oHG, 05427/4000; **4530 Ibbenbüren,** Filiale der Fa. Beinecke, Osnabrück, 05451/3423; **4550 Bramsche,** Julius Knieper, 05461/3124; **4570 Quakenbrück,** Auto-Schulte, Inh. Reinhard Schulte, 05431/3422; **4590 Cloppenburg,** Filiale der Fa. Brinker, 2908 Friesoythe, 04471/81666; **4600 Dortmund,** Autohaus Berke GmbH, 0231/161074; **4600 Dortmund 41,** Günter Marotzki, 0231/441917; **4620 Castrop-Rauxel,** Wieland & Co. GmbH, 02305/73821; **4630 Bochum 1,** Autohaus Kaden, 0234/51808; **4690 Herne,** Autohaus Roland GmbH, 02323/30570; **4700 Hamm 1,** Auto Knarse, 02381/44777+78; **4700 Hamm/Westf.,** Paul Knöthe, 02381/32606; **4708 Kamen/Westf.,** Paul Felske, 02307/10016; **4770 Soest/Westf.,** Burkhard Scheideler, 02921/16008+9; **4790 Paderborn,** Robert Sprenger GmbH & Co. KG, 05251/56119; **4800 Bielefeld,** Autohaus Wilhelm Brüntrup GmbH + Co. KG, 0521/22041/22042/22083; **4800 Bielefeld 14,** Autohaus Fila GmbH & Co. KG, 0521/44202; **4803 Steinhagen,** Walter Petersmeyer, 05204/2464; **4830 Gütersloh 1,** Auto-Service Schulte, 05241/54191; **4840 Rheda-Wiedenbrück,** Günter Schuhmacher, 05242/34117; **4900 Herford,** Autohaus Rumpold GmbH, 05221/21212; **4902 Bad Salzuflen 8,** Gebr. Wöhler, 05222/7631; **4931 Detmold 1,** Wilhelm Rüger, 05231/66643; **4937 Lage/Lippe,** Gerhard Lindert, 05232/3998; **4950 Minden,** Uphoff's Werkstatt, 0571/41021; **4970 Bad Oeynhausen 2,** Ing. Wilhelm Blöbaum Automobile KG, 05731/28011; **4973 Vlotho-Exter,** Auto-Rau GmbH, 05228/202; **4980 Bünde 15,** H. G. Niedermeier, 05223/14196; **4983 Kirchlengern 1,** Becker-Automobile, Horst Becker, 05223/71253; **4990 Lübbecke,** Heinz Kleffmann, 05741/9289.

5 **5000 Köln-Ehrenfeld,** Auto-Aldenhoven, 0221/545836; **5000 Köln 41,** Automobile Fick, 0221/465306; **5000 Köln 90,** Auto-Hennes, Inh. P. Ulmer, 02203/21011; **5000 Köln-Sülz,** AHG Leo Jordans mbH & Co. KG, 0221/446033; **5000 Köln 80,** Auto-Wassmann GmbH, 0221/603055/56; **5040 Brühl/Rhld.,** F. W. Drechsel, 02232/42553; **5047 Wesseling-Berzdorf,** Gebr. Mertin, 02232/51757; **5060 Bergisch Gladbach 2,** Karl Steingass KG, 02202/52034; **5090 Leverkusen 1,** Fahrzeughaus Heinz Thevissen, 0214/51166; **5100 Aachen,** Autohaus Johann Nüsser, 0241/77600; **5138 Heinsberg-Dremmen,** Auto Conen GmbH, 02452/6044/45; **5140 Erkelenz,** Auto-Wortmann GmbH + Co. KG, 02431/5088; **5160 Düren,** Wanders & Co., 02421/61194; **5170 Jülich,** Hans Landen Automobile KG, 02461/54432+57070; **5190 Stolberg,** Franz Graaf, 02402/29613; **5200 Siegburg,** Willy Wissman, Inh. Gertrud Schmitz, 02241/61888; **5202 St. Augustin-Buisdorf,** Auto-Schönbeck, 02241/65616; **5208 Eitorf,** Autohaus Land, Inh. Dietmar Land, 02243/2398; **5210 Troisdorf,** Reiner Schmickler, 02241/44028; **5230 Altenkirchen/Ww.,** Horgenroth KG, 02681/5051; **5240 Betzdorf-Alsdorf,** Hemmersbach & Altmann GmbH, 02741/25041; **5250 Engelskirchen,** Autohaus Gerd Rosenkranz, 02262/5370; **5270 Gummersbach,** Gerd Rosenkranz, 02261/73350; **5272 Wipperfürth/Rhld.,** Horst Göbert, 02267/4778; **5300 Bonn 1,** Autohaus Gerber & Schmid GmbH, 0228/662031; **5300 Bonn,** Karl Schwaneberg & Sohn, 0228/631595/96; **5300 Bonn-Bad Godesberg,** Auto-Berhausen GmbH, 0228/330095; **5308 Rheinbach,** Heinz Hellwig KG, 02226/4658; **5330 Königswinter,** Lothar Moll, 02244/2068; **5350 Euskirchen,** Autohaus Willi Fetten, 02251/3028; **5400 Koblenz,** Auto-Mayer, Karl-H. Mayer, 0261/42338; **5400 Koblenz-Lützel,** Autohaus Müller GmbH & Co. KG, 0261/82060; **5427 Bad Ems,** Karl Lenz, 02603/2932; **5429 Allendorf,** Willy Spies, Autohaus GmbH, 06486/302; **5450 Neuwied/Rhein 1,** Autohaus La Porte GmbH, 02631/22363/65; **5455 Rengsdorf,** Auto Behren GmbH, 02634/3700; **5483 Bad Neuenahr-Ahrweiler,** Auto-Wirsch GmbH, 02641/2218; **5500 Trier/Mosel,** Autohaus Gebr. Haack, 0651/5128; **5520 Bitburg,** Auto-Boos KG, 06561/1044–45; **5568 Daun-Pützborn,** Leo Dünzer, 06592/2968; **5591 Illerich,** Auto-Gerhartz, 02653/6563; **5600 Wuppertal 1/Elberfeld,** J. Jos. Bertrand, 0202/444855–57; **5600 Wuppertal 1,** Auto-Oestreich, 0202/422851; **5600 Wuppertal 2,** Horst Wilke, 0202/666517; **5630 Remscheid,** Erich Reiferscheid, Automobile-Handel Reparatur KG, 02191/341001 u. 341002; **5632 Wermelskirchen 1,** Filiale der Fa. Steingass, Berg.-Gladbach, 02196/1046; **5650 Solingen-Wald,** Autohaus Peter Eul GmbH, 02122/314047; **5657 Haan 1,** Automobile E. Klose, 02129/6012; **5740 Andernach,** Autohaus Josef Streier, 02632/43145; **5750 Menden-Platteheide,** Filiale der Fa. Mühl, Iserlohn, 02373/6959; **5810 Witten/Ruhr,** Auto-Zentrum Witten Bernh. Ernst GmbH, 02302/57071; **5841 Schwerte/Geisecke,** Filiale der Fa. Mühl, Iserlohn, 02304/4959; **5860 Iserlohn-Letmathe,** Wilh. und Wolfg. Helmering, 02374/7821; **5860 Iserlohn,** Autohaus Günter Mühl, 02371/6415; **5970 Plettenberg 2,** Rolf Wallenfels, 02391/1714.

6 **6000 Frankfurt,** City-Motor GmbH, 069/721719; **6000 Frankfurt/Main 70,** Autohaus Niederrad Häusser GmbH & Co. KG, 069/675051; **6000 Frankfurt,** Autohaus Heuser + Hallstein GmbH, 069/443071; **6000 Frankfurt,** Helmut Reinhardt, 069/439971; **6050 Offenbach/Main,** Emil Mueller, Kraftfahrzeuge, Inh. H. W. Gehrke, 069/833521 u. 836320; **6072 Dreieich-Offenthal,** Auto-Milzetti oHG, 06074/50064; **6080 Groß-Gerau,** Autohaus Melchior GmbH & Co. KG, 06152/58082; **6100 Darmstadt,** Heinrich Herling, 06151/75625; **6109 Mühltal 1,** Edgar Bartram, 06151/146022; **6111 Otzberg-Niederklingen,** Auto-Lutz, 06162/3418; **6115 Münster,** Autohaus Schadt GmbH, 06071/31471; **6120 Michelstadt/Odenw.,** Lohnes Automobil GmbH, 06061/2035; **6124 Beerfelden,** Karl-Heinz Barth, 06068/1486; **6129 Lützelbach,** Autohaus Hans Orth, 06165/1305; **6200 Wiesbaden,** Autohaus Gabriel Wiesbaden GmbH, 06121/843014; **6200 Wiesbaden-Dotzheim,** Autohaus Schütz GmbH, 06121/422061; **6220 Rüdesheim,** Auto-Thiel, Helmut Thiel, 06722/2818; **6228 Eltville OT Martinsthal,** Dieter Schultz, 06123/72174; **6230 Frankfurt-Griesh.,** Fiat Automobil AG, 069/39011; **6231 Sulzbach/Ts.,** M. Christian, 06196/72294; **6233 Kelkheim/Ts.,** Gottfried Liebisch, 06195/2558; **6250 Limburg/Lahn,** Autohaus Gresser KG, 06431/6738 u. 3968; **6251 Hahnstätten,** Autohaus Heideberg Klamp GmbH, 06430/6993; **6292 Weilmünster,** Autohaus Herbert Uften, 06472/1233; **6300 Gießen,** Autohaus Helmut Burkhardt, 0641/42041; **6300 Gießen,** Erwin Larus, 0641/22440; **6308 Butzbach,** Erhard König, 06033/64788; **6320 Alsfeld/Hessen,** Auto-Kamp KG, 06631/4077; **6332 Ehringshausen,** Heinz Huttel, 06443/3326; **6349 Herborn-Seelbach,** Autohaus Schnorr oHG, 02772/62095; **6360 Friedberg/Hessen,** Auto-Ulrich KG, 06031/3431; **6380 Bad Homburg v. d. H.,** Filiale der Fa. Auto-Ulrich KG, Friedberg, 06172/22600; **6390 Usingen/Ts.,** Autohaus Arnold, Inh. K. H. Arnold, 06081/6480; **6400 Fulda,** Autohaus Wetzig, Inh. Gerd Wetzig, 0661/4020; **6408 Ebersburg Ortsteil Weyhers,** Erich Bickert, 06656/1066; **6415 Petersberg,** N. V. G. Nutzfahrzeug-Vertriebs-Ges. Dr. Fahr GmbH & Co. KG, 0661/68038; **6430 Bad Hersfeld,** Autohaus Hans Nowak, 06621/2969; **6450 Hanau/Main,** Autohaus Herrmann GmbH, 06181/81061; **6450 Hanau 1,** Autohaus König GmbH, 06181/24333; **6460 Gelnhausen,** Autovertrieb Horst König GmbH + Co., 06051/17055; **6470 Büdingen,** Autohaus Naumann GmbH, 06042/2610; **6490 Schlüchtern,** Birgit Fehl, 06661/4672; **6500 Mainz 25,** Wilhelm Gräter GmbH, 06131/681072; **6508 Alzey/Rhld.,** Auto-Seitner, Inh. Michael Seitner, 06731/2494; **6520 Worms,** Autohaus Glaser GmbH + Co., 06241/6471; **6530 Bingen 12,** Autohaus Loth, 06721/14350; **6540 Simmern/Hunsrück,** Auto-Steffen, 06761/3027/29; **6550 Bad Kreuznach,** Autohaus Alois Bott, 0671/65566; **6580 Idar-Oberstein,** Sado-Automobile, 06784/1066; **6600 Saarbrücken,** Auto Becke, 0681/35433; **6638 Dillingen/Saar,** Auto-Gasper GmbH, 06831/77040; **6639 Fremersdorf,** Thomas Farago, 06861/6620; **6646 Losheim/Saar,** Franz Metziger, 06872/2266; **6654 Kirkel-Limbach,** Autohaus Schmidt GmbH, 06841/8226; **6660 Zweibrücken,** Burkholder Autohandels GmbH & Co. KG, 06332/17293; **6694 Marpingen-Urexweiler,** Wald-Garage Erhard Klos oHG, 06827/616; **6710 Frankenthal/Pfalz,** Werner Pfeifer, 06233/9158; **6719 Albisheim (Pfrimm),** Auto-Heinrich, 06355/527; **6719 Hettenleidelheim a. Bg.,** Auto-Kreutzer, 06353/1804; **6720 Speyer/Rhein,** Autohaus Michael Stein, 06232/76523+76314; **6725 Römerberg-Mechtersheim,** Auto-Weindel, Inh. Reinhard Weindel, 06232/84200; **6740 Landau/Pfalz,** Autohaus Weiss GmbH, 06341/61058; **6750 Kaiserslautern,** Auto-Anefeld GmbH, 0631/58766; **6780 Pirmasens,** Magenwirth Autohandels GmbH & Co. KG, 06331/62095/6; **6800 Mannheim 1,** Bopp & Böhringer oHG, 0621/332088; **6800 Mannheim-Neckarau,** Autohaus Raichle GmbH & Co. KG, 0621/852001; **6831 Plankstadt,** Autohaus Kolb, 06202/4638; **6842 Bürstadt/Hessen,** Autohaus Bürstadt GmbH & Co. Autohandel KG, 06206/6300 u. 6305; **6900 Heidelberg,** Ing. Hans Lindner, 06221/28868; **6901 Neckarsteinach,** Autohaus Schmitt, 06229/491; **6906 Leimen,** Ehrbar & Ceccherelo oHG, 06224/73208; **6908 Wiesloch,** Horst Geppert, 06222/2496; **6920 Sinsheim/Elsenz,** Autohaus Kiefer GmbH, 07261/2449; **6967 Buchen,** Friedrich Hofherr, 06281/2395.

7 **7000 Stuttgart 1,** Autohaus Niederberger GmbH & Co., 0711/253036; **7000 Stuttgart 1,** Rudolf Schlachter KG, 0711/692624; **7000 Stuttgart 1,** Autohaus Ernst Soller GmbH + Co. KG, 0711/642041/43; **7012 Fellbach,** Autohaus Kögel GmbH, 0711/581890; **7022 Leinfelden-Echterdingen 2,** Brixner GmbH, 0711/790980; **7024 Filderstadt 4,** Fritz GmbH, 0711/771097+99; **7050 Waiblingen,** Autohaus Weller KG, 07151/53351; **7067 Urbach,** Autohaus Ernst Elsner, 07181/81316; **7070 Schwäb. Gmünd,** Autohaus Klotzbücher, 07171/5499; **7100 Heilbronn/Neckar,** Fiat Automobil AG, 07131/1070; **7100 Heilbronn,** Autohaus G. Herre GmbH & Co. KG, 07131/10020+29; **7100 Heilbronn-Kirchhausen,** Autohaus Heinz Koch, 07066/7275; **7107 Neckarsulm,** Martin Arpogaus, 07132/37115; **7110 Öhringen,** Autohaus Ernst Klaiber, 07941/61011; **7123 Sachsenheim 1,** Autohaus Wieland, 07147/7302; **7128 Lauffen/Neckar,** Autohaus Eisele KG, 07133/5001; **7140 Ludwigsburg,** Autohaus P. Scharfenberger GmbH, 07141/51077; **7144 Asperg/Ludwigsburg,** Autohaus Winkler & Co., 07141/63021–22; **7167 Bühlertann-Fronrot,** Autohaus Xaver Hilsenbeck, 07973/243; **7200 Tuttlingen/Württ.,** Autohaus Valerius Beodz, 07461/3071; **7208 Spaichingen,** Autohaus Paul Wedam, 07424/2558; **7214 Zimmern 1-Rottweil,** Autohaus Rall, 0741/31801; **7242 Dornhan,** Autohaus Dieter Blocher, 07455/1229; **7290 Freudenstadt,** Auto Klumpp, Inh. Fritz Klumpp, 07441/2202/3202; **7300 Esslingen,** Lais-Power GmbH, 0711/312775; **7311 Bissingen,** Autohaus Günther Bazle, 07023/6425; **7311 Owen,** Eugen Grau, 07021/55480; **7316 Köngen/Neckar,** Autohaus Lorch oHG, 07024/8989; **7410 Reutlingen,** Autohaus Zimmermann GmbH, 07121/329366; **7432 Bad Urach 1,** Helmut Weiß, 07125/8064; **7453 Burladingen,** Autohaus Siedler GmbH, 07475/6809; **7463 Rosenfeld,** Autohaus Fritz Braun KG, 07428/1044; **7470 Albstadt 1,** Antonio Volino, 07431/55773; **7480 Sigmaringen,** Donaugarage Molitor, 07571/12699; **7500 Karlsruhe 51,** Mahlein & Neubrand GmbH, 0721/883977; **7500 Karlsruhe,** Volker Nollert, 0721/28068; **7519 Eppingen-Rohrbach,** Carlo Birritella, 07262/4708; **7519 Oberderdingen,** Heinrich Hack, 07045/722; **7520 Bruchsal,** Golsch & Schultheiß GmbH, 07251/14000; **7530 Pforzheim,** Steba Automobile, 07231/69669; **7546 Enzklösterle,** Autohaus Hugo Grammel GmbH & Co., 07085/240; **7547 Wildbad,** Filiale der Fa. Hugo Grammel, Enzklösterle, 07081/8121; **7550 Rastatt,** Autohof Boos, Fortenbacher & Co. GmbH, 07222/32094; **7550 Rastatt,** Autohaus Metz GmbH, 07222/34031+32; **7570 Baden-Baden-Oos,** Filiale der Fa. Autohof Boos, Fortenbacher & Co. GmbH, Rastatt, 07221/61028; **7580 Bühl-Vimbuch,** Lorenz Wild, 07223/21765; **7590 Achern,** Artur Hoferer, 07841/25382; **7597 Rheinau-Diersheim,** Werner Waag KG, 07844/7092; **7600 Offenburg/Baden,** Wilhelm Paschke KG, 0781/24091; **7603 Oppenau,** E. Schmidt, 07804/2010; **7620 Wolfach,** Autohaus Wäschle KG, 07834/332; **7707 Engen,** Autohaus D'Agosto, 07733/8878; **7730 Villingen-Schwenningen,** Auto-Zehnder, 07721/54015; **7750 Konstanz,** Autohaus Manfred Becker, 07531/63219; **7753 Allensbach,** Autohaus Karl Metzler, 07533/6293; **7800 Freiburg/Brsg.,** H. Michalk GmbH & Co. Kraftfahrzeughandel KG, 0761/70331/70332; **7816 Münstertal/Schw.,** Artur Scheib, 07636/411; **7830 Emmendingen,** Filiale der Fa. Michalk, 7800 Freiburg, 07641/1024; **7834 Herbolzheim/Breisgau,** Peter Benzin, 07643/295; **7850 Lörrach,** Automobilhandelsgesellschaft Schneckenburger & Co. KG, 07621/88037; **7858 Weil/Rhein,** Rudolf Eichin, 07621/71646; **7881 Schwörstadt/Baden,** Autohaus Mutter oHG, 07762/8519; **7891 Küssaberg 1-Kadelburg,** Horst Amann, 07741/5727; **7900 Ulm-Söflingen,** Auto-Fink KG, 0731/381097; **7900 Ulm,** Eugen Grupp, 0731/389259; **7917 Vöhringen/Iller,** Ludwig Henke GmbH, 07306/5005; **7920 Heidenheim/Brenz,** Autohaus Josef Filipitsch, 07321/41473; **7920 Heidenheim,** Karl Eugen Ziegler, 07321/65989; **7990 Friedrichshafen,** Autohaus Opitz KG, 07541/73080; **7994 Langenargen,** Alois Weindutter, 07543/1476.

8 **8000 München 80,** Auto-Center München GmbH im Motorama, 089/4488433; **8000 München 40,** Halmburger & Hotlich Automobil-Vertrieb-KG (Hauptbetrieb), 089/351500l; **8000 München 60,** Halmburger & Hotlich Automobil-Vertrieb-KG (Filiale), 089/833374; **8000 München 82,** Halmburger & Hotlich Automobil-Vertrieb-KG (Filiale), 089/4303257; **8000 München 46,** Ludwig Hirschbold, 089/3114952; **8000 München 80,** Johann Huber, 089/432154; **8000 München 90,** Karl Keidler (Hauptbetrieb), 089/697700; **8000 München 12,** Karl Keidler (Reparaturwerk), 089/572265; **8000 München 70,** Karl Keidler (Filiale), 089/7145068; **8000 München 60,** Heinz Nabholz, 089/652811; **8011 Brunnthal,** Peter Ehrhar GmbH, 08102/3824; **8022 Grünwald/München,** Rudolf Hauser GmbH, 089/6492648; **8025 Unterhaching,** Hans Haslinger, 089/6115558; **8031 Gilching,** Wilhelm Gebhard, 08105/4722; **8038 Gröbenzell,** Autohaus Genck Inh. Robert Genck, 08142/9345 u. 9720; **8047 Karlsfeld-Rothschwaige,** Huber & Söhne, 08131/98046; **8050 Freising/Obb.,** Josef Gruber KG, 08161/83048; **8059 Reichenkirchen,** Georg Legl, 08762/1534; **8070 Ingolstadt,** Automobile Nord, 0841/54884; **8079 Kipfenberg Ortsteil Arnsberg,** Erwin Renner, 08465/470; **8080 Fürstenfeldbruck,** Auto Schilling, Inh. Erwin Schilling, 08141/44536; **8092 Haag/Obb.,** Auto-Nagerl, Inh. Josef Nagerl, 08072/612; **8100 Garmisch-Partenkirchen,** Auto-Meier GmbH, 08821/50141; **8122 Penzberg/Bay.,** Hans Kandl, 08856/2611; **8130 Starnberg,** SHS Vertriebs GmbH, 08151/4143; **8133 Feldafing,** Auto-Kugelmüller, Inh. Helmuth Hirn, 08157/8749; **8170 Bad Tölz,** Hans Fischhaber u. oHG, 08041/2838; **8192 Geretsried 2,** Auto-Unterrainer, 08171/4247; **8200 Rosenheim,** Siegfried Bernegger, 08031/62034+35; **8200 Rosenheim,** Auto Schlerghofer, 08031/45825; **8200 Rosenheim,** Hans Strasser, 08031/12728; **8240 Berchtesgaden,** Max Höfler, 08652/63374; **8260 Mühldorf/Inn,** Franz Zellhuber, 08631/2008; **8263 Burghausen/Obb.,** Konrad Kammergruber KG, 08677/2412; **8265 Neuötting/Obb.,** Filiale der Fa. Zellhuber, Mühldorf, 08671/20368; **8300 Landshut,** Autohaus Heitz GmbH, 0871/41036; **8300 Piflas-Landshut,** A. + G. Dettenhofer GmbH, 0871/73008; **8390 Passau,** Auto-Leebmann GmbH, 0851/7058; **8400 Regensburg,** Auto-Pfeiffer, 0941/47873; **8400 Regensburg,** Ing. Alois Weger, 0941/55028/29; **8401 Regensburg-Großberg,** Auto-Süd, 09405/2403; **8425 Bad Gögging,** Josef Koller, 09445/500; **8430 Neumarkt/Opf.,** Auto-Belz, 09181/6550; **8440 Straubing/Ndb.,** Autohaus M. Griesbeck, 09421/22011+22012; **8450 Amberg/Opf.,** Autohaus Stöcklmeier GmbH, 09621/61515; **8460 Schwandorf/Bay.,** Rupert Fischl, 09431/8484 u. 8485; **8480 Weiden,** Dieter Schug, 0961/26667; **8490 Cham,** Autohaus Pömmerl, 09971/7550; **8493 Kötzting,** Heinrich Huber, 09941/1303; **8500 Nürnberg,** Autohaus Kurt Füglein KG, 0911/203349/203340; **8500 Nürnberg 20,** Kohler & Schmidt GmbH, 0911/53225 5; **8500 Nürnberg 70,** Marek & Wanke, 0911/614041+42; **8500 Nürnberg,** Autohaus Seliger GmbH + Co. KG, 0911/662473; **8502 Zirndorf,** Auto-Hirmer GmbH, 0911/606760; **8508 Wendelstein,** Autohaus Ebersberger, Andreas Ebersberger GmbH & Co. KG, 09129/8085; **8510 Fürth,** Autohaus Münch GmbH, 0911/78283; **8521 Aurachtal,** Autohaus Stadie KG, 09132/4655+4595; **8531 Markt Erlbach,** Peter Klör, 09106/232; **8540 Schwabach/Bay.,** Auto-Feser, Inh. Peter Feser, 09122/5097; **8562 Hersbruck,** Heinz Lutz, 09151/2221; **8571 Leupoldstein,** Hans Polster, 09244/225; **8575 Kirchenthumbach,** Hans Dörtler, 09647/254; **8580 Bayreuth,** BayWa AG, Betrieb Autohaus Bayreuth, 0921/66003 u. 66004; **8581 Kulmain/Opf.,** Autohaus Franz Bauer oHG, 09642/1349; **8590 Marktredwitz/Ofr.,** Alois Kraus, 09231/81824; **8600 Bamberg,** Bamberger Taxigenossenschaft eG, 0951/15015+15010; **8602 Rauhenebrach,** Markt Prölsdorf, Richard Mahr, 09554/253; **8623 Staffelstein,** Robert Spörlein, 09573/6989; **8630 Coburg,** Automobile Scheuerfeld, 09561/30015; **8670 Hof/Saale,** Auto-Seidel oHG, 09281/3036; **8700 Würzburg,** BayWa AG, Betrieb Autohaus Würzburg, 0931/21055; **8702 Waldbüttelbrunn,** Felix Seuberth, 0931/48579; **8710 Kitzingen/Main,** Auto-Hüller, Inh. Heinz Hüller, 09321/32094; **8712 Volkach OT Obervolkach,** Autohaus Bedenk KG, 09381/2472; **8720 Schweinfurt-Oberndorf,** Autoverleih Radl GmbH, 09721/802929+88929; **8729 Zeil,** Auto-Wittig KG, 09524/520; **8736 Burkardroth-Zahlbach,** Autohaus G. Kaiser, 09734/333; **8741 Hendungen,** Hermann Stock oHG, 09776/1256; **8750 Aschaffenburg/M.,** Autohaus Amberg, 06021/91018; **8760 Miltenberg,** Autohaus Funk, 09371/6038; **8770 Lohr/Main,** Autohaus Feeser, 09352/2392; **8800 Ansbach,** Sportwagencenter, 0981/3352; **8860 Nördlingen,** August Döderlein Nachf. GmbH & Co. KG, 09081/80110; **8873 Ichenhausen,** Autohaus Konrad & Co., 08223/3017; **8880 Dillingen/Donau,** Autohaus Eller, Inh. Walter Eller, 09071/674; **8900 Augsburg,** August Schelle, 0821/30329; **8904 Friedberg-West bei Augsburg,** Andreas Klaus jun., 0821/62239; **8911 Grünsink üb. Landsberg/Lech,** Max Hoy, 08196/200; **8940 Memmingen,** Autohaus Kutter GmbH, 08331/87779; **8951 Pforzen/Schwaben,** Autohaus Hans Ohneberg GmbH, 08346/1001; **8958 Füssen,** Josef Kehle, 08362/7550; **8960 Kempten,** Ing. Eduard Hörmann, 0831/6281/2/3; **8960 Kempten,** Ing. Eduard Hörmann (Filiale), 0831/97255/56; **8970 Immenstadt/Allgäu,** Besserer GmbH, 08323/6143.

Thema i.e. Turbo: Vierzylinder-Einspritzmotor mit Ladeluftkühlung, 2000 ccm, 165 PS/121 kW, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h in 7,2 Sek., 218 km/h Spitze.

Thema 6V: Sechszylinder-Einspritzmotor, 2850 ccm, 150 PS/110 kW, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h in 8,2 Sek., 208 km/h. Auf Wunsch Automatik.

Thema Turbo Diesel: Vierzylinder-Turbodieselmotor mit Ladeluftkühlung, 2500 ccm, 100 PS/74 kW, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h in 11,9 Sek., 185 km/h.

Thema i.e.: Vierzylinder-Einspritzmotor, 2000 ccm, 120 PS/88 kW, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h in 9,7 Sek., 195 km/h. Auf Wunsch Automatik.

LANCIA THEMA

Welch ein Fahr-Zeug!



Liefern die USA moderne Waffen an Jordanien?

Murphy-Mission gescheitert / Arafat betrieb Doppelspiel

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Während seines Aufenthaltes in der jordanischen Hauptstadt Amman hat US-Unterstaatssekretär Richard Murphy auch eine lange Unterredung mit General Said Ben Shakr, dem Befehlshaber der jordanischen Streitkräfte, geführt, was bisher geheimgehalten wurde. Dabei ging es um umfangreiche Waffenlieferungen an Jordanien und Saudi-Arabien, die von der US-Regierung dem Kongreß inzwischen angekündigt wurden.

Da Murphys Mission, den „Friedensprozeß" wieder in Gang zu bringen, an der kompromißlosen Haltung König Husseins und des PLO-Chefs Yassir Arafat erst einmal gescheitert ist, wird der Kongreß beträchtliche Schwierigkeiten bei der Bewilligung der Waffenlieferungen machen. Washington wollte König Hussein als „Friedensengel" vorführen, doch verzichtet Hussein nicht auf die von den USA abgelehnte internationale Nahost-Konferenz mit Einschluß der Sowjets und besteht auf einer gemischten Verhandlungsdelegation aus Vertretern Jordaniens und der PLO.

Arafat betrieb während der Gespräche Husseins mit Murphy in Amman ein Doppelspiel. Er lehnte die Änderung der Verhandlungsdelegation ab, der fünf Fatah-Mitglieder aus dem terroristischen Umfeld angehören sollten, und schickte gleichzeitig seinen Stellvertreter Abu Iyad nach Moskau. Dieser bat dort um Gutwetter für die Arafat-PLO und versicherte, es gebe keinerlei Kursänderung, nachdem sich Moskau hinter die prosyrischen Arafat-Gegner gestellt hatte. In Amman wurde über den „Friedensprozeß" gesprochen, in Moskau über die Beibehaltung der starren PLO-Position, ihre sowjetfreundliche Orientierung und die weitere Ablehnung direkter Gespräche mit Israel oder den USA.

Tigerhaie für Hussein

Für eine Waffenhilfe der USA an König Hussein ist das eine fatale Entwicklung. Da sich die Arafat-PLO in Amman einnistet, kann zwar Hussein weiter geltend machen, er brauche modernste Waffen aus den USA zur Verteidigung gegen einen möglichen Angriff Syriens, doch ist dies „Feindbild" sehr unwahrscheinlich. Damaskus würde im Fall einer Offensive das Eingreifen Israels und Iraks in den Flanken befürchten müssen.

In Washington wurde angekündigt, daß Jordanien 54 Flugzeuge vom Typ F-20 (Tigershark) erhalten soll, von denen bisher noch nicht eine Maschine verkauft wurde. Die modernste Maschine von Northrop soll die F-5 ablösen. Außerdem sollen an Jordanien mobile Hawk-Luftabwehr-Batterien, Sidewinder- und Stinger-Raketen geliefert werden, dazu auch neue M-60-Panzer. Über die normale Waffenhilfe von 115 Millionen Dollar hinaus soll der Kongreß 300 Millionen für Jordanien bereitstellen.

Die israelische Armee-Zeitung „Bamachane" berichtet, daß mit dieser Ausrüstung Jordaniens Kampfkraft um 300 Prozent gesteigert wird, und daß jordanische Truppen nach wie vor gegen Israel und nicht gegen Syrien disloziert sind. Jedenfalls wird Israel seinen ganzen Einfluß aufbieten, um das Waffengeschäft mit Amman zu verhindern.

Konzentrierter Angriff

Das Hauptargument in Jerusalem: Mit der modernen Aufrüstung Jordaniens wird die „Südfront" Saudi-Arabien, Jordanien, Ägypten nun durchweg mit amerikanischen Waffen, unter ihnen Kampfflugzeuge, ausgerüstet, so daß ein gemeinsamer, konzentrierter Angriff oder der Austausch von Waffen und Truppenteilen möglich wird. Ägyptische und jordanische Truppen halten schon regelmäßig gemeinsame Manöver ab. Hinzu kommt: Israel kann weder so viel Truppen noch Kriegsmaterial aufbieten, um dieser amerikanischen „Nachrüstung" der drei arabischen Staaten standzuhalten.

Nur einen politischen Vorteil sähen israelische Regierungsvertreter in massiven amerikanischen Waffenlieferungen an Jordanien: Die Anflugzeit der F-20 gegen Israel wird so kurz und die Möglichkeit, daß israelische Kampfflugzeuge schon beim Start von den Hawk-Batterien abgeschossen werden können, wird so groß, daß eine Räumung der besetzten Gebiete nicht mehr militärisch zu verantworten wäre.

Die USA und Jordanien würden also Israel indirekt veranlassen, Judäa und Samaria als unräumbares Glacis zu betrachten. Eine modern aufgerüstete Armee wie die jordanische würde aus Sicherheitsgründen niemals die besetzten Gebiete zurückerhalten, erklären israelische Generalstäbler. Der israelischen Siedlungsbewegung kann das nur recht sein.

In Jerusalem ist aufgefallen, daß sich der gleiche Richard Murphy als amerikanischer Vermittler in Amman und Jerusalem betätigt hat, der 1981 das große Waffengeschäft für Saudi-Arabien durch den Kongreß lotste. Damals war er Botschafter in Dschidda und beriet die Saudis, wie der Kongreß am besten für ein knappes Ja zu gewinnen wäre. Kronprinz Fahd veröffentlichte denn auch kurz vor den Kongreßberatungen seinen „Friedensplan", so wie König Hussein von Jordanien jetzt seine „Friedensinitiative".

Kanzler würdigt die Haltung Moskaus in Genf

● Fortsetzung von Seite 1

Form beantwortet worden sind. Der letzte Punkt erhielt noch dadurch zusätzliches Gewicht, daß Gorbatschow einen Brief des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt zum 15. Jahrestag des Moskauer Vertrages persönlich erwiderte.

Trotzdem meinte der Kanzler im ZDF, die Bundesregierung brauche sich keine Sorgen zu machen. Denn die Entwicklung in der Sowjetunion werde zeigen, „daß die sowjetischen Führer von heute sehr wohl wissen, daß das, was notwendig ist zur Sicherung des Friedens, zur Sicherung auch sowjetischer Interessen, nicht möglich sein wird , indem man die Bundesrepublik auskurvt".

Dahinter verbirgt sich, wie verlautet, die Überzeugung Kohls, daß Gorbatschows Pläne zur Rationalisierung der sowjetischen Wirtschaft ohne Kooperation mit der Bundesrepublik nicht zu realisieren seien. Deshalb hat der Kanzler die Bereitschaft Bonns unterstrichen, „eine neue und bessere Qualität der Beziehungen zur Sowjetunion zu erreichen und die Gespräche auf allen Ebenen zu führen und zu vertiefen". Auch die sowjetische Seite habe in ihren Verlautbarungen zum 15. Jahrestag „trotz kritischer Untertöne den grundsätzlichen Willen zur Entwicklung der Beziehungen betont".

Deutliche Distanz zu Moskau zeigte Kohl dagegen in der entschiedenen Zurückweisung aller Versuche, West-Berlin als selbständige politische Einheit zu behandeln und damit das Vier-Mächte-Abkommen zu unterlaufen. Das Weltjugend-Festival in Moskau habe gezeigt, „wie wenig Rücksicht die Sowjetunion auf deutsche Teilnehmer nimmt, wenn es um die Propagierung ihrer Auffassungen und politischen Zielsetzungen in der Berlin-Frage geht". Darum bestehe Bonn auf der „strikten Einhaltung und vollen Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens", wie mit Moskau 1973 vereinbart.

Der Kanzler ließ auch keinen Zweifel daran, daß er seine „eindeutige und unmißverständliche" Haltung zur amerikanischen Weltraumforschung ungeachtet aller sowjetischen Pressionen nicht geändert habe. Das SDI-Forschungsprogramm stehe in voller Übereinstimmung mit dem ABM-Vertrag.

Begrenzt positiv beurteilte Kohl die innerdeutschen Aussichten: „Unsere Beziehungen zur DDR entwickeln sich in der richtigen Richtung, aber solange Deutschland durch Mauern und Grenzsperren geteilt ist, solange unseren Landsleuten in der DDR Menschenrechte vorenthalten werden, können wir nicht von Normalität sprechen." Dennoch seien Erleichterungen, beispielsweise im Reiseverkehr, erreicht worden.

Das Vorfeld zu Genf war für die USA nicht sehr ermutigend

„Die Sowjets haben ihre Position nicht verändert" / Washington denkt nicht an Konzessionen

FRITZ WIRTH, Washington

Die Vorbereitung des Genfer Gipfels zwischen Reagan und Gorbatschow hat im Augenblick, neben dem Südafrika-Problem, außenpolitische Priorität in der amerikanischen Regierung. Die Positionspapiere zu diesem Gipfel sind die einzigen wichtigen Unterlagen, die Präsident Reagan mit in seinen Urlaubsort Santa Barbara genommen hat.

Die Erfolgseinschätzungen dieses Gipfels im verteidigungspolitischen Bereich basieren dabei vor allem auf der Bilanz der bisherigen zwei Gesprächsrunden der Abrüstungsverhandlungen in Genf, und die sind nach amerikanischer Auffassung nicht ermutigend gewesen. Fortschritte wurden nicht erzielt. Immerhin aber war in der zweiten Runde eine etwas aufgelockertere und beweglichere Haltung der Sowjets im Vergleich zur ersten festzustellen.

Paul Nitze, der Chefkoordinator dieser Genfer Gespräche im State Department, stellte fest: „Die Sowjets haben ihre formellen Positionen in Genf bisher nicht verändert. Immerhin aber sind sie im Gegensatz zur ersten Runde schon einmal zu einem Meinungsaustausch über die Substanz dieser Verhandlungen bereit gewesen."

Entsprechend vorsichtig beurteilt Paul Nitze die Erfolgsaussichten im verteidigungspolitischen Bereich beim bevorstehenden Reagan-Gorbatschow-Gipfel. „Das höchste, das bei diesem Gipfel erreicht werden kann", sagte Nitze, „wäre das Ausräumen einiger Hindernisse, die fruchtbaren und nützlichen Verhandlungen im Wege stehen."

Sicherheitsberater Robert McFarlane hält es für „unrealistisch", dramatische Änderungen in der sowjetischen Haltung zu erwarten, solange Gorbatschow die Prioritäten seiner Politik im innenpolitischen Bereich sieht. Insgesamt erwartet deshalb die Reagan-Administration vom Gipfeltreffen mit Gorbatschow keinen Durchbruch, sondern bestenfalls grünes Licht für die Abrüstungsverhandlungen der beiden Delegationen in Genf.

Dabei haben sowohl Nitze wie McFarlane in den vergangenen Wochen wiederholt klargemacht, daß Präsident Reagan nicht bereit ist, irgendwelche Konzessionen in seiner Entschlossenheit zu machen, das Forschungsprogramm für das SDI-Projekt fortzusetzen. Genau das aber ist in den bisherigen Verhandlungen in Genf das Hauptangriffsziel der Sowjets gewesen.

Nach amerikanischer Auffassung gibt es zwei Hauptgründe für die harte Verhandlungsposition der Sowjets in der SDI-Frage. Sie sind gegenüber diesem Forschungssystem in die Offensive gegangen, um mit dieser Art „Vorwärtsverteidigung" die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von ihren eigenen sehr intensiven Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im verteidigungsstrategischen Bereich abzulenken. Zum anderen sehen sie das SDI-Projekt als ein willkommenes und wirksames Instrument, Unruhe in der Allianz zu stiften.

Für die amerikanische Regierung ist SDI heute nicht mehr allein ein Vorstoß in neue Verteidigungsdimensionen, sondern angesichts der sowjetischen Fortschritte und Anstrengungen auf diesem Gebiet eine zwingende Notwendigkeit. Nach Schätzungen von Paul Nitze ist der Etat der Sowjets für die nächsten fünf Jahre für ihre eigene SDI-Forschung ungefähr so hoch wie der der USA: rund 20 Milliarden Dollar. Nitze weist zugleich darauf hin, daß die Sowjets im strategischen Bereich heute rund 40 Prozent ihrer Ausgaben für offensive und 40 Prozent für defensive Systeme ausgeben. Die restlichen 20 Prozent würden für Kommunikationssysteme aufgewandt.

Diese Aufrechnung schließt aus, daß die Reagan-Administration vorläufig zu irgendwelchen Konzessionen im SDI-Bereich bereit ist, mit Sicherheit nicht, solange sich dieses System im Stadium der Forschung befindet. Die Reagan-Administration argumentiert: Forschungsarbeiten sind nicht zu verbieten, weil sie nicht kontrollierbar sind. Die Sowjets wissen es.

Ihre bisherige Verhandlungsposition in Genf, die darauf hinzielte, ein Verbot und eine Einstellung dieser Forschungsarbeiten zu erzielen, wird von der amerikanischen Administration deshalb auch vorwiegend als eine sowjetische Propaganda-Scharade verstanden.

Die amerikanische Verhandlungsposition für die nächsten Gesprächsrunden und für den Gipfel der beiden Regierungschefs bleibt deshalb unverändert: Die USA sind nach wie vor zu beiderseitigen Reduzierungen der nuklearen Offensivwaffen bereit. Das SDI-Forschungsprogramm jedoch ist kein Tauschobjekt, dies zu erreichen.

SPD will Binnen-Nachfrage ankurbeln

Stoltenbergs Steuerreform wird abgelehnt: „Bei uns keine Chance"

PETER PHILIPPS, Bonn

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Apel, sieht „keine Chance, zur Stoltenbergschen Steuerreform ja zu sagen". In einer „steuerpolitischen Halbzeitbilanz" hat Apel gestern gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen Dieter Spöri auch „das von der FDP erneut thematisierte Vorziehen der zweiten Stufe" der Steuerreform grundsätzlich abgelehnt, weil sich „die konjunkturelle Wirkung der Tarifkorrektur nicht spürbar verbessern" (Spöri) würde. Ganz im Sinne der sozialdemokratischen Grundlinie, die Binnen-Nachfrage anzukurbeln, machte Apel die Grenzen für die SPD deutlich: „Wir wollen nicht den armen, handlungsunfähigen Staat", die „über lange Zeit bei 24 Prozent eingependelte Steuerquote" sei eine „vernünftige" Größenordnung.

Als „Alternative" zu den Steuerreform-Plänen der Bundesregierung schlugen Apel und Spöri unter anderem vor: doppelt so starke Erhöhung des Grundfreibetrages, Verlängerung der unteren Proportionalzone, Abflachung der Progression im unteren und mittleren Bereich, eine Erhöhung des Kindergeldes um 45 Mark. Die FDP-Vorschläge für eine weitere Steuerreform nach 1987, zu der es auch in der Union Überlegungen gibt, wurden als unbezahlbar und „Wahlspeck für 1987" zurückgewiesen. Denn die von der SPD nachgerechneten Kosten würden bei 80 bis 100 Milliarden Mark liegen.

Spöri erklärte die „grundsätzliche" Bereitschaft der SPD, ein „seriöses Konzept zum Subventionsabbau mitzutragen, das mit einem sozialsymmetrischen Abbau von Steuervergünstigungen das Steuerrecht einfacher, transparenter und gerechter macht sowie den steuerpolitischen Spielraum vergrößert". Seine Partei werde aber die Abschaffung der Gewerbesteuer nicht mitmachen. Die FDP-Vorstellungen zur Unternehmensbesteuerung lehnten Spöri und Apel als „unfinanzierbar und wirtschaftspolitisch verfehlt" ab und stellten ihre im Juli veröffentlichten Vorschläge zur „einkommensneutralen Reform" entgegen, zu der auch eine „steuerfreie Investitionsrücklage" für kleine und mittlere Unternehmen gehört.

Heinemann: Physicum 1985 rechtswidrig

dpa, Düsseldorf

Die umstrittenen Zwischenprüfungen der Medizinstudenten vom März 1985, bei denen über 40 Prozent der Kandidaten durchfielen, sind nach Ansicht des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Gesundheitsministers Hermann Heinemann (SPD) rechtswidrig. In einem Schreiben an seine Amtskollegen in Bund und Ländern setzte sich Heinemann für eine „nochmalige Korrektur" der Physicumsprüfungen ein. Bereits im Juli war in einer Revision der Ergebnisse die Durchfallquote auf knapp 19 Prozent gesenkt worden.

Heinemann sei auf Grund „nochmaliger rechtlicher Wertung" zu der Auffassung gelangt, daß es unhaltbar sei, Medizinstudenten einen Prüfungsversuch anzurechnen, bei dem eine Gutachterkommission zehn Prozent der insgesamt 320 Fragen als ungeeignet eingestuft habe, heißt es in einer Erklärung des Ministeriums. Das Verfahren, jedem Prüfungsteilnehmer nachträglich 29 Punkte gutzuschreiben, halte er für unzureichend. Den dennoch durchgefallenen Studenten werde diese Prüfung „mit einem erheblichen Verfahrensmangel" trotzdem als nicht bestandener Prüfungsversuch angerechnet.

Der Minister empfahl seinen Amtskollegen daher, die Prüfungsämter sollten durchgefallenen Studenten die Prüfung nicht als Versuch anrechnen. Er erinnerte an ein entsprechendes Verfahren im März 1981. Allein in Nordrhein-Westfalen käme eine solche Regelung 342 Studenten zugute.

Geißler wiederholt seine Kritik an SPD

gba. Bonn

In einem offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordnete Annemarie Renger hat CDU-Generalsekretär Heiner Geißler seine Kritik wiederholt, daß die SPD dabei sei, den früher vorhandenen Konsens aller demokratischen Parteien in der Außenpolitik zu verlassen. Frau Renger hatte Geißler wegen dieser Anaylse ebenfalls öffentlich heftig angegriffen. Geißler schrieb: „Nicht ich will die Bevölkerung in zwei Lager spalten, wie Sie behaupten, sondern Sie versuchen, davon abzulenken, daß ihre eigene Partei in der Außenpolitik tief gespalten ist."

Er bewerte die Erklärung der SPD-Abgeordneten als „ein Zeichen der Resignation angesichts der gewandelten Mehrheitsverhältnisse in der SPD". Für viele sei seine Anaylse der außenpolitischen Vorstellungen in der SPD ein „Ärgernis". Es sei jedoch „besser, es entsteht ein Ärgernis, als daß die Wahrheit unterdrückt wird."

Die Zinsen sinken

cd. – Nach der Leitzinssenkung der Bundesbank zeichnet sich jetzt eine Kreditverbilligung bis um einen Prozentpunkt ab. Davon profitieren Privatleute bei Ratenkrediten, Überziehungskrediten und Baufinanzierungen mit variablem Zins ebenso wie Unternehmen, vor allem kleine und mittlere, deren Kreditzinsen an den Diskont- oder Lombardsatz gekoppelt sind. Sie kommen jetzt in den Genuß einer vom Markt längst vorgezeichneten Entwicklung, die großen Unternehmen schon seit geraumer Zeit niedrigere Kreditzinsen beschert hat.

Wenn man auch von diesem Nachziehen nach dem Zinssignal der Bundesbank keine konjunkturellen Wunder erwarten darf, so bleibt doch die simple Wahrheit festzuhalten, daß niedrige Zinsen für die Wirtschaft nun einmal besser sind als hohe. Und das wird nicht nur die Bauwirtschaft zu schätzen wissen, sondern vor allem auch der Mittelstand, der seine Investitionen und Lagerhaltung mit Krediten finanziert.

Es ist erfreulich, daß die Banken und Sparkassen mit ihrer Zinssenkung einen Schritt weiter gehen als die Bundesbank mit ihren Leitzinsen. Aber die Medaille hat auch eine Kehrseite. Denn die Sparzinsen rutschen jetzt ebenfalls um einen halben Prozentpunkt, die für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist auf dem „Normalsparbuch" auf 2,5 Prozent, nachdem die Zinsen aller anderen Anlagen mit weniger starrer Konditionsgestaltung unter dem Druck der Marktkräfte längst gesunken sind. So fängt das Kreditgewerbe den Druck auf die Zinsmarge zum Teil wieder auf.

Überzeugend

hdt – Ganze 1,5 Prozent der im Jahr 1984 bereitgestellten Ausbildungsplätze für Jugendliche entfielen im Bereich der Ostwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Bielefeld auf solche, die durch die öffentliche Hand im Rahmen von Sonderprogrammen gefördert wurden. Das heißt im Klartext: 98,5 Prozent der Ausbildungsplätze wurde ohne staatliche Zuschüsse von der Wirtschaft selbst zur Verfügung gestellt, ein Prozentsatz, wie er zumeist nur von den positiven Wahlergebnissen in diktatorischen Staaten bekannt ist. Mit Fug und Recht darf man dies also als ein Votum für die Marktwirtschaft sehen, gleichzeitig aber auch als Beweis dafür, daß sich dieses System seiner gesellschaftlichen Verpflichtungen bewußt ist. Daß die Zahl der Ausbildungsplätze insgesamt um 25 Prozent gegenüber 1982 erhöht werden konnte, ist dafür ein weiteres Indiz. Der Bielefelder Kammer kann man daher nicht verdenken, daß sie diese Leistung als besonders eindrucksvoll herausstellt, wenngleich auch nicht mit der Lautstärke, mit der die Kritiker des Systems zumeist argumentieren.

ENTWICKLUNGSPOLITIK / Eine neue Studie des Instituts der Wirtschaft

Hilfe für ärmste Länder nur nach grundlegender Korrektur möglich

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Für eine grundlegende Korrektur der Entwicklungspolitik plädiert das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einer jetzt vorgelegten Studie. Die Entwicklungspolitik habe ihr eigentliches Vorhaben, den wirklich armen Ländern zu helfen, nicht erreicht. Nur eine Änderung mit dem Ziel, sich auf die Grundbedürfnisse der absolut Armen und die Fürsorge für Katastrophenopfer zu konzentrieren, könne das Dilemma lösen.

Wer das „unselige Syndrom aus Unterernährung, Seuchen und Erwerbslosigkeit" aufbrechen will, müsse sich auf die Agrarproduktion konzentrieren, und das auf Geber- wie auf Nehmerseite, heißt es in der Studie, die der Würzburger Professor Bruno Molitor erarbeitet hat. „Jede Politik der ‚Entwicklung' beginnt hier und nicht bei hochgestochenen Industrialisierungsprojekten, für die dem Land dann meistens doch die Absorptionsfähigkeit fehlt, oder gar bei Prestigevorhaben, wie dem Bau neuer Hauptstädte oder der Anlage von Wehrstraßen entlang den Landesgrenzen, mögen sie auch den amtierenden Regenten eindrucksvoller erscheinen."

Es sei ein Märchen, daß sich die Entwicklungsländer nicht auf Dauer selbst ernähren könnten. In Schwarzafrika zum Beispiel liege mehr als die Hälfte des ungenutzten landwirtschaftlichen Bodens der Welt. Relativ geringfügige und dazu arbeitsintensive Änderungen in der Agrarproduktion würden genügen, um die Ausbringung erheblich zu verbessern.

Im Agrarbereich liege auch der Schlüssel zur Beseitigung des Elends in den Slums der Ballungsräume, das zum erheblichen Teil auf Zuwanderung aufgrund falscher Erwartungen zurückgeht. Eine aufblühende Landwirtschaft würde nicht nur für zusätzliche Arbeitsplätze sorgen, sondern auch für die notwendige Verbilligung des Nahrungsmittelangebots.

Die Grundbedürfnisbefriedigung und die Industrialisierungsbemühungen stellen nach Meinung Molitors keine gleichrangigen Alternativen dar: „Die erste hat Vorfahrt, die Unterstützung der letzteren kommt an zweiter Stelle in Betracht." Für eine erfolgreiche Industrialisierungsstrategie der Dritten Welt bildeten Kapital, Unternehmensgeist und jene Art von Rationalität die Grundlage, die in Kalkülen des Kosten-Ertrags-Verhältnisses denkt, also auf Rentabilitätsgrößen abstellt. Mit Geschenken der Geberländer sei es nicht getan.

Was den Kapitalbedarf anlangt, so liege der erste und wichtigste Schritt darin, die notorische Flucht des heimischen Kapitals aus den Entwicklungsländern zu verhindern. Die üblichen Devisenkontrollen seien nur ein Notbehelf. Weit wirksamer seien rechtliche Sicherheit, kommerzielle Bewegungsfreiheit und steuerliche Anreize, die langfristige Investitionen im Land rentabel erscheinen lassen. Notwendig seien überdies arbeitsintensive Produktionstechniken, die Kapital sparen und die reichlich vorhandenen Arbeitskräfte beschäftigen. Die Hilfe von außen bestehe hier wesentlich in Dienstleistungen durch Berater und im Anlernen von Arbeitskräften.

Auf dieser Basis würden dann auch für größere industrielle Objekte private Direktinvestitionen aus dem Ausland lohnend, die den quantitativ bedeutsamsten Schub im Kapital- und Technologietransfer abgeben. Die meisten Industriestaaten unterstützten solche Transfers durch Bürgschaften oder steuerpolitisch. Bei Infrastruktur-Investitionen, für die weder die Ersparnisbildung im Entwicklungsland ausreicht noch private Interessenten aus dem Ausland zu finden sind, könne die Vorfinanzierung durch Verschuldung am internationalen Kapitalmarkt erfolgen.

Die Grundbedürfnishilfe sollte prinzipiell aus Spenden finanziert werden. Die karitativen Hilfeorganisationen böten am ehesten die Sicherheit, daß die Hilfe tatsächlich den wirklich Armen zugute kommt. „Der Staat seinerseits sollte sich, dem bewährten Prinzip der Subsidiarität folgend, auf jenen Teil von Entwicklungsleistungen beschränken, die in Kooperationshilfen von Dritte-Welt-Ländern bestehen", wofür Molitor die Finanzierung über Steuern für sinnvoll hält.

STRUKTURWANDEL

„Auch bedrohte Branchen haben eine gute Chance"

HARALD POSNY, Düsseldorf

Auch bei den vom Strukturwandel bedrohten Branchen ist eine Stabilisierung von Kapitalrentabilität, Produktion und Beschäftigung auf relativ niedrigem Niveau durchaus möglich, wenn alle Anpassungsmöglichkeiten sowohl auf der Kosten- als auch auf der Erlösseite konsequent genutzt werden. Das stellt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in einer Analyse zur Restrukturierung von Stagnationsindustrien seit 1960 in der Bundesrepublik fest.

Daß diese Anpassungen in den letzten Jahren nicht mehr so konsequent erfolgten oder erfolgen konnten, stattdessen staatliche Hilfen zur Stabilisierung von Einkommen und Beschäftigung verwandt wurden, ist weniger den Unternehmen, sondern der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsschwäche, aber auch den Politikern anzulasten, die Hilfe anboten.

Der Studie zufolge haben die Bereiche Ernährung, Textil, Feinkeramik, Gießereien, Musikalien, Sportartikel, Spielwaren und Schmuck ihre Anpassungserfolge im wesentlichen einer realistischen Einschätzung der Nachfrageabschwächung zurückhaltender Preispolitik, konsequenter Produktdifferenzierung und Markterschließung im In- und Ausland, Rationalisierung der Produktionsprozesse sowie der Verlagerung der Fertigung ins kostengünstigere Ausland zu verdanken.

Dia anhaltenden Anpassungslasten einer zweiten Industriegruppe (Bergbau, Stahl, Schiffbau, Leder- und Bekleidungsgewerbe) hatten zunächst binnenwirtschaftliche Ursachen. Dazu kam später der Importdruck. Anpassungsmaßnahmen wurden erst relativ spät ergriffen. Hohe Konjunkturempfindlichkeit und häufig homogene Massenproduktion erschwerten Bemühungen um Produktdifferenzierung. Staatliche Interventionen mit dem Ziel der Einkommenssicherung und -erhaltung lähmte zudem die Neigung zur Lösung der Probleme selbst beizutragen.

Bei den Industriezweigen der dritten Gruppe mit neuen Anpassungslasten (Mineralöl, Steine/Erden, EBM-Industrie und Holz) sind Bemühungen zur Umstrukturierung unverkennbar. Die Frage, ob sie jedoch zum gewünschten Erfolg führen, hält das Institut vorerst noch für offen.

Für das RWI steht fest, daß der erforderliche Strukturwandel in der überwiegend von großbetrieblichen Produktionsstrukturen und intensiven Lieferverflechtungen geprägten Bundesrepublik nicht allein von neuen Unternehmen getragen werden kann. Um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, sei eine permanente Umstrukturierung „alter" Branchen notwendig, um dort Arbeitsplätze auf Dauer zu sichern. Zwar sei beides eine unternehmerische Aufgabe, doch habe der Staat dazu beizutragen, daß die Anpassungsprozesse erleichtert, zumindest aber nicht behindert würden.

Autokäufer gehen fremd

Von WILHELM FÜRLER, London

Gibt es so etwas wie eine Liebesaffäre eines Volkes zu Autos aus der landeseigenen Produktion? Der britische Automobilverband jedenfalls will sie etwa bei Amerikanern oder Deutschen festgestellt haben und vermißt sie schmerzlich bei den eigenen Landsleuten. Die Tatsache, daß der Anteil importierter Automobile am britischen Neuwagenmarkt seit Jahren schon an die 60 Prozent heranreicht, scheint diese Vorstellung zu untermauern.

Die Talfahrt der britischen Autoindustrie setzte in den frühen siebziger Jahren ein, als die Stop-and-Go-Politik verschiedener Regierungen, die wachsende Macht der Gewerkschaften und eine rapide Zunahme der Streiks die Investitionstätigkeit erlahmen ließen.

Erst vor etwa fünf Jahren kam es zur Wende. Doch bis dahin war die ausländische Konkurrenz längst davongefahren. Der Brite hatte Gefallen an zuverlässigeren und technisch fortschrittlicheren Autos aus deutscher, japanischer oder französischer Fertigung gefunden. Seither versucht die britische Autoindustrie unter großen Mühen, langsam wieder Anschluß zu finden.

Einiges, was erreicht wurde, läßt sich in der Tat sehen. So konnte etwa der alarmierende Produktivitätsabstand zu Japan und Kontinentaleuropa verringert und in dem einen oder anderen Werk sogar wettgemacht werden. Die Produktivität etwa beim staatlichen Hersteller Austin Rover hat sich zwischen 1979 und 1984 von fünf auf 14 Fahrzeuge je Fließband-Arbeiter fast verdreifacht.

In der gleichen Zeit hat sich die Zahl der durch Arbeitskämpfe verlorenen Arbeitstage je Beschäftigten von 6,7 auf 1,8 verringert. In der Anwendung neuester Technologien liegt die Autoindustrie deutlich vor allen anderen Industriezweigen. Sie hat nach Ermittlungen der Financial Times allein 1984 eine Milliarde Mark für den Einsatz computergesteuerter Anlagen ausgegeben.

Mit rund 1,6 Millionen Briten, deren Arbeitsplätze direkt und indirekt von der britischen Automobilindustrie abhängen, sollte diesem Wirtschaftszweig auch in Großbritannien jener Stellenwert eingeräumt werden, der ihm in den Konkurrenzländern zukommt.

Ohne Zweifel könnte die Automobilnachfrage in Großbritannien erheblich über der für dieses Jahr vorausgesagten Zulassung von knapp 1,8 Millionen neuer Pkw liegen. Denn die Automobilhaltung im Verhältnis zur Bevölkerungszahl bewegt sich in Großbritannien weit unter der etwa in Japan oder der Bundesrepublik, ja sogar noch deutlich unter dem EG-Durchschnitt.

Doch eine ungerechtfertigt hohe Besteuerung und ein jeder Beschreibung spottendes Straßennetz werden vom britischen Automobilverband zusammen mit der Politik hoher Zinsen und eines starken Pfundkurses als die eigentlichen Hemmnisse für eine gesündere Entwicklung der Autobranche angesehen.

So ist die Steuerbelastung des Autos (Autokaufsteuer, Kfz-Steuer, Mineralölsteuer) nach Verbandsberechnungen mehr als sechs Milliarden Mark pro Jahr höher als in der Bundesrepublik. Als diskriminierend wird die zehnprozentige Autosteuer beim Wagenkauf zusätzlich zur jährlichen Kfz-Steuer empfunden. Von den 40 bis 50 Milliarden Mark, die jedes Jahr aus der gesamten Kraftfahrzeugbesteuerung in die Staatskasse fließen, kommen nur rund acht Milliarden Mark dem Straßenbau zugute.

Natürlich würden von einer Verbesserung der Rahmenbedingungen in Großbritannien auch die ausländischen Hersteller profitieren. Doch der Industrie des eigenen Landes kämen sie zweifelsohne am stärksten zugute. Rückenstärkung benötigt dieser Industriezweig, der über 90 Jahre eine vitale Rolle für Großbritanniens Wirtschaftsleben gespielt hat, dringend, um bei weltweit wachsenden Überkapazitäten und sich weiter verschärfendem Wettbewerb zu überleben.

Wie hart dieser Überlebenskampf geworden ist, zeigt die jetzt bei Austin Rover getroffene Entscheidung, die Produktion bis auf weiteres um zehn Prozent zu drosseln. Nur so können die riesigen Auto-Vorräte abgebaut werden. Kurzarbeit ist sehr wahrscheinlich, und Entlassungen im Longbridge-Werk sind nicht auszuschließen. Die wachsenden Austin-Rover-Halden spiegeln exakt die Probleme der britischen Autoindustrie. Drastische Produktivitätsverbesserungen – doch die Käufer bleiben aus.

AUF EIN WORT



„Zur Sicherung der Leistungsfähigkeit muß die Unternehmensleitung nicht nur Anlage- und Umlaufvermögen periodisch inventarisieren und Märkte und Wettbewerber analysieren, sondern auch – und vor allem – eine Inventur der eigenen Führungsmannschaft durchführen."

Jochen Kienbaum, Geschäftsführer der Kienbaum Personalberatung GmbH, Gummersbach. FOTO: DIE WELT

Agrarexport stieg um fünf Prozent

dpa/VWD, Bonn

Der deutsche Agrarexport ist in den ersten sechs Monaten 1985 gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um 5,1 Prozent auf 12,3 Mrd. DM gestiegen. Wie die Centrale Marketinggesellschaft (CMA) der deutschen Agrarwirtschaft mitteilte, ist der Zuwachs vor allem auf höhere Milchexporte zurückzuführen, die allein um 18 Prozent auf über 1,5 Mrd. DM stiegen. Ebenfalls um 18 Prozent nahm der Bierexport auf 346 Mill. DM zu. Die Käseexporte erreichten einen Wert von 886 Mill. DM (plus 3,7 Prozent). Zwei Drittel der deutschen Agrarexporte gehen in die EG-Partnerländer.

WOHNUNGSPOLITIK

Schneider: Bauwillige sollten Entscheidung jetzt treffen

hg. Bonn

„Günstig wie nie zuvor" sind nach Ansicht von Bundesbauminister Schneider die Voraussetzungen für den Bau oder den Erwerb von Wohneigentum. Jeder, der jetzt noch mit einem möglichen Bau- oder Kaufentscheid warte, sei schlecht beraten. Dies gelte trotz der ab 1987 wirksam werdenden Verbesserung der steuerlichen Förderung der Eigentumsbildung im Wohnungsbau, denn steigende Kosten könnten deren Auswirkungen schnell aufzehren, betonte der Minister in Bonn.

Schneider erwartet „Traumkonditionen" für Hypothekenkredite, „sofern die Banken ihren Zinssenkungsspielraum nutzen". Außerdem seien erstmals seit 25 Jahren die Grundstückspreise für Ein- und Zweifamilienhäuser nicht mehr gestiegen. Ähnlich sei die Entwicklung bei den Baupreisen, „die inzwischen eine absolute Stagnation erreicht haben".

Der Minister empfahl vor allem denjenigen, die ein Zweifamilienhaus planten, ihre Entscheidung jetzt zu treffen: Es müsse bis Ende 1986 fertiggestellt sein, wenn der Eigentümer noch die besonders günstigen steuerlichen Absetzungsmöglichkeiten dafür in Anspruch nehmen wolle. Doch auch der Bauherr eines Einfamilienhauses könne bis Ende 1986 nicht eine „Zusatzprämie" in Anspruch nehmen, weil bis dahin noch die Möglichkeit des begrenzten Schuldzinsenabzugs von 10 000 Mark in den ersten drei Jahren nach dem Bau bestehe. Dies bringe dem Bauherren in den schwierigen ersten Jahren nach dem Bau vielfach eine höhere steuerliche Entlastung als das neue Förderkonzept.

SELBSTÄNDIGE

Kleinbetriebe sind mit der Bonner Politik unzufrieden

PETER JENTSCH, Bonn

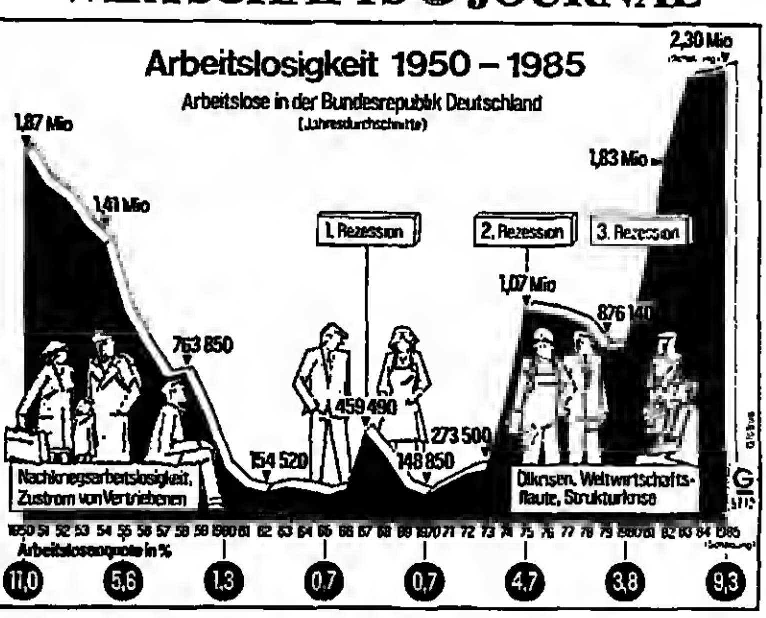
„Die wirtschaftspolitische Wende hat nach Darstellung des Europaverbandes der Selbständigen (BVD) für Kleinbetriebe aus Handel, Handwerk und Industrie „nicht stattgefunden". Nach einer Umfrage „zur wirtschaftspolitischen Situation nach dem Regierungswechsel" unter 2320 Mitgliedsfirmen des Verbandes (bis 20 Beschäftigte) hat sich für 76 Prozent der befragten Betriebe keine wirtschaftliche Verbesserung ergeben, 37,5 Prozent sind gar der Meinung, daß sich ihre „Situation verschlechtert" habe.

Die negative Einschätzung dieser Lage wird erhärtet durch die Beantwortung der Frage nach der Umsatzentwicklung. 34 Prozent der Befragten klagten über fallende Umsätze seit dem Regierungswechsel, bei 40,6 Prozent waren die Umsätze gleichbleibend und nur 22,7 Prozent der Betriebe meldeten steigende Umsätze. Auffallend sind allerdings die Umsatzsteigerungen von Dienstleistungs-Kleinbetrieben (plus 32 Prozent) und Unternehmen der Kleinindustrie (plus 59 Prozent). Dagegen erlitten Mischbetriebe von Handel und Handwerk (Bäckereien, Metzgereien) Umsatzeinbußen von 45 Prozent.

Mit großer Sorge betrachtet der BVD die Expansion von Verbrauchermärkten und Einkaufscentern. 79 Prozent des Handels und des Handwerks fühlen sich durch diese Entwicklung und die aggressive Preispolitik in ihrer Existenz „bedroht".

Die Umfrage zeigte auch, daß die Bereitschaft von Kleinbetrieben, Ausbildungsplätze bereitzustellen, größer wäre, wenn die Ausbildungsverordnung erleichtert würde (49 Prozent) und die Vergütungen nicht so hoch wären (50 Prozent).

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Seit 1983 liegt die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik über 2,3 Millionen. Selbst in den Anfangsjahren der Bundesrepublik war die Erwerbslosigkeit nicht größer als heute. Der steile Anstieg der Arbeitslosenkurve begann mit der Ölkrise, der Weltrezession und der Wirtschaftsflaute in der Bundesrepublik in den Jahren 1973/74. Einen neuen Schub brachte die dritte Rezession in der Bundesrepublik in den Jahren 1981/82. QUELLE: GLOBUS

Protest gegen Schließung der Esso-Raffinerie

Hamburg (dpa/VWD) – Gegen die mögliche Schließung der Esso-Raffinerie in Hamburg-Harburg haben am Montag rund 250 Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschafter vor der deutschen Zentrale der Mineralölgesellschaft protestiert. Zur gleichen Zeit beschäftigte sich der Aufsichtsrat in einer außerordentlichen Sitzung mit der ebenfalls am Montag gefällten Entscheidung des Vorstandes über die Zukunft der Raffinerie. Mit dem Hinweis auf das Betriebsverfassungsgesetz wollte sich Esso am Montag noch nicht zum Inhalt des Beschlusses äußern. Von der Schließung des Harburger Werks wären rund 450 Arbeitsplätze sowie weitere Stellen in den anhängigen Zulieferfirmen betroffen. Der Betriebsratsvorsitzende der Harburger Raffinerie, Rüdiger Heerlein, sagte nach einem Treffen mit dem Vorstandsvorsitzenden der Esso AG, Wolfgang Oehme, das Gespräch habe ihm „keine Hoffnung" gemacht. Auch andere Betriebsräte zeigten sich überwiegend überzeugt, daß die Entscheidung gegen das Harburger Werk bereits gefallen sei.

Mehr Bahnreisen

Bonn (DW.) – Mit der Bundesbahn fuhren von Januar bis Ende Juli 36 356 Millionen Fahrgäste im Fernverkehr. Das sind 8,7 Prozent mehr als in den ersten sieben Monaten 1984, auf die erste Klasse entfiel ein Zuwachs von 9,7 und auf die zweite Klasse von 8,6 Prozent. Im Intercity-Verkehr gab es die größten Zuwächse: In der zweiten Klasse betrug das Plus 16,2 Prozent bei insgesamt 10,9 Millionen Reisenden, in der ersten Klasse 13,1 Prozent bei 2,55 Millionen Fahrgästen.

Argentinien zahlte

New York (AFP) – Argentinien hat Ende vergangener Woche einen Teil des im Juni von zwölf Ländern gewährten Zwischenkredits von 480 Mill. Dollar zurückgezahlt. Es zahlte ferner 80 Mill. Dollar Zinsen, die bereits zwischen dem 28. Februar und 15. März fällig geworden waren. Dies wurde aus argentinischen Finanzkreisen in New York bekannt. Diese Zahlungen erfolgten, nachdem Argentinien am 15. August vom Internationalen Währungsfonds im Rahmen eines Standby-Kredits eine Tranche von 236,5 Mill. Sonderziehungsrechten erhalten hatte. Argentinien wird am 27. August mit den Gläubigerbanken ein Abkommen unterzeichnen, mit dem rund zehn Milliarden Dollar öffentliche Verbindlichkeiten umgeschuldet und neue Kredite von 4,2 Mrd. Dollar gewährt werden.

Elfenbeinküste schuldet um

Abidjan (AFP) – Die Elfenbeinküste hat sich mit ihren Gläubigern über eine Umschuldung von 203 Mrd. Franc-CFA (100 FCFA = 0,65 Mark) geeinigt, teilte Staatsminister Maurice Seri Gnoleba nach Abschluß von Verhandlungen mit Gläubigerstaaten mit. Nach Angaben Gnolebas wurden 86 Milliarden Franc vom „Pariser Klub" (westliche Gläubigerstaaten), 97 Mrd. vom „Londoner Klub" (Privatbanken) und 20 Mrd. von Betrieben der Elfenbeinküste umgeschuldet.

Hypothekenzinsen gesenkt

Bonn (DW.) – Die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank (DG Hyp), Hamburg, – Hypothekenbank der Volksbanken und Raiffeisenbanken – hat in Anpassung an die Kapitalmarktentwicklung erneut die Konditionen für Hypothekendarlehen verbessert. Ab sofort kosten Darlehen mit 100 Prozent Auszahlung bei einer Zinsfestschreibung für drei Jahre 6,95 Prozent p. a., für fünf Jahre 7 Prozent p. a., für zehn Jahre 7,5 Prozent p. a. und für 15 Jahre 7,8 Prozent p. a. Dies entspricht einer Verbesserung von bis zu 0,3 Prozentpunkten gegenüber den bisher gültigen Zinssätzen.

China bremst Einfuhr

Peking (AFP) – China wird die „übertriebene" Einfuhr ausländischer Technologie einschränken, nachdem diese im ersten Halbjahr 1985 2,05 Mrd. Dollar gegen nur 339 Mill. Dollar in der Vergleichsperiode des vergangenen Jahres erreichte. Wie die amtliche Nachrichtenagentur Neues China unter Berufung auf Angaben des Ministeriums für Außenhandel berichtete, sollen diese Einfuhren in Zukunft vorher eingehender geprüft und besser koordiniert werden.

FRANKFURTER MESSE

Aussteller aus dem Ausland zeigen großes Interesse

adh. Frankfurt

Zum 75. Mal nach Kriegsende startet am kommenden Samstag die Internationale Frankfurter Messe (24. bis 28. August), die im Oktober 1948 als erste deutsche D-Mark-Messe nach dem Kriege wiederbegonnen hatte. Anlaß für eine Retrospektive über 75 Jahre für die Messegesellschaft. Diese Ausstellung ist auch für das Publikum geöffnet.

Auf dem nach Abschluß der Neugliederung erweiterten Messegelände bieten 3512 Aussteller und damit wiederum mehr als zur letzten Herbstmesse ihre Neuheiten aus dem Bereich der Konsumgüterindustrie. Mit dabei sind auch noch sechs Aussteller, die bereits bei der ersten Messe 1948 antraten. Erwartet werden wieder mehr als 70 000 Fachbesucher, wobei das Ausland ein Übergewicht hat. Auch die diesjährige Herbstmesse bekräftigt, so die Messegesellschaft, das zunehmende Interesse des Auslands.

Offengeblieben sind wohl noch einige Platzwünsche von neuen Ausstellern. Voll untergebracht hat aber die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn, die von ihr betreuten gut 150 Aussteller aus der Dritten Welt, die die Frankfurter Messen mit Unterstützung der Bundesregierung nutzen, Kontakte zu knüpfen und diese zum Ausbau langfristiger Geschäftsbeziehungen einzusetzen. Größtes Gewicht haben auf der Herbstmesse traditionell die Aussteller aus den Bereichen Kunsthandwerk und Kunstgewerbe, für die die Messe entscheidende Impulse für das Weihnachtsgeschäft gibt. Das gilt vor allem auch für Aussteller auf der parallel laufenden Offenbacher Lederwarenmesse.

US-BANKEN / Business Week veröffentlicht Liste der 200 größten Geldinstitute

BankAmerica verliert Spitzenstellung

dpa/VWD, New York

Die BankAmerica Corp., San Francisco, droht ihren Spitzenplatz in der US-Bankenhierarchie einzubüßen. Wie aus der jüngsten Liste der 200 größten amerikanischen Banken für 1984 hervorgeht, die das US-Wirtschaftsmagazin „Business Week" jedes Jahr zusammenstellt, weist das Institut zwar nach wie vor die höchsten Einlagen aus, gemessen an den Aktiva ist die zweitgrößte US-Bank Citicorp der kalifornischen Bank jedoch bereits um mehrere Nasenlängen voraus.

Für das vergangene Jahr weist die New Yorker Citicorp einen Aktivbestand von 150,59 Milliarden Dollar (rund 430 Mrd. DM) auf, das Anlagevermögen der BankAmerica hingegen ist auf 117,68 Milliarden Dollar geschrumpft. An dritter Stelle rangiert mit 86,88 Milliarden Dollar die Chase Manhattan Corporation. Die Einlagen der BankAmerica beliefen sich Ende 1984 auf 94,05 Milliarden Dollar, die Citicorp weist 90,35 Milliarden Dollar und die Chase 59,68 Milliarden Dollar aus.

Im internationalen Vergleich verfügt das größte Geldinstitut der Bundesrepublik, die Deutsche Bank, über Aktiva in Höhe von 76,62 Milliarden Dollar und die größte japanische Bank Dai-Ichi Kangyo über 125,46 Milliarden Dollar.

Die derzeit geschwächte Position der BankAmerica führen Bankenexperten auf eine unvorsichtige Geschäftspolitik zurück. Das Institut habe sich im vergangenen Jahrzehnt durch leichtfertige Ausleihungen an kalifornische Immobilienspekulanten, Ölsucher und an Länder der Dritten Welt erhebliche Kreditrisiken aufgehalst. Als der Immobilienmarkt zusammenbrach, der Ölpreis in den Keller fiel und Drittländer mit dem Schuldendienst auf in Anspruch genommene Kredite säumig wurden, kam die Bank in finanzielle Nöte. Als eine der ersten Maßnahmen verkaufte sie ihr Hauptverwaltungsgebäude in San Francisco, in dem sie jetzt Mieter ist.

Vergangene Woche mußte die BankAmerica die Konsequenz aus ihrer leichtfertigen Geschäftspolitik und ihrer übertriebenen Expansion ziehen: Zum ersten Mal innerhalb der vergangenen 50 Jahre kürzte sie ihre Dividende um fast die Hälfte auf 20 Cent je Aktie.

Dieser Schritt war notwendig geworden, nachdem die Bank für das zweite Quartal 1985 einen Verlust von 338 Millionen Dollar ausgewiesen hatte. Mit der Dividendenkürzung spart das Institut mehr als 109 Millionen Dollar im Jahr ein.

Faule Kredite machten auch Citicorp zu schaffen, doch Verluste im Kreditportefeuille konnten durch hohe Zinsüberschüsse wettgemacht werden.

ENERGIEPOLITIK / Paris überprüft Kernkraftprogramm

Anlaß ist der Ölpreisverfall

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung will unmittelbar nach den Sommerferien die Energiepolitik einschließlich ihres ehrgeizigen Kernenergieprogramms überprüfen. Anlaß dafür ist die Verbilligung des Mineralöls. Bereits von April bis Juli waren die Ölimportpreise um 14 Prozent zurückgegangen. Dadurch wurden immerhin sieben Mrd. Franc oder ein Drittel des Jahresdefizits der Handelsbilanz an Devisen eingespart. Seitdem ist der Ölpreis – auch infolge der jüngsten Dollarbaisse – weiter gefallen.

Der Verbraucher hat davon bisher allerdings noch nicht viel gemerkt. Denn die Regierung erhöhte entsprechend die Ölproduktensteuer. Unter dem Vorwand des Energiesparens nutzte sie die Gelegenheit, die Staatskasse zu füllen. So wagten es kürzlich selbst die staatlichen Ölkonzerne, ganzseitige Zeitungsanzeigen mit dem Wortspiel zu veröffentlichen: „Die Baisse an der Pumpe pumpt die Steuer weg."

Inzwischen aber bedenkt man auch die Vorteile sinkender Ölproduktenpreise für den Lebenshaltungskostenindex und für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. So wurde Anfang letzter Woche erstmals der behördlich reglementierte Heizölpreis deutlich (um 10 Franc je Hektoliter) gesenkt. Auch die freigegebenen Benzinpreise sind inzwischen selbst auf den Autobahnen ins Rutschen gekommen. Immerhin aber erreicht der Steueranteil am Benzin immer noch 61 Prozent gegenüber erst 52 Prozent Anfang 1983.

Andererseits will die Regierung die staatlichen Energiesparsubventionen kürzen. Die für diesen Zweck eingerichtete Staatsagentur soll im nächsten Jahr zur Förderung der Wohnungsisolierungen und des rationelleren Heizens zwei Drittel weniger Mittel bereitstellen als in diesem Jahr.

Auch ist inzwischen der Grundsatz ins Wanken geraten, wonach der Strompreis um mindestens einen Prozentpunkt hinter der Inflationsrate zurückbleiben soll, während die Ölproduktenpreise um mindestens zwei Prozent stärker steigen müssen. Denn bis 1988 sollen die staatlichen Elektrizitätswerke den privaten Haushalten progressive Winterzuschläge berechnen, was gegenüber den derzeitigen Einheitstarifen eine wesentliche Verteuerung bedeutet.

Das französische Kernenergieprogramm wird dadurch allerdings noch nicht in Frage gestellt. Denn der Kostenvorteil der gerade hier in großen Serien gebauten Atomkraftwerke ist gegenüber den thermischen Zentralen immer noch beträchtlich. Allerdings gibt es wegen der außerordentlich hohen Verschuldung der Electricité des France finanzielle Grenzen. Aus diesem Grunde waren schon im letzten Jahr einige Abstriche von den Auftragsermächtigungen für neue Atomkraftwerke gemacht worden.

ÖSTERREICH / Finanzminister rechnet mit weiterem Anstieg der Staatsverschuldung

Tilgungen blähen das Budgetdefizit auf

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Einen weiterhin ungebremsten Anstieg der Staatsverschuldung dokumentiert der von Finanzminister Franz Vranitzky jetzt veröffentlichte Staatsschuldenbericht der Republik Österreich. Ende 1984 erreichte der Schuldenstand des Staates nach einer Zunahme um 13 Prozent 469,8 Mrd. Schilling (65,8 Mrd. DM). Bis zur Jahresmitte 1985 hat sich dieser Wert um weitere zehn Prozent erhöht. Inklusive der Schulden von Ländern und Gemeinden sowie der aus dem Budget ausgegliederten Sondergesellschaften des Bundes – für Autobahnbauten und die Wiener UNO-City – erhöhte sich der Schuldenstand um rund zehn Prozent auf 657 Mrd. Schilling.

Seit 1980 sind die Schulden um 65 Prozent, seit 1970 auf das Achteinhalbfache gestiegen. In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) stieg die Verschuldung des Bundes seit 1980 von 26 auf 36 Prozent.

Besonders ins Gewicht fällt der rasche Anstieg der Schuldendienstquote von 3,6 Prozent 1980 auf heute 5,4 Prozent des BIP. 1980 mußten erst 25 Prozent der Nettoeinnahmen des Bundes dafür aufgewendet werden; dieses Jahr werden es bereits 36 Prozent sein. Allein der jährliche Zinsendienst erhöhte sich 1980 von 17 auf 39 Mrd. Schilling oder 19 Prozent der Nettoeinnahmen.

Aufgrund der guten Liquidität im Inland erhöhte der Finanzminister im Vorjahr den Anteil der Inlandsfinanzierung von 70 auf 75 Prozent. Durch vorzeitige Tilgungen, Umschuldung sowie Kursgewinne reduzierte sich die Fremdwährungsverschuldung (erstmals seit 1973) um 5,3 Prozent. Allerdings mußte wegen des unergiebigen Kapitalmarktes im Inland in erster Linie auf Banken- und Versicherungsdarlehen zurückgegriffen werden.

Im internationalen Vergleich nimmt sich die Verschuldung der Republik Österreich mit 62 200 Schilling je Kopf der Bevölkerung zwar nicht schlecht aus, doch sind nur Vergleichswerte von Ländern wirklich aussagekräftig, deren Schulden ebenfalls duch den Zweiten Weltkrieg gelöscht oder kräftig reduziert wurden. Der Vergleichswert der Bundesrepublik liegt jedenfalls bei 42 900 Schilling, jener der Schweiz bei 36 500 und jener Japans bei 107 000 Schilling.

Finanzminister Vranitzky läßt derzeit keinen Zweifel daran, daß die von der Gewerkschaft geforderte Steuertarifanpassung erst im Wahljahr 1987 Realität werden könne. Bis dahin müsse die Budgetkonsolidierung Vorrang haben. Vor allem während der nächsten beiden Jahre wird das Budgetdefizit infolge zusätzlich anfallender Tilgungen für früher eingegangene Schulden sprunghaft ansteigen.

Vranitzky errechnet nach 98 Mrd. Schilling brutto 1984 im nächsten Jahr mit rund 130 Mrd. Schilling Defizit, wenn nicht einschneidende Sparmaßnahmen eingeleitet würden. Das Nettodefizit (exklusive der Tilgungen) will der Finanzminister jedenfalls bei rund fünf Prozent des BIP (nach 4,4 Prozent 1985) halten. Werte darunter sind nicht zu erreichen. Allein das Hinausschieben der Tarifanpassung erspart dem Bund zwölf Budgetmilliarden.

FRANKREICH / Zweitgrößte Getreideernte erwartet

Verbesserte Exportchancen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Verbesserung der französischen Handelsbilanz war in letzter Zeit vor allem dem Getreideexport zu verdanken. Die in diesem Agrarbereich erzielten Ausfuhrüberschüsse hatten sich, wie jetzt bekannt wird, im ersten Halbjahr 1985 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 31 Prozent auf 17,8 Mrd. Franc erhöht. Demgegenüber schrumpfte das Defizit im gesamten Außenhandel um zehn Prozent auf 18,2 Mrd. Franc. Frankreich hat damit seine Position als zweitgrößter Getreideexporteur der Welt (nach den USA) bestätigt.

Allerdings war die letzte französische Getreideernte besonders gut ausgefallen. Mit 54,4 Mill. Tonnen erreichte sie 1984 einen absoluten Rekord.

Die diesjährige Ernte wird nach jüngsten Schätzungen auf 49 Mill. Tonnen veranschlagt. Das wäre aber immer noch das zweitbeste Ergebnis, insbesondere für den Weichweizen, dessen Ertrag auf 28,4 (32,6) Mill. Tonnen geschätzt wird, und zwar bei exzellenten Hektarerträgen von bis zu 80 Doppelzentnern.

Außerdem dürften sich die französischen Exportchancen wegen der im Rahmen der EG beschlossenen Getreidepreisreduktion verbessern. Sie können dank der guten Ernte und der hohen Rentabilität der französischen Großbetriebe besser verkraftet werden als etwa in der Bundesrepublik Deutschland.

In anderen Agrarbereichen sind die Produktions- und Exportaussichten allerdings weniger günstig. Vor allem der Wein, der im ersten Halbjahr einen Ausfuhrüberschuß von 9,4 Mrd. Franc (plus 14,5 Prozent) erbrachte, hatte unter dem starken Frost des letzten Winters und der verregneten Blütezeit zu leiden.

Die Bundesrepublik rückte im ersten Halbjahr 1985 wieder an den ersten Platz der französischen Auslandskunden (vor Italien) des landwirtschaftlichen Sektors mit Bezügen von elf Milliarden Franc. Der gesamte französische Deutschlandexport betrug 65,6 Mrd. Franc. Bei Importen von 79,4 Mrd. Franc verblieb ein französischer Passivsaldo von 13,8 Mrd. Franc.

UdSSR / Transportprobleme beeinträchtigen Produktion

Holzindustrie stark betroffen

AFP, Moskau

Weil die sowjetischen Eisenbahnen nicht in der Lage sind, ausreichend Güterwagen zur Verfügung zu stellen, ist nach den Angaben des Zentralorgans der KPdSU „Prawda" die Produktion in zahlreichen sowjetischen Industriebereichen, wie etwa der Holzindustrie, stark gestört, da die hergestellten Produkte nicht ausgeliefert werden können. So sind in der Region von Archangelsk im Norden der UdSSR die Lager der Holzindustrie völlig überfüllt, während die Möbelindustrie dringend Holz benötigt. In der Moldau-Region verfaulen Früchte, weil Verpackungsmaterial fehlt.

Nach Angaben des Zentralorgans der Kommunistischen Partei der UdSSR wurden seit Jahresbeginn 40 000 leere Güterwagen weniger in die Region von Archangelsk transportiert als vorgesehen. Die hier gestapelten Vorräte von Bauholz nahmen damit inzwischen auf über eine Million Kubikmeter zu. Auch die Papierindustrie wird von den ungenügenden Transportleistungen der Staatsbahnen hart betroffen. So mußte im Papierkombinat von Archangelsk seit Januar wiederholt die Arbeit unterbrochen werden, nachdem „ganze Berge" von Kartonpapier seit dem vergangenen Winter vergeblich auf den Abtransport warten und verfaulen. Die Prawda kritisiert in diesem Zusammenhang heftig Eisenbahnminister Nikolei Konarew, weil dieser weiterhin versichere, alle Bedingungen für einen normalen Gütertransport seien vorhanden.

Härtere Konditionen für Pakistan

VWD, Washington

Die Weltbank bestehe gegenüber Pakistan auf härteren Kreditkonditionen als bisher, teilte ein pakistanischer Regierungsvertreter mit. Pakistan hat für das laufende Finanzjahr bei der Weltbank um einen Gesamtkredit über 800 (670) Mill. Dollar nachgesucht. Im Juli hatte eine hochrangige Delegation Pakistans mit der Weltbank über einen 300-Mill.-Dollar-Kredit für die Industrie und die Landwirtschaft verhandelt.

Dem Regierungsvertreter zufolge soll die Weltbank ihren pakistanischen Gesprächspartnern ihre Zurückhaltung angesichts der Verwendungsweise von früheren Krediten für Agrarprojekte deutlich gemacht haben. Mit dem Einsatz ihrer Kreditmittel in der Industrie sei sie aber offensichtlich zufrieden.

EG-MITTELMEERPOLITIK / Globalkonzept fehlt

Serie von Einzelabkommen

AP, Brüssel

Der Argwohn, mit dem die südlichen Mittelmeerländer die siebenjährigen Erweiterungsverhandlungen der EG mit Spanien und Portugal verfolgt haben, ist mit dem vollzogenen Beitrittsbeschluß nicht beseitigt. Die nicht zur EG gehörenden Staaten im Mittelmeerraum haben Grund, um ihre Exporte in die Gemeinschaft zu fürchten.

Einer der zahlreichen Schauplätze des „kalten Handelskrieges" zwischen der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten ist der Agrarbereich. Als in letzter Zeit die Vereinigten Staaten Algerien und Ägypten Angebote zum Kauf von stark subventioniertem amerikanischen Getreide machten, wurde deutlich, daß die Zeit gegenseitiger Rücksichtnahme auf dem Weltmarkt vorüber ist. Denn die zwei nordafrikanischen Länder gehören aus europäischer Sicht zur traditionellen Handelssphäre der EG. Wie Marokko, Tunesien, Israel, Jordanien, Libanon, Syrien, Zypern und Malta sind sie in besonderer Weise mit der EG verbunden.

Grundlage für die besonderen Beziehungen ist ein Beschluß der Staats- und Regierungschefs von 1972, eine „wirksame globale Politik" gegenüber den Drittländern im Mittelmeerraum zu verwirklichen. 13 Jahre später gestehen Gemeinschaftsexperten allerdings ein, daß die politischen und wirtschaftlichen Hindernisse unterschätzt wurden.

Die „globale" Mittelmeerpolitik der EG gibt es kaum, dafür aber eine Serie von Einzelabkommen, die den zehn Staaten einen im Vergleich mit anderen Ländern privilegierten Zugang zum Gemeinschaftsmarkt garantieren. Dabei handelt es sich um landwirtschaftliche Produkte wie Frühkartoffeln, Tomaten, Orangen, getrocknete Trauben, Mandeln und Olivenöl. Bei vielen dieser Produkte erreicht die Gemeinschaft nach ihrer Süderweiterung den Selbstversorgungsgrad.

Damit aber drohen nicht nur den betroffenen Staaten ein für sie in Teilbereichen existentieller Exportverlust und der Zusammenbruch der gerade erst in Ansätzen existierenden EG-Mittelmeerpolitik. Die Gemeinschaft selbst muß um Märkte fürchten. Denn die Privilegien der südlichen Mittelmeerländer wurden größtenteils durch das Zugeständnis erkauft, daß EG-Produkte einen bevorzugten Zugang zu diesen Europa unmittelbar benachbarten Märkten erhalten.

In der Praxis erwirtschaftet die Gemeinschaft gegenüber diesen Ländern einen – nach einer EG-Dokumentation aus dem Jahre 1983 – „besorgniserregenden" Handelsbilanzüberschuß. Er liegt heute bei acht Milliarden Europäischen Währungseinheiten (Ecu: 2,25 Mark). Die südlichen Mittelmeerländer nehmen heute zehn Prozent des EG-Exports auf.

Vor diesem Hintergrund spielte sich auch der jüngste Konflikt zwischen der EG und den Vereinigten Staaten ab, deren Zitrusfrucht-Produzenten sich vom europäischen Markt zunehmend verdrängt glauben.

Die Gemeinschaft argumentierte vorwiegend mit dem Hinweis auf die entwicklungspolitische Bedeutung der den Mittelmeerstaaten eingeräumten Vorteile. Immerhin wickelten diese Staaten zwischen 40 und 60 Prozent ihres Gesamtexports mit der Gemeinschaft ab, die damit einen stabilisierenden Effekt auf die Wirtschaft dieser Länder ausübe.

Im Herbst wird die EG-Kommission in Verhandlungen mit den betroffenen Staaten versuchen, die Mittelmeerpolitik am Leben zu erhalten. Nach Angaben des zuständigen Kommissars Claude Cheysson soll angestrebt werden, den Zugang der wichtigsten Mittelmeerprodukte auf dem durchschnittlichen Niveau der letzten vier Jahre zu halten.

NIGERIA / Schwierigkeiten mit Barter-Geschäften

Importe deutlich geschrumpft

WILHELM FURLER, London

Nigerias jüngste Tauschhandelspolitik ist in Schwierigkeiten geraten. Der Grund hierfür ist der Preisverfall an den Ölmärkten für nigerianisches Rohöl. Damit geraten einige der Barter-Abkommen Öl gegen andere Waren, die Nigeria mit Ländern wie Brasilien, Frankreich, Italien oder Österreich geschlossen hat, in Verzug oder gar in Gefahr, ganz aufgehoben zu werden.

Die Barter-Politik (in diesem Fall Importe nur gegen die Lieferung von Öl) ist im vergangenen Jahr von Staatschef Buhari eingeführt worden, um der hohen Auslandsverschuldung Nigerias Herr zu werden. Allein die überfälligen Schulden werden von Offiziellen in Lagos auf fast zwölf Milliarden Mark beziffert. Durch die Tauschhandelspolitik werden die Importe drastisch reduziert. Entsprechend ist das nigerianische Import-Budget für dieses Jahr auf magere 9,8 Milliarden Mark festgesetzt worden; das ist nicht einmal die Hälfte des Importvolumens vom vergangenen Jahr und gerade ein Viertel der Importe im Jahre 1982, als sie mit fast 38 Milliarden Mark ihren bisherigen Höchststand erreichten.

Nach Angaben der Financial Times ist von den zahlreichen Tauschhandelsabkommen Öl gegen Nahrungsmittel, Rohstoffe, Investitionsgüter und Autoteile zum Zusammenbau, die im vergangenen Jahr zwischen Lagos und einigen Ländern abgeschlossen wurden und deren Handelswert bei insgesamt fast 5,6 Mrd. DM liegen dürfte, bislang nur ein einziges tatsächlich in den Abwicklungsprozeß eingetreten.

Alle anderen Barter-Abkommen, die alle vor dem Preisverfall für Rohöl an den Spotmärkten abgeschlossen worden waren, haben sich entweder in ihrer Abwicklung verzögert oder sind ganz aufgehoben worden.

ITALIEN / Das Bahnsystem wird modernisiert – Seit Juni gibt es Intercity-Züge

Koordinierung des Schienenverkehrs

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Italien ist gegenwärtig dabei, sein Schienensystem von Grund auf zu modernisieren. Im Juni wurde in Norditalien erstmals der Intercity-Verkehr eingeführt. Weitere Verbesserungen sind geplant. Grundlage dafür ist der Modernisierungsplan der Staatsbahnen, der Anfang Februar 1981 vom Parlament verabschiedet wurde, sowie die institutionelle Reform der Staatsbahnen.

Es wurde ein Gesetz geschaffen, mit dem die Verwaltung der Staatsbahnen aus dem Verkehrsministerium gelöst und in ein selbständiges öffentliches Unternehmen umgewandelt werden wird.

Im Rahmen des Investitionsplans wurden den Staatsbahnen für die Modernisierung des rollenden Materials und der Infrastruktur 18 500 Milliarden Lire (rund 27 Mrd. DM) zur Verfügung gestellt. Weitere 6000 bis 7000 Milliarden Lire sind für den Auf- und Ausbau des U-Bahnnetzes vorgesehen.

Mittelpunkt des Modernisierungsplanes ist die Umstrukturierung der fünf Haupt-Verkehrsknotenpunkte Turin, Mailand, Genua, Rom und Neapel. Ziel ist die Koordinierung des Schienenverkehrs zwischen S-Bahnen, U-Bahnen und Staatsbahnen nach bundesdeutschem Vorbild.

Am weitesten gediehen ist die Koordinierung bereits in Mailand, dem Hauptverkehrszentrum Norditaliens, wo das seit 1964 bestehende U-Bahnnetz gegenwärtig erweitert wird und ein S-Bahnnetz im Aufbau ist, das die ganze Region Lombardei erfassen soll. Unter anderem werden in Mailand die Flughäfen Malpensa und Linate an das S- und U-Bahnnetz angeschlossen.

Ein ähnliches Verkehrssystem mit dem Anschluß des Flughafens Fiumicino an das U-Bahnnetz ist in Rom im Aufbau. Eine Erweiterung des seit 1976 bestehenden U-Bahnnetzes ist in Neapel im Gange. U-Bahnen erst in der Planung befinden sich dagegen in Turin und Genua.

Die Staatsbahnen wollen in den nächsten Jahren ihre Durchschnitts-Geschwindigkeiten erhöhen. Gegenwärtig haben die italienischen Expreßzüge eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 70 Kilometer je Stunde, gegenüber 90 Kilometer je Stunde der D-Züge vor zehn Jahren. Damit soll nicht nur der Anteil am Personen-, sondern auch am Güterverkehr wieder erweitert werden.

Im Jahre 1984 war die Schiene am inneritalienischen Güterverkehr nur noch mit neun Prozent beteiligt, gegenüber 17 Prozent im Jahre 1970. Der Anteil der Schiene am Personenverkehr belief sich auf 16 Prozent. Davon entfiel der größte Teil, 55 Prozent, auf den Berufsverkehr.

VEBA. Faszinierende Kapitel deutscher Wirtschaftsgeschichte.

Super für Deutschland.

Über Kraftstoffversorgung.



Der erste, echte Super-Kraftstoff der Welt kam 1924 auf den deutschen Markt. Der Markenname dieses überlegenen Kraftstoffs: „BV ARAL". Das Kürzel BV stand für „Benzol-Verband" und gab einen Hinweis darauf, daß für diesen Kraftstoff nicht allein Benzin Verwendung fand. Zu 60 Teilen Benzin kamen 40 Teile Benzol – ein Nebenprodukt, das bei der Verkokung von Kohle anfiel. Aber nicht nur der erste Super-Kraftstoff, auch das erste bleifreie Benzin floß 1955 aus blau-weißen ARAL-Zapfsäulen.

Die Verbindung mit der Kohle bestimmte viele Jahrzehnte die ARAL-Geschichte. Kurz bevor Daimler und Maybach das erste „moderne Automobil" mit dem Namen „Mercedes" der Öffentlichkeit präsentierten, wurden 1898 die Weichen für die Geburt der heutigen ARAL AG gestellt. Dahinter stand der Gedanke, neue Absatzmöglichkeiten für Benzol zu finden.

Bis zum Ende des zweiten Weltkrieges wurde Benzol und später das Benzin aus der Hydrierung von Braun- und Steinkohle zum Betrieb von Motoren verwendet.

Schon als 1936 in Scholven das erste Benzin aus Steinkohle entstand, lieferte das Hydrierwerk seine Produkte an ARAL. Aus dem Hydrierwerk ist die heutige VEBA OEL entstanden; sie ist mit 56% größter Aktionär der ARAL und vertreibt ihre Benzin- und Diesel-Produkte nach wie vor über diese Gesellschaft.

Und noch zu einem anderen VEBA-Unternehmen bestehen enge Beziehungen. RAAB KARCHER, eine Tochtergesellschaft von VEBA OEL, ist Hauptspediteur von ARAL und wartet etwa 80% aller ARAL-Tankstellen in der Bundesrepublik Deutschland. ARAL besitzt das größte Tankstellen- und Servicenetz in der Bundesrepublik und ist eine nationale Marke von großer Bedeutung. Darüber hinaus ist ARAL auch in benachbarten Ländern der Bundesrepublik vertreten.

VEBA Heute.

ELEKTRIZITÄT	CHEMIE	HANDEL & VERKEHR	MINERALÖL
Veba Kraftwerke Ruhr AG Gelsenkirchen	Hüls AG Marl	Stinnes AG Mülheim/Ruhr	Veba Oel AG Gelsenkirchen
	Bunawerke Hüls GmbH Marl	Brenntag AG & Co. Mülheim/Ruhr	Ruhr Oel GmbH Gelsenkirchen
Preussische Elektrizitäts-AG Hannover	Deutsche Hefewerke GmbH Hamburg	Rhenus AG Dortmund	Raab Karcher AG Essen
Nordwestdeutsche Kraftwerke AG Hamburg	Röhm GmbH Chemische Fabrik Darmstadt	Midgard Dt. Seeverkehrs-AG Nordenham	Aral AG Bochum
Hann.-Braunschw. Stromversorgungs-AG Hannover	Phenolchemie GmbH Gladbeck	Stinnes-Trefz AG & Co. Stuttgart	Deminex-Dt. Erdölversorgungsges. mbH Essen
Schleswag Aktiengesellschaft Rendsburg	Nuodex New Jersey		Mack Producing
Thüringer Gas Aktiengesellschaft München		SONSTIGE	
Braunschweigische Kohlen-Bergwerke Helmstedt	Veba Wohnungswirtschaft	Veba-Glas AG Essen	Ruhrkohle AG Essen

Die VEBA hat mit ihren 76.800 Mitarbeitern im Jahre 1984 einen Konzernumsatz von 49,6 Mrd. DM erzielt.
Neben der Bundesrepublik Deutschland (30%) sind rund 600.000 Aktionäre am Kapital der Gesellschaft beteiligt. Durch ihre Größe und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung ihrer Aktivitäten ist die VEBA ein Kernstück deutscher Volkswirtschaft.

Wenn Sie mehr über Kraftstoffversorgung und andere Leistungen der VEBA wissen möchten, schreiben Sie bitte an: VEBA AG, Karl-Arnold-Platz 3, 4000 Düsseldorf 30.

VEBA

Die Serie wird fortgesetzt.

HERRENBEKLEIDUNG / Messe zeigte Exportkraft

Auch modisch attraktiver

THOMAS LINKE, Bonn

„Die deutsche Herrenbekleidung hat jetzt auch in puncto modischer Kreativität eine internationale Spitzenstellung errungen." Friedrich W. Brinkmann, Vorsitzender des Verbandes der Herrenbekleidungsindustrie, nannte auf der am Sonntag in Köln zu Ende gegangenen Internationalen Herren Mode-Woche die stetig wachsende Exportquote als Beleg für seine These.

Der Anteil der Lieferungen an das Ausland konnte im ersten Halbjahr 1985 um 8,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 29,8 Prozent des Umsatzes gesteigert werden. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurde Herrenbekleidung im Wert von 568,9 Mill. DM in über 100 Länder exportiert. Abnehmer sind zu 86 Prozent die europäischen Industriestaaten und zu 14 Prozent der Vordere Orient, Fernost und die USA.

Der hohe Anteil an Ländern ohne Dollarabrechnung zeigt, daß die deutschen Exporterfolge in der Herrenmode nicht auf die harte US-Währung zurückzuführen sind, sondern in erster Linie auf Eigenanstrengungen beruhen. Neben der perfekten Verarbeitung und der Lieferpünktlichkeit deutscher Produzenten sei das modische Niveau Garant für den hohen Exportanteil, sagte Brinkmann. Erfolgversprechende Märkte sieht der Verband der Herrenbekleidungsindustrie insbesondere in den USA und Japan.

Andererseits dürfe nicht unerwähnt bleiben, daß die Bundesrepublik der größte Importeur von Bekleidung aus lohngünstigeren Ländern ist. Brinkmann: „Für die überwiegend mittelständisch strukturierte Herrenbekleidungsindustrie ist im Sinne fairer Wettbewerbsbedingungen ein Fortbestand des Welttextilabkommens von größter Wichtigkeit."

Internationalität demonstrierten an drei Tagen auch die Kölner Herren-Mode-Woche und die gleichzeitig stattfindende „Inter-Jeans". Über 800 Hersteller aus 30 Staaten zeigten ihre Kollektionen. Rund 30 000 Einkäufer aus 60 Nationen trafen sich in den Messehallen am Rhein.

Mehr Aufträge für Armaturenindustrie

os, Bonn

Die deutsche Armaturenindustrie erzielte 1984 einen bescheidenen Produktionszuwachs von fünf Prozent auf 6,84 Mrd. DM. Dieses fußt jedoch hauptsächlich auf der günstigen Konjunktur im Sanitärbereich, teilte die Fachgemeinschaft Armaturen in Frankfurt mit. Dagegen stagniere seit 1983 die Produktion von Industriearmaturen, da in wichtigen Branchen weniger investiert worden sei. Eine Ausnahme bilde lediglich die chemische Industrie mit einem Rekordinvestitionsvolumen von 7 Mrd. DM. Der „Chemie-Boom" habe die sonst schleppende Inlands-Nachfrage jedoch nicht ausgleichen können.

Im laufenden Jahr zeichnet sich nach Angaben der Fachgemeinschaft für die Branche eine konjunkturelle Trendwende ab. In den ersten fünf Monaten stiegen die Aufträge um 21 Prozent. Das Schwergewicht lag im Auslandsgeschäft.

Rütgerswerke: Bau spielt nicht mit

Wb. Frankfurt

Der Rütgerswerke AG, Frankfurt, ist im ersten Halbjahr 1985 wieder der konzerninterne Ausgleich gelungen. Bei sehr unterschiedlicher Entwicklung der einzelnen Bereiche – besonders die Sparte Bau (Straßenbau, Abdichtungen) litt unter dem Wetter und der Branchenkonjunktur – gelang es, das Halbjahresergebnis auf dem Vorjahresniveau zu halten.

Preiserhöhungen und die weitere Verlagerung hin zu höherwertigen Erzeugnissen ließen den Konzernumsatz um 6 Prozent auf 1,53 Mrd. DM steigen. Dazu leistete das Auslandsgeschäft mit einer Steigerung um 11 Prozent erneut einen überdurchschnittlichen Beitrag. Sein Anteil am Konzernumsatz stieg auf 39 (37) Prozent. Beim Auftragseingang, der insgesamt die Vorjahreshöhe erreichte, stand einer Verbesserung in der Grundstoffchemie ein Rückgang am Bau gegenüber.

SONY / Verlagerung von der Unterhaltungselektronik zu Investitionsgütern

Telematik im Wachstumsmarkt Büro

HARALD POSNY, Düsseldorf

Zu den Begriffen Nachrichtentechnik und elektronische Datenverarbeitung gesellt sich unter dem gemeinsamen Dach der „Telematik" ein immer stärker werdender neuer Produktbereich im Wachstumsmarkt Büro: die Bildkommunikation oder professionale Anwendung von Video. Als Kernstück künftigen Medienverbunds ist die Video-Technik einmal Ausgangsbasis für Cassette, Bildplatte und Fernsehen, zum anderen kann Video als neuer Sammel-Informationsträger für andere Medien wie Foto/Dia, Multivision, Film, Tonband und Tonbildschau verwendet werden. Darüberhinaus kann Video mit Btx, EDV, Mikro- und Petsonal-Computern kombiniert werden.

Ein Unternehmen, das sich in diesem Sektor profilieren und etablieren will, ist die japanische Sony Corp. Der Geschäftsführer der Sony Deutschland GmbH und Koordinator für das europaweite Investitionsgütergeschäft, Ron Sommer, will Sony als die Nummer eins sehen, wie es heute im Bereich Nachrichtentechnik Siemens- oder im EDV-Sektor IBM ist.

In einem Gespräch mit der WELT beründet Sommer die vor Jahresfrist gemachte Prognose, etwa bis 1990 die Hälfte des Konzernumsatzes von zur Zeit 15 Mrd. DM mit Investitionsgütern statt mit Produkten der Unterhaltungselektronik zu bestreiten: „Es ist um die Basistechnologie zu schade, sie nur für einen Markt, die Unterhaltungselektronik, zu verwerten."

Sony hat vorgearbeitet. Nach dem Start vor zehn Jahren ist man inzwischen die Nummer eins unter den Video Kameraherstellern „mit bedeutendem Marktanteil in Europa", in professioneller Recorderanwendung in der Industrie besitzt Sony eine führende Stellung, auch im Bereich privater Kabelprojekte und in der Videoproduktion.

Die erfolgreiche Umschaltung von der Videoproduktion auf die Belieferung von Anwendern der Videoproduktion in Behörden, bei Banken und Versicherungen, in der Autoindustrie, bei Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben schlägt sich in der immer länger werdenden Kundenliste von Sony nieder. Inzwischen wird Video in der Verkäufer- und Technikerschulung, für die Weiterbildung im Bankenbereich genutzt, beim Kundendiensttraining ebenso wie bei den Musterungen von Kaufhäusern. Die Einsparungen durch Reisespesen und Reisekosten sind enorm. BMW spart bei sich per Video jährlich 10 Mill. DM ein. Der NDR hat durch Verwendung von Videobändern anstelle von Filmmaterial Einsparungen von jährlich 20 Mill. DM errechnet. Und Karstadt hat festgestellt, daß Investitionen von einer halben Mill. DM in ein zweites Videostudio bereits nach einem Jahr zu Kosteneinsparungen in gleicher Höhe führten.

Für Sony-Europa rechnet Ron Sommer mit einem Umsatz im Bereich Investitionsgüter von etwa 600 Mill. DM. Der größte Teil davon, entfällt schon heute auf die Bundesrepublik. Der Gesamtmarkt Kommunikations- und Informationstechnik wird von Sommer für die 90er Jahre auf 400 Mrd. DM geschätzt.

WOLDEMAR / Den Matjes aus seiner Saisonbindung befreit – Gesteuerte Reifung

Markenartikel mit speziellem Know-how

HANNA GIESKES, Bonn

„Von Ende Juni bis September sind sie richtig gut genährt." Artur Graichen, geschäftsführender Gesellschafter der Matjesreiferei F. Woldemar in Emden, hat es fertiggebracht, dem zartesten aller Heringe seine Delikatesse auch in der übrigen Zeit zu erhalten. Sein Rezept heißt „gesteuerte Reifung" der im Sommer gefangenen Fische, „von denen ich dann das ganze Jahr zehren muß".

Er zehrt nicht schlecht davon. Der Umsatz des vor 120 Jahren in Riga gegründeten Herings-Handelshauses, das nach 1945 im Westen noch einmal von vorn beginnen mußte, hat inzwischen die 20-Millionen-Grenze überschritten. Artur Graichens Matjes-Filets – nordisch, friesisch, französisch, geräuchert oder natur – sind von Flensburg bis Konstanz selbstbedienungsgerecht verpackt und in unterschiedlichen Größen im Lebensmitteleinzelhandel zu haben. Den Grundstein zum Markenartikel „Woldemar" legte Graichen, als er damit begann, Salzheringe aus den noch zu Beginn der fünfziger Jahre üblichen Fässern in die Selbstbedienungstheken zu bringen. Zwei Jahre lang habe er in Zusammenarbeit mit dem rheinischen Lebensmittelhändler Stüssgen damit experimentiert, und als 1955 der Durchbruch gelang, „da war ich riesig stolz".

Stolz ist Graichen vor allem auf sein Know-how, das ihn davor bewahrt, sein Heil in Märkten ohne Kostendeckung suchen zu müssen. Natürlich „muß man" von März bis Ostern ausgenommene Heringe ohne Kopf im Eimerchen oder Beutel anbieten, meint er, aber die verkauften sich nur über den Preis, und darum sei es ein „fürchterlicher Markt".

Graichen-Woldemar indes verkauft vor allem Qualität: Nur bei den Filets lasse sich der Reifeprozeß steuern, nicht hingegen beim intakten Salzhering. Also werden die in Dänemark oder Irland gekauften Fische noch vor Ort entgrätet und gesalzen. Erst dann kommen sie in die Emdener Reiferei, die bis zu 600 Tonnen faßt. Da Salz und Kälte die Reifung bremsen, Wärme sie hingegen beschleunigt, kann Graichen je nach Bedarf steuern. Und kommt dabei ohne Konservierungsmittel aus.

Artur Graichen, dem es gelungen ist, mit Hilfe moderner Lebensmittel-Technologie den Matjes aus seiner Saison-Bindung zu befreien, freut sich, daß „diese edelste Erscheinungsform des Herings" inzwischen Eingang in den Delikatessenbereich gefunden hat. Er erwartet auch in diesem Jahr ein Umsatzplus.

HOLZMANN HV / Tief am Bau wird länger anhalten

Die Anpassung ist gelungen

INGE ADHAM, Frankfurt

„Alle Indikatoren deuten darauf hin, daß das Tief in der Bauwirtschaft länger anhalten wird", sagte Herman Becker, Vorstandssprecher der Philipp Holzmann AG, Frankfurt, den Aktionären des Unternehmens auf der Hauptversammlung in Frankfurt. Dabei handele es sich jedoch nicht um eine konjunkturelle Nachfrageschwäche, sondern um einen strukturellen Wandel der Nachfrage sowohl im Inlandsbau als auch beim Auslandsgeschäft.

Stützend für den Baumarkt könne aus heutiger Sicht in erster Linie eine Steigerung der öffentlichen Baunachfrage wirken, es gebe noch genügend Aufgaben bei der Erhaltung und Modernisierung der Infrastruktur, betonte Becker. Durch eine rechtzeitige Anpassung an den Strukturwandel, sei es durch regionale Ausbreitung (USA) oder durch die Erschließung neuer Arbeitsgebiete (Dienstleistungen), hat sich der Holzmann-Konzern nach Beckers Einschätzung rechtzeitig auf den Strukturwandel eingestellt. Becker: „Wir sind zuversichtlich, auch für 1985 eine angemessene Dividende ausschütten zu können."

Für 1984 beschloß die Hauptversammlung zehn DM Dividende je 50-DM-Aktie, für das Jahr zuvor war zusätzlich eine DM Bonus gezahlt worden. Für das ganze Jahr erwartet der Konzern rund sieben (i. V. 8,13) Mrd. DM Jahresbauleistung. Von der nach sieben Monaten erreichten Gesamtleistung von vier Mrd. DM stammen zwei (1,6) Mrd. DM aus den USA, wo auch mit 2,3 Mrd. DM der Löwenanteil neuer Aufträge hereingeholt wurde. Aus dem übrigen Ausland stammen 518 Mill. DM Neuaufträge, aus dem Inland 1,17 Mrd. DM.

MANNHEIMER VERSICHERUNG

Das Wachstum fortgesetzt

JOACHIM WEBER, Mannheim

Mit einer Erhöhung der Beitragseinnahmen um 6 Prozent hat sich im selbstabgeschlossenen Geschäft für die Mannheimer Versicherung AG, Mannheim, das Wachstum des Vorjahres auch in den ersten sechs Monaten 1985 fortgesetzt. Der Traditionsbereich der Transportversicherung – 1984 etwa ein Siebtel der Beitragseinnahmen – ragte aus diesem Durchschnitt mit einem Plus von 7,8 Prozent heraus.

Im vergangenen Jahr waren die Beiträge aus selbst abgeschlossenem Geschäft um 5 Prozent auf 385 Mill. DM gestiegen. Dazu trug insbesondere das Auslandsgeschäft mit einem Zuwachs um 16 Prozent auf 40 Mill. DM bei. Wegen der bewußten Zurückhaltung im übernommenen Rückversicherungsgeschäft (Beitragseinnahmen: minus 3,7 Prozent auf 118 Mill. DM) nahm das Gesamtvolumen der Beitragseinnahmen nur um 2,8 Prozent auf 503 Mill. DM zu. Trotz solcher Vorsicht verschlechterte sich das Rückversicherungsergebnis und sorgte gemeinsam mit den Schäden der Münchner Hagel-Katastrophe für eine Erhöhung der Schaden-Quote auf 72,6 (71,6) Prozent der Beiträge für eigene Rechnung.

Der auf 12 (10) Mill. DM gestiegene versicherungstechnische Verlust wurde durch die um 8,1 Prozent auf 48 Mill. DM gestiegenen Erträge aus 504 (475) Mill. DM (plus 6,1 Prozent) Kapitalanlagen ausgeglichen. Unter dem Strich verblieb ein Jahresüberschuß von 7 (6,7) Mill. DM, das Ergebnis je Aktie ging allerdings leicht auf 17,59 (18,07) DM zurück.

Bei der Lebensversicherungstochter brachte das erste Halbjahr 1985 wieder eine Erhöhung des Neuzugangs um 6,5 Prozent, nachdem 1984 mit 418 Mill. DM 8,4 Prozent weniger an neuer Versicherungssumme hereingekommen waren. Der Gesamtbestand war 1984 um gut 3 Prozent auf 4,48 (4,35) Mrd. DM gestiegen. Daß die Beitragseinnahmen gleichzeitig auf 151 (152) Mill. DM zurückgingen, erklärt sich aus der Einführung der Direktgutschrift. Der Lebensversicherer verdiente mit 1,36 (1,28) Mrd. DM Kapitalanlagen 108 (102) Mill. DM; die Durchschnittsrendite stieg auf 7,57 (7) Prozent.

PHILIPP HOLZMANN
Aktiengesellschaft

Jahresabschluß 1984
– Kurzfassung in Mio DM –

Bilanz

AKTIVA	1984	1983
Sachanlagen	180,8	211,7
Finanzanlagen	89,8	86,8
Vorräte	12,9	21,5
Nicht abgerechn. Bauarbeiten	5034,9	4145,9
abzgl. Abschlagszahlungen	./.4877,5	./.3822,1
Forderungen	1238,6	1089,2
Flüssige Mittel einschließlich Wertpapiere	987,0	895,7
	2666,5	2628,7

PASSIVA	1984	1983
Grundkapital	90,0	90,0
Rücklagen	298,5	270,7
Sonderposten mit Rücklageanteil	56,2	64,0
Rückstellungen	994,6	902,8
Langfristige Verbindlichkeiten	–	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	1209,3	1276,4
Bilanzgewinn	17,9	24,8
	2666,5	2628,7

Gewinn- und Verlustrechnung

	1984	1984	1983	1983
Umsatzerlöse (Nettoerlöse)		2972,9		3240,8
Bestandsveränderung und Eigenleistungen		+891,9		+589,1
Gesamtleistung		3864,8		3829,9
Materialaufwand und Fremdleistungen		2402,1		2358,2
Rohertrag		1462,7		1471,7
Finanz- und sonstige Erträge		127,1		112,0
		1589,8		1583,7
Personalaufwendungen	1052,1		1026,8	
Abschreibungen	62,9		66,9	
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	93,1		125,4	
Sonstige Steuern	0,5		0,5	
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil	1,8		1,8	
Sonstige Aufwendungen	339,1	1549,5	312,8	1534,1
Jahresüberschuß		40,3		49,8
Einstellungen in Rücklagen		22,4		24,8
Bilanzgewinn		17,8		24,8

Konzernbilanz

AKTIVA	1984	1983
Sachanlagen	353,7	385,8
Finanzanlagen	78,2	76,2
Vorräte	61,8	75,7
Nicht abgerechn. Bauarbeiten	5164,0	4328,5
abzgl. Abschlagszahlungen	./.4980,3	./.3980,4
Forderungen	1305,2	1116,9
Flüssige Mittel einschließlich Wertpapiere	1022,2	954,8
	3004,9	2957,8

PASSIVA	1984	1983
Grundkapital	90,0	90,0
Rücklagen	298,5	270,7
Ausgleichsposten aus der Konsolidierung	57,0	54,0
Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz	8,2	3,9
Sonderposten mit Rücklageanteil	58,0	65,7
Rückstellungen	1102,4	996,3
Langfristige Verbindlichkeiten	46,2	46,8
Kurzfristige Verbindlichkeiten	1326,5	1402,1
Konzerngewinn	19,1	28,1
	3004,9	2957,6

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

	1984	1984	1983	1983
Außenumsatzerlöse (Nettoerlöse)		3871,3		4029,7
Bestandsveränderung und Eigenleistungen		+820,8		+561,1
Gesamtleistung		4692,2		4590,8
Materialaufwand und Fremdleistungen		2874,4		2793,4
Rohertrag		1817,8		1797,4
Finanz- und sonstige Erträge		130,8		118,8
		1948,6		1916,0
Personalaufwendungen	1320,4		1287,0	
Abschreibungen	92,0		99,9	
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	96,8		131,5	
Sonstige Steuern	1,7		1,8	
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil	2,0		–	
Sonstige Aufwendungen	393,6	1906,5	347,3	1867,3
Jahresüberschuß		42,1		48,7
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		0,5		1,4
		42,6		50,1
Einstellungen in Rücklagen		23,4		24,8
		19,2		25,3
Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Gewinn (i. V. Verlust)		– 1,1		+ 2,8
Konzerngewinn		19,1		28,1

Aufsichtsrat:
Dr. rer. pol. h. c. Hermann J. Abs, Ehrenvorsitzender

Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre:
Dr. rer. pol. Alfred Herrhausen, Vorsitzender
Senator E. h. Dipl.-Ing. Kurt Hecker
Dr.-Ing. Karlheinz Kaske
Dr.-Ing. Günther Klätte
Christoph von Metzler
Dr. rer. nat. Dietrich Natus
Senator E. h. Prof. Dr. rer. nat. Dr.-Ing. E. h. Rolf Sammet
Dr. jur. Winfried Werner

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer:
Walter Avemarie, Stellvertreter des Vorsitzenden
Uwe Bol
Ursula Hammerich
Walter Hochertseder
Jürgen Jöns
Adolf Lechner
Dr. rer. oec. Wilhelm Maier
Professor Dr.-Ing. Goswin Mittelmann

Vorstand:
Senator E. h. Dipl.-Ing. Hermann Becker
Senator E. h. Gerhard Keil
Dr.-Ing. Wilfried Krabbe
Dipl.-Ing. Peter Schmidt
Dipl.-Ing. Heinz Seifert

Die vollständigen Abschlüsse werden am 20. August 1985 im Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie tragen den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deutschen Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt.

Bekanntmachung über die Dividendenzahlung

Die Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 19. August 1985 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahrs 1984 in Höhe von 17 850 000,– DM zur

Ausschüttung von 10,– DM Dividende
je Aktie zu 50,– DM

auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 89 250 000,– DM zu verwenden. Eigene Aktien im Nennbetrag von 750 000,– DM sind nicht gewinnberechtigt.

Die Auszahlung der Dividende erfolgt vom 20. August 1985 an unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 44 in Höhe von 10,– DM je Aktie zu 50,– DM.

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 5,63 DM je Aktie zu 50,– DM verbunden, das auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre angerechnet wird. Die Auszahlung der Dividende erfolgt ohne Abzug von Kapitalertragsteuer und zuzüglich der Körperschaftsteuergutschrift, wenn ein inländischer Aktionär seiner Depotbank eine Freistellungsbescheinigung seines Finanzamts (Nichtveranlagungs-Bescheinigung) vorlegt.

Zahlstellen sind die Niederlassungen der nachstehend bezeichneten Banken in Frankfurt, Berlin, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, München, Saarbrücken und Stuttgart:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Trinkaus & Burkhardt
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
CSFB-Effectenbank AG
Deutsche Bank Saar AG.

Frankfurt, den 19. August 1985

Der Vorstand

Bundesanleihen

			19.8.	16.8.
F	8 Bund 76 IV	10/85	100,35	100,35G
F	3½ dgl. 78 II	3/86	100,35	100,35
F	5¾ dgl. 78	5/86	100,25G	100,25
F	7¾ dgl. 76 I	12/86	102,9bG	102,85
F	6½ dgl. 79	1/87	101,95	101,95
F	7¾ dgl. 76 II	1/87	103,05	102,95bG
F	6¾ dgl. 77	4/87	102,4	102,3bG
F	6½ dgl. 77	7/87	102,2	102,15
F	6 dgl. 77	10/87	101,5	101,45
F	6 dgl. 78 I	1/88	101,3	101,1bG
F	6½ dgl. 78 I	9/88	102,6	102,55
F	6¾ dgl. 78 II	12/88	102,8	102,75
F	6¾ dgl. 79	1/89	103,15	103,1G
F	7¾ dgl. 99 I	4/89	104,55	104,55
F	10 dgl. 87 I	4/89	112,65	112,6
F	7½ dgl. 99 I	6/89	105,45	105,65
F	8 dgl. 99 I	7/89	106,85	106,8
F	8 dgl. 99 II	8/89	107,05	107
F	7½ dgl. 79 II	9/89	105,6G	105,6
F	7¾ dgl. 99 II	11/89	106,85	106,55
F	7¾ dgl. 80	1/90	106,45	106,45G
F	10 dgl. 80	4/90	115,1	115,1
F	5¾ dgl. 78	5/90	99,7	99,6bG
F	8¾ dgl. 80 I	7/90	109,05	109,05
F	8¾ dgl. 85 II	11/90	109,3	109,5
F	7¾ dgl. 82 I	11/90	107,5	107,3
F	F dgl. 81	2/91	111,8bG	111,2
F	7¾ dgl. 83 III	6/91	106,85	106,7
F	10¾ dgl. 81	7/91	117,6	117,5G

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	102,5G	102,45

Renten zogen leicht an

Zwar konnten nicht alle vorbörslich genannten teilweise deutlich heraufgesetzten Kurse später im Markt durchgesetzt werden, doch blieb eine freundlichere Tendenz bei den öffentlichen Papieren unverkennbar. In einzelnen Langläufern wurden die Notierungen bis zu 0,20 Prozentpunkte angehoben. Bei den kürzeren Laufzeiten waren die Tagesgewinne geringer. Bei den Pfandbriefen blieben die Renditen fast unverändert. Lebhaft ist das Interesse für die zur Zeichnung aufliegenden 7¾prozentigen Genußrechte der Landwirtschaftlichen Rentenbank.

M	6½ dgl. Pf 3	95,5G	95,5G
M	6½ dgl. Pf 27	95G	95G
M	7 dgl. Pf 28	102,5G	102,5G
B	8 Bad.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B	7 dgl. Pf 31	101G	101G
B	6 dgl. Pf 34	99G	99G
B	6½ dgl. Pf 37	100,4	100,25G
Hn	8 BdHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn	7 dgl. Pf 85	98,75G	98,75G
Hn	7¾ dgl. Pf 87	105,75G	105,75G
Hn	6 dgl. KS 29	89,25G	89,25bG
Hn	7 dgl. KS 30	102,2G	102,2G
D	8 Dt.Cenbod. Pf 44	120,5G	120,5G

D	4 dgl. Pf 18	107G	107G
D	6 dgl. Pf 28	100,25G	100,25G
D	6½ dgl. Pf 67	95G	95G
D	5½ dgl. KO 3+E	120G	120G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
B	5 RhHyp.Mannh. Pf59	110G	110G
B	5½ dgl. Pf 109	80,5G	80,5G
B	7 dgl. Pf 125	102,5G	102,5G
B	7 dgl. Pf 128	99,5G	99,5G
B	8 dgl. Pf 177	100G	100
B	6 dgl. KS 77	89G	89G
Br	8 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br	5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br	8 dgl. Pf 36	95,65G	95,65G

F	7¾ dgl. 71/86	ausg.	ausg.
F	7¾ dgl. 74/87	101,1T	100,8
F	7½ Klöckner W. 71/86	100,15G	100,15G
F	8 dgl. 72/87	100,8G	100,8G
F	6 NWK 61/86	100G	100G
F	6 dgl. 62/87	100,4G	100,4G
F	6 Ob.Don.Kraftw. 64/89	98,75bG	98,75T
F	6 Wü.Bränd. 63/89	98,15T	98,15T
F	6 dgl. 65/90	98,1T	98,1G
F	6 RWE 63/88	99,1	99T
F	6 dgl. 65/90	98,25T	98,25T
F	7¾ dgl. 71/86	100,7T	100,7T
F	7 dgl. 71/87	100,5G	100,5G
F	6 Rh.-M.-Don. 62/87	100,3G	100,3G

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Optionsscheine

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Industrieanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Die Hausse bei den Edelmetallen setzte sich zum Wochenschluß fort. Die Gold- und Silbernotierungen legten am Terminmarkt der New Yorker Comex stark zu. Kupfer ging fester aus dem Markt. Kaffee konnte Gewinne verbuchen, Kakao lag leichter.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	16.8.	15.8.
Sept.	295,50	298,50
Dez.	306,50	311,00
März	311,50	315,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	16.8.	15.8.
St. Lawrence 1 CW	129,79	227,34
Amber Durum	226,84	224,39

Kakao New York ($/t)	16.8.	15.8.
Terminkontr. Sept.	2095	2105
Dez.	2145	2172
März	2209	2210
Umsatz	5954	3912

Zucker New York (c/lb)	16.8.	15.8.
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,28	4,14
Okt.	4,33	4,31
Jan.	4,52	4,38
März	4,95	4,85

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erlöse für Metalle – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Edelmetalle

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Internationale Edelmetalle

Aktien überwiegend nachgebend

Ausländer teilweise auf der Abgeberseite

DW. – An der Montagbörse verlief das Geschäft wieder schleppend. Bei der Tendenzbildung schoben sich die Sorgen in den Vordergrund, die sich aus der zur Schwäche neigenden Konjunkturentwicklung in den USA ergeben. Der labile Dollarkurs ließ befürchten, Ausländer könnten den in der D-Mark entstandenen Währungsgewinn nutzen und ihr deutsches Portefeuille abbauen. Der rückläufige Siemens-Kurs wird ebenso mit Auslandsabgaben in Verbindung gebracht, wie der empfindlich gewordene Kurs der Deutschen Bank.

Lebhaft gehandelt wurden nach wie vor Veba-Aktien, die von mehreren wertpapiererfahrenen Banken auf der jetzt erreichten Kursbasis immer noch als kaufenswert bezeichnet werden. Noch weiter befestigt waren auch Kali und Salz, Papiere, die in der Vorwoche bereits überdurchschnittlich gestiegen waren. Vorsichtige Meinungskäufe wieder im Bereich der Bau- und Warenhausaktien. Dagegen litten Autowerte unter Gewinnmitnahmen. Als enttäuschend wird die Kursstagnation bei Conti-Gummi empfunden. Denn vielfach war davon ausgegangen worden, daß die jüngsten Veröffentlichungen über den neuen Reifen Käufer für Conti-Aktien anlocken würden. Aus Rentabilitätsüberlegungen vorsichtige Anlagekäufe in einigen Versorgungswerten aber auch in den Papieren der Großchemie, deren Kurse deshalb nur um ein bis zwei DM nachgaben.

Frankfurt: Chemieverwaltung gaben um 29 DM nach. Cassella verloren 17 DM und Enka 9,50 DM. Esslinger verminderten um 20 DM und Binding um 10 DM. Altana stockten um 4 DM, Holzmann um 3 DM und Rheinmetall um 2 DM auf.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt erhöhten um 5 DM, Kromschröder um 4,50 DM und VGT um 4 DM. Hochtief verbesserten sich um 17 DM. Nachgeben haben EVA um 5 DM, Leffers um 5 DM und Gerresheimer Glas um 4 DM. Allianz Vers. verloren 19 DM.

Hamburg: HEW verminderten um 0,50 DM und NWK Vz. um 3,90 DM. Beiersdorf verloren 3 DM und Phoenix Gummi 0,50 DM. Hapag legten 0,50 DM zu. Holsten und Vereins- und Westbank gaben um 2 DM nach.

Berlin: Lehmann lagen um 4,50 DM und Berliner Elektro um 3 DM fester. Bergmann schwächten sich um 10 DM und Herlitz Vz. um 6 DM ab. Herlitz St. und Schering gaben um je 3 DM und Berliner Bank um 1,50 DM nach.

München: Aigner verbesserten sich um 8 DM. Bay. Hartstein um 5 DM und Leonische Draht um 2,50 DM. Dywidag und Patrizier legten je 2 DM zu. Deckel AG verminderten um 2,50 DM und Flachglas um 5,50 DM.

Stuttgart: Gehe stiegen um 2,20 DM. Heidelberger Zement stockten um 8 DM und Stuttgarter Hofbräu um 7 DM auf. Daimler waren um 11,50 DM nachgebend. Kolbenschmidt mußten 2,50 DM abgeben.

Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex: 197,06 (199,16)
WELT-Umsatzindex: 2369 (3580)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Inland

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

Amsterdam

Mailand

London

Tokio

Wien

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Arbed	1630	Börse geschlossen
Brux. Lambert	1890	
Cockerill Ougrée	206	
Ebes	2865	
Gevaert	3900	
Kredietbank	8900	
Petrofina	5040	
Soc. Gén. d. Belg.	1780	
Sofina	7510	
Solvay	4415	
UCB	4985	
Index	318,20	–

Madrid

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 20. 08. 85
1483 Optionen = 82 450 (79 600) Aktien,
davon 245 Verkaufsoptionen = 13 350 Aktien

Kaufoptionen: AEG 10-130/5,5, 10-140/2,5, 1-140/7, 4-140/9,5, 4-150/5,7, BASF 10-201/21,2, 10-210/16, 10-211/18, 10-220/11, 10-230/5, 10-240/3, 10-280/1,3, Bayer 10-200/28, 10-210/17, 10-211/15,2, 10-220/9, 10-230/5, 10-231/4,5, 10-250/2,6, BHF 1-330/33, Bay. Hypo 1-420/6,5, 4-390/25, Beiers. 1-100/10, BMW 10-470/5,4, Commerzbk. 10-200/21,5, 10-210/10, 10-220/5,9, 10-240/2, Conti 10-140/11,15, 10-150/5, 10-160/2, Daimler 1-900/50, Dt. Babcock St. 1-170/7,5, 4-170/14, Dt. Babcock Vz. 1-170/7,4, Deutsche Bk. 10-550/20, 10-650/4,7, Dresdner Bk. 10-240/38,5, 10-260/25,8, 10-270/5, Hoechst 10-210/14,4, 10-220/5,9, 10-230/4, 10-240/2, Hoesch 10-110/6, 10-140/0,95, Kaufhof 4-280/21, Klöckner 1-60/7,4, 1-65/4,1, 4-70/5,1, 4-75/3, Lufthansa St. 10-215,50/10, 1-225,50/12, 1-240/9,85, Lufthansa Vz. 1-230/11,4, MAN 1-170/15, Mercedes 1-780/70, Mannesmann 10-166/23, 10-190/9,4, 10-196/8,5, Nixdorf 1-600/17, Preussag 10-290/4, 4-280/21, RWE St. 10-180/10,4, RWE Vz. 1-180/12,4, 1-190/9,6, Schering 4-500/17, Kali + Salz 10-252/63, 10-292/24, 1-300/30, 4-320/25, Siemens 10-560/10, 10-570/7,5, 10-580/6,9, 10-604/4,9, Thyssen 10-96,25/25, 10-106,25/14,3, 10-210/14, 10-120/5,9, 10-130/2,5, 10-140/1,8, Veba 10-220/18,5, 10-230/8,5, 10-240/6, 10-250/2,9, VW 10-280/12,9, 10-285/40, 10-300/27, 10-305/25, 10-310/30, 10-320/15,2, 10-330/8,5, 10-340/8, Alcan 10-80/2,5, 1-75/8,5, 1-80/6,5, 4-80/9, Chrysler 1-100/7, IBM 10-390/10, 1-380/30, 1-380/37, 1-410/7,6, 4-410/15, 4-430/8, Norsk Hydro 10-38,4/125, Philips 1-40/5,5, 1-45/2,5, …

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Unverkennbar wird die Kursentwicklung des US-Dollars weiter skeptisch beurteilt. Die heute anstehende Revision des US-Bruttosozialprodukts für das zweite Quartal mahnt zur Vorsicht. Der US-Dollar wurde am 19. 8. in Europa zunächst auf 2,7450 zurückgenommen. Die folgende kontinuierliche Befestigung bis 2,7650 wurde meist als technisch und charttechnisch bedingt angesehen. Die kaum veränderte amtliche Notierung von 2,7642 spiegelte das Tagesgeschehen nicht wider. Der während der letzten Tage permanent rückläufige Belgische Franken konnte sich heute um 0,8 Pfg. auf 4,934 befestigen. Die amtlichen Notierungen der übrigen Währungen entwickelten sich uneinheitlich. Im Freiverkehr konnten sich der Australische Dollar und der Südafrikanische Rand deutlich erholen. US-Dollar in: Amsterdam 3,1140; Brüssel 56,0275; Paris 8,4400; Mailand 1851,70; Wien 30,4190; Zürich 2,2630; Ir. Pfund/DM 3,106; Pfund/Dollar 1,3963; Pfund/DM 3,868.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 19.8.: In D-Mark 2,22402 (Parität 2,24184); in Dollar 0,80598 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 19. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Warum ist Otto groß?

blu – Die Helden, die unsere sommerlichen Filmleinwände bevölkern, sind heuer allesamt recht attraktiv. Da wären zunächst die Damen: die quirlig verrückte New Yorkerin Susan alias Madonna, die sich auf Manhattans Lower East side verzweifelt suchen läßt, oder das Mädchen China Blue, das nachts auf dem Strich seine schwülen Phantasien auslebt.

Eindrucksvoll auch die Herren der Schöpfung: Cusak der Schweigsame, ein Chicago Cop und Karate-Weltmeister, den noch kein Gangster je aufs Kreuz legen konnte. Dann sein Kollege in Los Angeles, der Beverly Hills Cop, im Karate zwar nicht so gewandt, dafür aber im Rededuell verblüffend unschlagbar. Und vergessen wir nicht den Superagenten 007, der dieses Mal „im Angesicht des Todes" steht – auf alles weniger gefaßt, als von einem bleichgesichtigen, weißblonden, naiv blödelnden friesischen Irrwisch vom Platz gestellt zu werden. Gerade das jedoch ist ihm jetzt passiert.

Denn gegen „Otto – der Film" hat James Bond, wie auch alle anderen ausländischen Heldinnen und Helden, keine Chance. Otto ist der Super-Knüller in den deutschen Kinos, und zwar gleichmäßig bei allen sozialen Schichten. Zusätzliche Vorstellungen mußten anberaumt werden, viele Freaks haben das Spektakel schon zum vierten oder fünften Mal gesehen. Wenn nicht alles täuscht, dürfte sich der „Götterbote des reinen Unfugs", zumindest vom Kassenumsatz her, zum erfolgreichsten deutschen Nachkriegsfilm mausern. Die fünf Millionen Produktionskosten sind längst wieder herein.

Die allgemeine Begeisterung wirft unabwendbar die Frage auf, ob Otto denn wirklich so gut ist. Oder hat er nur voll den Ton von Spießers Wunderhörnchen getroffen? Nun, auf jeden Fall ist er *sehr* komisch, ja, er *verkörpert* in seiner ganzen Erscheinung und seinem Gehabe geradezu die Kategorie des Komischen. Und genau darüber freuen sich die Leute. Bei Otto wird nicht irgend etwas (meist Politisches) krampfhaft auf Komik getrimmt, sondern die Komik strahlt von allein und in voller Tiefe. Dagegen kommt eben auch kein James Bond an.

Bad Hersfeld: „Fidelio"

Um Gnade für Pizarro wird gebeten

Seit Jahren schon führt der wackere Siegfried Heinrich, Organisator und musikalischer Leiter der Festspielkonzerte und Opernaufführungen in der Stiftsruine, einen zähen Zwei-Fronten-Krieg gegen die Knausrigkeit der Stadt und den Alleinvertretungsanspruch des Sprechtheaters bei den Hersfelder Festspielen. Doch über Monteverdi und Gluck hatte er sich nur selten hinausgewagt. Jetzt, mit dem Wagnis des „Fidelio", ist wohl das Ende der Bescheidenheit angebrochen. Die sogenannte Bad Hersfelder Fassung „Leonore-Fidelio" ist allerdings alles andere als ein Geniestreich: Der Ouvertüre folgt gleich die Arie der Marcelline, und vor dem Finale ist eine musikalisch ziemlich belanglose Passage aus der „Leonore"-Version von 1805 eingeschoben, in der Leonore und der gerade befreite Florestan um Gnade für Pizarro bitten. Doch dieser dramaturgische Blackout hat den wohl größten Publikumserfolg der letzten zehn Jahre kaum beeinträchtigt.

Schon nachdem bekannt wurde, daß man endlich ein namhaftes Orchester und einen professionellen Regisseur nach Bad Hersfeld in Marsch gesetzt hatte, stand fest, daß die Einstudierung von Beethovens „Fidelio" mehr als eine redliche Sache werden würde. Aller Erwartungen wurden freilich noch nicht erfüllt. Das Radio Symphonie Orchester Warschau spielte unter Heinrichs umsichtiger Leitung nicht immer exakt.

Brenda Roberts als Leonore war der sängerisch verblüffende Glücksfall des Abends. Mit präzis charakterisierendem Spiel und mächtigem Ton beherrschte sie die Szene. Paul Frey als Florestan demonstrierte einen bemerkenswert großen Tenor. Herbert G. Adami sang den Pizarro mit ein wenig eng donnerndem Furor, und Radislaus Zukowski versteht den Rocco einstweilen noch als Gelegenheit zur Demonstration runder und fülliger Baßtöne.

Erhard Fischer stellt die grandiose Architektur der Stiftsruine in den Dienst der Theaterrealität und macht sie damit zum idealen Aufführungsort für Beethovens „Fidelio". Beim Öffnen der unteren Schächte kriechen erschreckend identitätslose, aschgraue Kreaturen ans Licht, klammern sich an ein paar durch die Mauerritzen hereinfallende Sonnenstrahlen. Das ist beklemmend eindrucksvoll und setzt einen verpflichtenden Maßstab für die kommenden Jahre.

HEINZ LUDWIG

Zu Jerzy Holzers großem Buch über „Solidarność"

Niederlage ist nicht gleich Kapitulation

Am 31. August jährt sich zum fünften Mal der Abschluß des „Danziger Abkommens" – jener denkwürdigen Vereinbarung also, in der die polnische Regierung den streikenden Arbeitern das Recht zugestand, freie, von Partei und Staat unabhängige Gewerkschaften zu gründen. Damals, im Sommer 1980, begann eine der wichtigsten Perioden polnischer Nachkriegsgeschichte; Danzig wurde zum Ausgangspunkt für die Entfaltung einer Millionenbewegung, die Polen zu „einem anderen Land" (Adam Michnik) machte.

Hierzulande existiert bereits eine Vielzahl von Veröffentlichungen über „Solidarność": wissenschaftliche Analysen, ein Dokumentenband, Aufsatzsammlungen, Milieubeschreibungen. Aber bei alledem handelt es sich um Veröffentlichungen *westlicher* Autoren für ein *westliches* Publikum. Jetzt sind wir zum ersten Mal mit einer Darstellung aus polnischer Sicht, geschrieben für das polnische Publikum, konfrontiert. Gemeint ist die Übersetzung des ausgezeichneten Bandes „Solidarität – Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen" von dem polnischen Historiker Jerzy Holzer (C. H. Beck Verlag, München, 442 S., 39,80 Mark).

Das Buch war zum ersten Mal im Dezember 1983 im Warschauer Untergrundverlag „Krag" erschienen. Holzer schreibt also in erster Linie für die zehn Millionen Polen, die sich mehr oder weniger aktiv am Kampf von „Solidarität" beteiligten. Er ist Chronist und Analytiker, der gesellschaftliche Auseinandersetzungen beschreiben und zugleich Entscheidungshilfen für künftiges politisches und gewerkschaftliches Handeln in Polen geben will.

Aus dieser Zielsetzung des Buches ergeben sich Schwierigkeiten, mit denen westliche Leser rechnen müssen. Holzer setzt voraus, daß alle diejenigen, die sein Buch zur Hand nehmen, die polnische Geschichte zumindest seit Ausgang des 18. Jahrhunderts kennen und außerdem einen theoretischen – zumindest aber praktischen – Begriff davon haben, wie das Machtsystem in Polen funktioniert.

Für die deutsche Ausgabe war es deshalb unbedingt notwendig, in einem Vorwort diejenigen historischen, soziologischen und sozialpsychologischen Kategorien und Begriffe zu erklären, die Holzer zwar verwendet, aber selbst nicht erläutert. Der Herausgeber Hans-Henning Hahn leistet dies in einer Weise, die auf langjährige qualifizierte Beschäftigung mit polnischer Historie und Politik schließen läßt. Hahn verdeutlicht, wie sich das Verhältnis von Macht und Gesellschaft in Polen herausgebildet hat, woher die spezifische „Selbstverteidigungs"-Mentalität der Polen kommt und welches kollektive Wertsystem das Denken der Menschen bestimmt.

Wenn Holzer mit seiner Darstellung im Jahre 1944 ansetzt, dann auf Grund der festen Überzeugung, daß weder das nach dem Zweiten Weltkrieg in Polen etablierte System noch dessen Repräsentanten dem weltanschaulichen und politischen Selbstverständnis der polnischen Gesellschaft entsprachen. Wie die meisten Polen vertritt Holzer die Auffassung, daß in jenen Jahren das authentische politische Leben des Landes erneut zerstört worden ist und seither Politik und Kultur nicht den Interessen der Bürger entsprechen, sondern vielmehr aus sowjetischem Machtkalkül erwachsen.

Daraus wird auch verständlich, warum all das, was in den 16 Monaten der „Solidarität" an politischen und kulturellen Vorstellungen formuliert wurde, intensiv von jenen Ideen beeinflußt war, die das Bewußtsein der Polen bis 1944 geprägt hatten:

- „Solidarität" praktizierte Unabhängigkeit, d. h. Selbständigkeit gegenüber den staatlichen Strukturen;
- „Solidarität" bemühte sich um Selbstverwaltung, d. h. um demokratisches Gebaren innerhalb der Massenbewegung in bewußter Abgrenzung vom starren Zentralismus in Partei und Staat;
- die Mitglieder und Anhänger von „Solidarität" dachten öffentlich in jenem System von Werten, das für sie das eigentliche Polen verkörpert, und handelten auch danach.

Bei der Analyse der Entstehungsbedingungen von „Solidarität" setzt sich Holzer auch mit den jeweiligen Besonderheiten der polnischen Erhebungen von 1956, 1968, 1970 und 1976 auseinander und vergleicht diese mit den Spezifika der Revolten und Reformbestrebungen in anderen Ländern des sowjetischen Machtbereichs: in der „DDR" 1953, in Ungarn 1956, in der CSSR 1968. Holzer tut dies, um zu zeigen, wie sehr „Solidarität" bemüht war, frühere Fehler zu vermeiden – etwa in der Frage: Beschränkung auf friedliche Kampfmethoden oder nicht. „Solidarität" war eine gewaltfreie Bewegung.

Im Hauptteil des Buches wird Holzer im wesentlichen zum Chronisten. Mit Akribie beschreibt er in chronologischer Reihenfolge den Gang der Ereignisse: die Herausbildung der verschiedenen Oppositionsgruppen nach Radom und Ursus 1976, den Streik in Danzig, den Kampf um die Registrierung von „Solidarität", das Bemühen um mehr Pressefreiheit, den Konflikt von Bydgoszcz (Bromberg), die Auseinandersetzungen um die Wirtschaftsreform und das neue Gewerkschaftsgesetz, schließlich die Verhängung des Kriegsrechts.

Holzer geht der Frage nach, wann und aufgrund welcher Faktoren sich in der Partei die Option für eine gewaltsame Lösung durchgesetzt haben mag. Damit im Zusammenhang steht seine Überlegung, ob sich der 13. Dezember 1981 hätte vermeiden lassen können, oder präziser: Welche Erfolgsaussichten die Revolution der „Solidarität" überhaupt hatte.

Holzer vertritt die Auffassung, daß der Handlungsspielraum der Gewerkschaft sehr klein gewesen sei; die „Radikalisierung" ihrer Ziele im Herbst 1981 sei nicht Ursache, sondern Folge davon gewesen, daß die Machthabenden in den Monaten zuvor selbst ein Minimum an Systemveränderung abgelehnt hätten. Insgesamt, so Holzer, hätten die äußeren Umstände des revolutionären Prozesses nur *eine* Alternative zugelassen: Kapitulation oder Niederlage. Durch Verzicht auf Systemveränderungen hätte „Solidarität" vielleicht kurzfristig eine dürftige Existenz sichern können, langfristig aber wäre dadurch der Wille der Gesellschaft, politisches Subjekt zu sein, wäre der Widerstand gegen den totalitären Anspruch des Systems gebrochen worden. Daß das nicht geschah, ist vielleicht das größte Verdienst von „Solidarność".

REINHOLD VETTER



Ein ganzer Reigen großartiger Wandbilder: Malskats Madonna aus der Marienkirche zu Lübeck (links) und der „frühmittelalterliche" Truthahn im Schleswiger Dom

FOTOS: DIE WELT

Große Fälschungen in Kunst und Literatur (IX): Malskats Mauerblümchen

Ein Truthahn von den Wikingern

Die 700-Jahr-Feier von St. Marien am 2. September 1951 war für ganz Lübeck ein großer Tag, besonders aber für die anwesenden Kunstenthusiasten. Zum ersten Mal konnten sie die wiederhergestellten gotischen Fresken bewundern, die in der ausgebrannten Kirche beim Wiederaufbau in den Nachkriegsjahren entdeckt worden waren: herrliche Wandmalereien, um 1300 entstanden, geschaffen von einem gottbegnadeten unbekannten Künstler. Vollmundige Reden engagierter Kommunal- und Kirchenpolitiker lobten den mittelalterlichen Freskenmaler über den grünen Klee, vergaßen allerdings auch nicht, die hervorragende Leistung des Restaurators Dietrich Fey hervorzuheben.

Nach den rhetorischen Schlußakkorden gab ein Teilnehmer der hochgemuten Veranstaltung – 38 Jahre alt, schmächtig, bescheiden, unauffällig – in einer nahen Altstadtkneipe einige Schnaps- und Biermarken in Zahlung, um seiner inneren Bewegung Herr zu werden. In dieser Stunde, so heißt es, habe Lothar Malskat den Plan gefaßt, den Schwindel auffliegen zu lassen. Bedächtig, wie er war, forderte er seinen Arbeitgeber, besagten hochgepriesenen Dietrich Fey, allerdings erst am 10. Mai 1952 in einem eingeschriebenen Brief auf, „alle interessierten Stellen zu unterrichten", daß es sich bei den gefeierten Fresken „um Neumalungen, nicht aber um Freilegungen" handelte.

Der Erfolg war zunächst gering. Man hielt ihn für einen Wichtigtuer und glaubte ihm nicht. Erst als der unbequeme Malskat am 7. Oktober 1952 durch seinen Anwalt Dr. Flottrong Strafanzeige gegen sich selber erstattete, kam der Stein ins Rollen.

Lothar Malskat war bis zu diesem Zeitpunkt ein unbeschriebenes Blatt, aber beileibe kein Anfänger. Am 3. Mai 1913 in Königsberg als Sohn eines Antiquitätenhändlers geboren, hatte er sich durch das Kopieren italienischer Meister bereits in jungen Jahren um den väterlichen Laden verdient gemacht, ehe er nach bestandener Prüfung als „Stubenmaler" – als Kunstschüler – nach Berlin und später nach Lübeck ging. Hier verdingte er sich 1937 beim Restaurator und Kirchenmaler Fey als Gehilfe.

Nachdem die Fey-Firma in verschiedenen schlesischen Kirchen alte Malereien wieder aufgefrischt hatte, wurde ihr der ehrenvolle Auftrag zuteil, die Fresken im Schleswiger Dom, 1888 durch Professor Wolbers schnöde übermalt, wiederherzustellen. Hier schlug Malskats große Stunde. Die gotischen Wandgemälde, die er im Auftrag seines Prinzipals an die geweißten Backsteinmauern des mächtigen Gotteshauses zauberte, animierten damals ganze Kohorten von Kunsthistorikern zu patriotischen Erbauungsarien.

Daß auf den „gotischen" Fresken ein leibhaftiger Truthahn erschien, der nachweislich erst Mitte des 16. Jahrhunderts von den Spaniern in Europa angesiedelt worden ist, störte die berauschten Kenner der Materie nicht im geringsten. Bestätigte der Hahn nicht vielmehr die These, daß Wikinger, Krieger nordischen Geblütes also, längst vor Columbus die Neue Welt entdeckt hätten?

Lothar Malskat, noch immer kärglich bezahlter Gehilfe der Firma Fey, der die Fresken entworfen und gemalt und dabei u. a. seinen Vater und die damals hochgeschätzte Filmschauspielerin Hansi Knoteck verewigt hatte, erlebte damals zum ersten Mal, wie leicht die Welt, die Fachwelt nicht ausgenommen, bereit ist, sich leimen zu lassen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, den er als Kriegsmaler, vorzugsweise in Norwegen, unbeschadet an Leib und Seele hinter sich gebracht hatte, vertiefte er diese Erfahrung. Er erneuerte seine berufliche Ehe mit der Fey-Firma, in der nun Sohn Dietrich das Wort führte, ein alerter Geschäftemacher, der sehr bald erkannte, daß ein kunsthungriger, musisch ausgetrockneter Markt nur darauf wartete, mit Bildern namhafter Größen beliefert zu werden. Malskat muß damals wie im Rausch gearbeitet haben. An die 600 Gemälde und Aquarelle erblickten in seiner Werkstatt das Licht der Welt, Bilder von Rembrandt und Utrillo, Renoir und Klee, Kokoschka und Beckmann: hervorragende „Blüten", auf die auch versierte Kenner hereinfielen.

Nach der Währungsreform zog Fey einen neuen Fisch an die Angel: Er sicherte sich den Auftrag, die in einer Bombennacht schwer geschädigten Fresken in der Lübecker Marienkirche wiederherzustellen. Zu restaurieren gab's freilich nichts, Flammen und Witterungseinflüsse hatten tabula rasa gemacht. So blieb einmal mehr nichts anderes übrig, als alte Fresken neu zu entdecken und in frischem Glanz zu präsentieren.

Das war, wie schon in Schleswig, Lothar Malskats Arbeit, und prompt lieferte er, wie schon einmal, eine spektakuläre kunsthistorische Sensation in Gestalt eines ganzen Reigens mittelalterlicher Wandbilder: eine Muttergottes mit dem Christuskind, flankiert von Anna und Johannes, den beiden Mitpatronen der Kirche, sowie Aposteln, Patriarchen und deutschen Königen. Der Wirbel, den die Fresken verursachten, kannte keine Grenzen.

Und dann war plötzlich alles null und nichtig. Und was es noch nie gegeben hatte – der Fälscher selbst nannte die Dinge beim Namen, kredenzte sozusagen reinen Wein, aus Gründen freilich, die nie ganz geklärt wurden. War er verärgert? Handelte er aus Gewissenspein? Oder hatte er, ganz einfach, den Schwindel satt?

Die Fragen blieben ungeklärt, auch während der siebzigtägigen Verhandlung gegen Fey und Malskat, die von August 1954 an über die Bühne ging. Malskat wurde zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt (Fey sogar zu zwanzig), saß die Hälfte der Strafe in Neumünster als Edelhäftling ab und war dann einige Jahre ein durchaus gefragter Mann. Nun konnte er endlich eigene Bilder mit eigener Signatur ausstellen. Galerien in Stockholm, Hamburg, Hannover, Bochum und Meldorf öffneten ihm ihre Räume, mit magerem Ergebnis allerdings. Die echten Malskats bewiesen lediglich, was man längst wußte: daß der verschlossene Ostpreuße alle Gangarten der Malerei souverän beherrschte, in all seiner „naiven Vehemenz" aber doch wohl nicht mehr als ein genialer Eklektizist war.

Später ist es still um ihn geworden. Es heißt, daß er noch immer auf seiner Insel Deepenmoor bei Lübeck wohnt, abseitig und verletzt. Schade – denn es gibt Malskat-Bilder, die sehr wohl eine eigene Handschrift verraten: die eines verspäteten, aber ehrlichen Nachfahren des deutschen Expressionismus.

RUDOLF PÖRTNER

Theaterbrief aus London: Peter Barnes' „Red Noses" uraufgeführt und David Edgars „Destiny" in einer Neuinszenierung

In einem Wald von Kruzifixen gerät die Welt aus allen Fugen

Der englische Dramatiker Peter Barnes pflegt eine Spielart der Komödie, die mit dem Entsetzlichen Scherz treibt. Einen solchen Drahtseilakt führte er in „Laughter" vor, einem Stück über die Folterkammern Iwans des Schrecklichen und über Auschwitz. Nur ein jüdischer Autor, meinte damals sein Regisseur Terry Hands, habe Auschwitz als grimmigen Scherz, als satanischen Witz darstellen können. In seiner neuen Komödie, „Red Noses", wieder von Terry Hands, einem der künstlerischen Direktoren der Royal Shakespeare Company, in Szene gesetzt, wählte Barnes die Umbruchszeit des schwarzen Todes im Frankreich des 14. Jahrhunderts, um aus dem Morast des Zusammenbruchs religiöser und staatlicher Ordnung die Blume des humanisierenden Humors ans Licht zu treiben.

Die Pest des 14. Jahrhunderts mit ihrem orgiastischen Giftatem erscheint hier als Metapher für unserere eigene, umweltbedrohte Zeit. Barnes führt sein Thema, die Bewährung des Menschen in einer gefährlichen Ausnahmesituation, in einem pikaresken Stationendrama vor, in dem er Music Hall mit „Jedermann"-Allegorien, Slapstick mit barocker Haupt- und Staatsaktion mischt.

Auf der großen Barbican-Bühne in London baute Farrah eine aus den Fugen geratene Welt mit einem Wald von Kruzifixen, einer von Klüften und Gräbern aufgerissenen Erde, der dank reichlichem Gebrauch von Trockeneis Pestilenzdämpfe entströmen.

In diesem irdischen Jammertal rekrutiert der kleine Priester Marcel Flote als ein heiliger Narr eine Schar von grotesken Spielleuten, als „Clowns Christi" kenntlich an ihren „roten Nasen".

Sie setzen dem Theater der Grausamkeit einer Gruppe von Flagellanten das Evangelium des Humors entgegen. Es ist ein Machtkampf, den die „Flottisten" mit der Waffe des Humors nach der Devise führen: „Jeder Witz sollte eine kleine Revolution sein."

Die „Clowns Christi" sind absolute Meister ihres Metiers: Ein blinder Jongleur, ein stotternder Bauchredner, ein umwerfend komisches Tanzduo Einbeiniger. Diese fahrenden Leute ziehen singend und tanzend durchs Land. Ihr Straßentheater ist ein Spiel von Jedermann, aber als Clownerie parodistisch verfremdet. Der Mönch Flote mimt bei einem Schachspiel um Menschen den Tod, dem in übermütiger Spiellaune die Hosen ausgezogen werden. Pestkranken wird die Medizin des Lachens mit dem Schöpflöffel verabreicht. Todkranke lachen sich über dieses Spiel im Spiel buchstäblich tot. Homo ludens erteilt die letzte Ölung.

Das geschieht zunächst mit dem Segen von Papst Clemens VI., der sich in ein gewaltiges, durchsichtiges Kondom geflüchtet hat, vor Infektion also geschützt. Doch die Flottisten erhalten für ihre praktische Mitmenschlichkeit Zulauf, der Humor wird zum politischen Faktor. Er kennt keine sozialen Rangunterschiede.

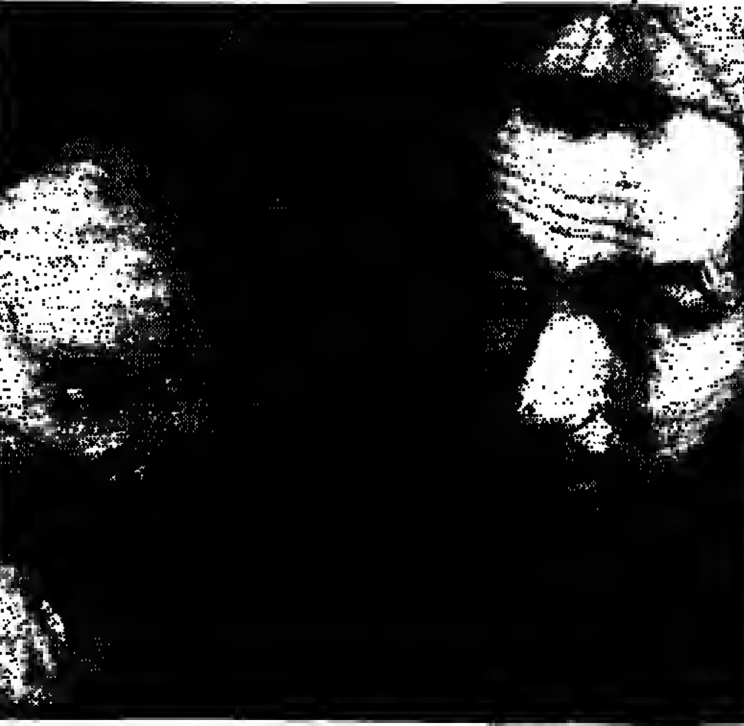
Doch als die Pest abflaut, geht's den Flottisten bei der einsetzenden „Normalisierung" an den Kragen. Schließlich waren sie drauf und dran, ein irdisches Paradies zu schaffen. Ein aus dem Schnürboden in die Welt zurückkehrender Papst gibt die Parole aus: „Die Pest war eine Zeit tränenreicher Unschuld, jetzt bricht eine größere Dunkelheit an, denn jetzt geht es wieder normal zu." Dazu heult der Pontifex wie ein Wolf. Natürlich werden Geißler und Flottisten allesamt als gefährliche Terroristen im Zuge der Restitution hingerichtet.

Humor als Garant für die Würde des Menschen in dunkler Zeit – sicher ein faszinierender Vorwurf. Doch das Versprechen müßte eingelöst werden. Dem Autor sind nur billige Witzeleien eingefallen. Es kalauert, daß sich die Balken biegen. Das nimmt einem hervorragenden Ensemble mit Antony Sher als Pater Flote immer wieder den Wind aus den Segeln. Die Wortspiele schleichen gar zu oft auf Krücken daher. Die Katharsis bleibt aus.

Eine Neuinszenierung von David Edgars Politdrama „Destiny" war eine gute Wahl des Half Moon Theatre, des völlig modernisierten und vergrößerten einzigen Theaters in der kulturellen Einöde des Londoner East End. In diesem Stück Gegenwartstheater spielen auch Farbige mit, die hier, im East End, zu Hause sind. Das Stück bietet eine Analyse des Chauvinismus, der sich in England seit der Unabhängigkeit Indiens als Reaktion auf die Einwanderung Farbiger entwickelte und in der rechtsextremistischen *National Front* ein Sammelbecken fand.

Es ist insofern nicht mehr brandaktuell, als die politische Wende nach rechts seit Ende der siebziger Jahre den Rechtsextremisten die Plattform entzogen hat. Doch in einer Zeit, in der die *National Front* unter Fußballrowdys das Brüsseler Heysel-Stadions zu rekrutieren versuchte und in der Unbekannte nachts die Wohnungen Farbiger in Brand stecken, ist dies nach wie vor ein notwendiges Stück. Chris Bond hat es mit Gespür für den Nerv der Zeit auf einer zentralen Bühne und auf in die Zuschauerreihen eingelassenen Nebenbühnen wirksam in Szene gesetzt.

SIEGFRIED HELM



Opfer der „Normalisierung": Zwei der „Roten Nasen" aus Terry Hands Londoner Inszenierung im Barbican Center

FOTO: IVAN KYNCL

JOURNAL

Protest gegen Lautrec-Institut

AFP, Paris

Gegen die Einrichtung eines kürzlich im Schloß Malromé im südwestfranzösischen Departement Gironde eröffneten „Toulouse-Lautrec-Instituts" haben die Nachkommen des Malers öffentlichen Protest erhoben. In einem Kommuniqué erklären die Großneffen Lautrecs, die dessen Geburtshaus in Albi besitzen, das neue Institut sei von Personen geschaffen worden, die „den mit Leben und Werk des Künstlers vertrauten Autoritäten völlig fremd" seien und die den Namen Toulouse-Lautrecs „mißbrauchen". In dem Text, der auch von dem Konservator des Toulouse-Lautrec-Museums in Albi unterzeichnet ist, heißt es ferner, das Schloß Malromé, in dem der Maler 1901 starb, enthalte „keinerlei Erinnerung" an Toulouse-Lautrec und keine Arbeiten des Malers mehr. Die dort als Lautrec-Werke ausgestellten Zeichnungen seien niemals als authentisch anerkannt worden.

Streit um Friese des Parthenon geht weiter

AFP, Athen

Der Streit um die Friese des Parthenon-Tempels, die die Regierung Papandreou von Großbritannien zurückfordert, geht weiter. Die griechische Kulturministerin Melina Mercouri erklärte jetzt, daß die Marmorfriese noch zu ihren Lebzeiten nach Griechenland zurückkehren würden. Sie kündigte einen Besuch in Großbritannien für September an, wo sie auf einem Parteitag der Labour-Party zu diesem Thema sprechen wolle. Die Ministerin hatte im Oktober 1983 von der britischen Regierung offiziell die Rückgabe der Friese gefordert, die der einstige britische Botschafter in Konstantinopel, Lord Elgin, während der Besetzung Griechenlands durch die Osmanen erstanden hatte. London hatte das Ersuchen mit der Begründung abgelehnt, daß die später dem British Museum vermachten Reliefs zum britischen Nationaleigentum gehörten.

Römischer Säulenbalken in der Adria entdeckt

dpa, Grado

Ein vier Meter langer römischer Säulenbalken aus dem ersten oder zweiten vorchristlichen Jahrhundert ist etwa einen halben Kilometer vor der Küste von Grado in der Adria entdeckt worden. Am Fundort auf dem Meeresgrund fanden sich außerdem Reste eines Grabmals mit einer Inschrift aus der Zeit des Kaisers Augustus. Nach Ansicht der Archäologen gehörte der Balken vermutlich zu einem öffentlichen Gebäude in Aquileja. Das heute zur Provinz Udine gehörende Aquileja war in der Kaiserzeit eine der größten Städte Italiens. Es wurde im fünften Jahrhundert nach Christus durch den Hunnenführer Attila zerstört.

Mühlen-Museum wird in Glinde eingerichtet

dpa, Glinde

Die fast fertig restaurierte, über dreihundert Jahre alte ehemalige Wassermühle von Glinde in Schleswig-Holstein wird jetzt zum Mühlen-Museum für Norddeutschland eingerichtet. Es fehlte bisher eine vergleichbare Institution im Museumsangebot in Schleswig-Holstein. Die von der Stadt im Jahre 1981 für 220 000 Mark ersteigerte und für insgesamt rund 1,5 Millionen Mark restaurierte und wieder funktionsfähig gemachte Mühle soll auch eine ortskundliche Sammlung beherbergen. Die Mühle war 1648 zunächst als „Walkmühle" von Hamburger Weißgerbern betrieben und dreißig Jahre später auf Kupferhammer umgestellt und zum Kornmahlen genutzt worden. Bis 1952 war sie voll in Betrieb.

Wernicke inszeniert Lullys „Phaëton"

Reg. Kassel

Seit dreihundert Jahren soll nach Meinung von Experten die Barockoper „Phaëton" von Jean-Baptiste Lully nicht mehr aufgeführt worden sein. Jetzt will Herbert Wernikke, der zuletzt die „Florentinischen Intermedien" für Kassel inszeniert hat, die Oper für das Staatstheater neu einrichten, einstudieren und auch ausstatten. Dirigent ist Christian Fröhlich, der das Werk musikalisch bearbeitet. Als Premierentermin ist einstweilen der 2. November vorgesehen.

Fünf Konzerte in Donaueschingen

dpa, Baden-Baden

Die Donaueschinger Musiktage vom 18. bis 20. Oktober bringen in fünf Konzertveranstaltungen je fünf Ur- und deutsche Erstaufführungen. Das Programm enthält außerdem ein akustisches Environment von Rolf Gehlhaar, den Film „El Pueblo nunca muere" von Mathias Knauer/Klaus Huber, eine SWF-Jazz-Session und „Akustische Spielformen" im Zusammenhang mit dem Karl-Sczuka-Preis des Südwestfunks.

Flüssigei-Skandal – Bundesgesundheitsminister ergreift Initiative bei EG – Niederländische Beamte signalisieren Einverständnis mit deutscher Haltung

Bonn: Keine bebrüteten Eier mehr

GÜNTHER BADING/DW. Bonn

Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler wird in einem Schreiben an die EG-Kommission erneut einen Vorstoß zur Änderung der Bestimmung über die Verwendung angebrüteter Eier zur Lebensmittelherstellung unternehmen. Nach geltenden EG-Bestimmungen können unbefruchtete Hühnereier bis zum sechsten Tag der Bebrütung noch im Lebensmittelbereich Verwendung finden. Die Bundesregierung möchte erreichen, daß bebrütete Eier, unabhängig von der Bebrütungsdauer, grundsätzlich nicht mehr als Lebensmittel Verwendung finden.

In der Vergangenheit waren solche Vorstöße der deutschen Behörden stets gescheitert, auch, weil die Vertreter der Niederlande an der bisherigen Regelung festhalten wollten. Sie bedeutet, daß der – billig als Rohstoff aufzukaufende – Ausschuß der ersten sechs Tage aus Brutanlagen in der Lebensmittelherstellung Verwendung finden kann.

Jetzt haben die holländischen Behörden allerdings, vorerst noch auf Beamten-Ebene, „signalisiert", daß sie sich den deutschen Vorstellungen anschließen wollen. Da die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande die beiden größten Eier-Produzenten in der Gemeinschaft sind, hat der neuerliche Vorstoß des Bundesgesundheitsministers erstmals eine reale Chance auf Erfolg.

Die niederländischen Behörden haben die Hersteller und Exporteure von Flüssig-Ei immer wieder überprüft – auch auf deutsche Bitten hin. Erst in der vorvergangenen Woche war das Unternehmen van Loon, das als Lieferant von billigem, nicht für die Lebensmittelherstellung zugelassenem Schleuder-Ei ins Gerede gekommen ist, überprüft worden. Diesmal wurde im Gegensatz zu früheren Überprüfungen dort nichts beanstandet.

Schleuder-Ei darf nicht für Lebensmittel Verwendung finden. Allerdings ist diese Methode naturgemäß billiger. Zusammen mit billig eingekauften Rohstoffen, also angebrüteten Eiern, ergeben sich erheblich höhere Gewinnspannen als bei unbebrüteten Frischeiern, die nach der korrekten Aufschlag-Methode zu Flüssig-Ei zubereitet wurden.

In Baden-Württemberg, wo Nudelhersteller wegen der Verwendung angeblich aus Bruteiern bestehenden Schleuder-Eies angegriffen worden sind, haben sich die Teigwarenhersteller mit Gesundheitsminister Gerhard Weiser (CDU) am Wochenende darauf verständigt, grundsätzlich keine Bruteier mehr zu verwenden – also auch nicht nach der EG-Norm zulässige weniger als sechs Tage angebrütete Eier.

Der Geschäftsführer des Teigwarenunternehmens Birkel (Weinstadt-Endersbach), Klaus Birkel, hat dem Regierungspräsidium Stuttgart eine Einstweilige Verfügung angedroht. Birkel sagte gestern in Stuttgart, die Behörde habe Untersuchungsergebnisse von Teigwarenprodukten „nicht objektiv" wiedergegeben. Das Regierungspräsidium hatte in der vergangenen Woche mitgeteilt, daß im Jahr 1984 fünf Proben von Fertigprodukten der Firma Birkel als mikrobiell verunreinigt festgestellt worden seien. Laut Klaus Birkel geht jedoch aus den vollständigen Gutachten des zuständigen Untersuchungsamtes hervor, daß dort Zweifel an dem Befund bestanden hätten.

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV) sieht in der Flüssig-Ei-Affäre vorerst keinen Anlaß zu Beunruhigung und überstürzten Aktionen. „Nach allem, was man bisher weiß, gibt es keinen Grund, auf irgendein Nudelprodukt zu verzichten", sagte ihr Vertreter Thomas Schlier gegenüber der WELT.

Die bisher in der Presse genannten Details seien zu ungenau: Überbrütete Eier seien zwar unappetitlich, jedoch nicht gesundheitsschädlich; das gleiche gelte für Salmonellen in geringer Konzentration; bei den genannten „Mikroorganismen" müsse erst geklärt werden, was genau darunter zu verstehen sei. Schlier forderte umgehend gründliche Untersuchungen der betroffenen Produkte und kritisierte die Kommunikation unter den Kontrollbehörden als „mittelalterlich".

Die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), gewöhnlich bestrebt, den Ruf deutscher Landwirtschaftsprodukte hochzuhalten, hält sich beim Hühnerei bedeckt.

Auch mit Eiern wird die Pasta nicht al dente

hhh. Bonn

Mama mia. Für jede italienische Hausfrau ist alleine die Vorstellung, es könnte sich Ei in der Pasta, in den Nudeln, befinden, ein Graus. Der Gesetzgeber trägt dem Rechnung und schützt sie so ganz nebenbei auch vor Hühnerklein im Teig. Das Gesetz 580 aus dem Jahre 1967 schreibt vor, daß der Teig für Spaghetti, Lasagne, Tortellini oder andere Kreationen nur aus Hartweizengries hergestellt werden darf. Dieser empfindliche Weizen wächst auf ausgesuchten Böden im Süden, in Apulien etwa und Sizilien.

Als im Gefolge von Gastarbeitern und Touristen italienische Lebensmittel auch in Deutschland Eingang fanden, fingen auch deutsche Produzenten an, im Pasta-Teig zu rühren. Doch der heimische Weichweizen verliert beim Kochen die Konsistenz, er muß gleichsam mit Eiern gestärkt werden. Erlaubt ist dies, denn die deutsche Teigwarenverordnung, die nicht nach Weizenarten unterscheidet, erlaubt 2¼ Eier pro Kilogramm Weizen. Trotzdem sind die so produzierten Spaghetti nicht „al dente", nicht zahn- und damit mundgerecht.

Doch auch die Italiener produzieren inzwischen Tausende von Tonnen jährlich dieser eiverstärkten Nudelprodukte. Aber nur für den Export. Etwa 30 000 Tonnen überqueren jährlich den Brenner. Südlich davon geht da keiner dran.

90 Prozent unbefruchtet

DIETER THIERBACH, Bonn

„Flüssigei ist in der Regel 'was Gutes", stellt Georg Lösch, Geschäftsführer des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft in einem Gespräch mit der WELT fest. „Man kann nur was Schlechtes draus machen ..."

Flüssigei darf in der Bundesrepublik nur aus aufgeschlagenen Frisch-Eiern der Handelsklasse A hergestellt werden. Die Schale wird entweder von Hand oder maschinell von der Eimasse getrennt. „Die Herstellung von Schleuder-Ei ist bei uns verboten", so Georg Lösch, „da beim Produktionsvorgang Verunreinigungen von der Schale in die Eimasse gelangen können". Bei der ins Gerede gekommenen holländischen Flüssigware handelt sich um billigst eingekaufte Ausschußware, die „Bruteier". Sie fallen ständig in den Nachwuchszuchtanstalten für Hähnchenmästereien und Legebatterien an.

Um zur Güteklasse C zu gehören – die zehnjährige EG-Verordnung über Vermarktungsnormen für Eier schreibt das eindeutig vor – müßten sie eigentlich vor ihrem sechsten Aufenthaltstag aus dem Brutschrank per Lampendurchleuchtung aussortiert werden. Diese Eier sind auch als „Schiereier" bekannt. Wurde in der Vergangenheit gleich zweimal „geschiert" – am 6. Tag und am 18. Tag – wird heute nur noch am 18. Tag kontrolliert. Der größte Teil dieser 18-Tage-Eier – zwischen 85 bis 90 Prozent – ist unbefruchtet.

Georg Lösch: „Das ändert nichts daran, daß diese Eier 18 Tage bei etwa 37° C gelagert worden sind. Eine Sauerei ist es somit in jedem Falle, diese Eier zu verwenden. Natürlich kann man diese mit einer roten Banderole als ‚ungenießbar' eindeutig gekennzeichneten Eier für Tierfutter und andere technische Zwecke nehmen. Wer diese Eier bekommt und macht da etwas anderes draus, der weiß genau, was er tut."

Bereits am zweiten Tag erkennt man beim befruchteten Brutschrank-Ei eine Veränderung. Nach dem fünften Tag bilden sich „Blutringe", sprich Adernetze für den Keimling. Die Form des Embryos, ja sogar das Kükenherz, werden im Laufe der Zeit sichtbar. Vom zwölften Tag an sieht man die Embryonen, wie sie im Fruchtwasser schwimmen. Bis das Küken schlüpft, sind genau 21 Tage vergangen.

Ein Ei, so das „Handbuch für Eierkunde" kann nur in den ersten 14 Tagen „nach Verlassen des Huhnes" als frisch angesehen werden. Wie alt ein Ei wirklich ist, merkt man erst beim Aufschlagen. Frische zeigt sich am hochgewölbtem Dotter. Beim Alt-Ei ist das Eiklar verlaufen, das Dotter flach.

„Aus dem Frühstücksei kann kein Schnabel gucken", beruhigt Georg Lösch, „denn in einem Laden wird man keine Eier finden, die schon mal im Brutschrank waren. Auch die Zeiten, in denen man für angebrütete Eier teuer bezahlt hat, weil man meinte, man würde dadurch jünger, sind ein für alle Male vorbei ..."

Der Name Tyrell bürgte einst für allerbeste Qualitäten

Ehemaliger Präsident des Weinbauverbandes vor Gericht

A. KOLLECKER, Mainz

Für die Wein-Strafkammer beim Mainzer Landgericht wäre der Panscher-Prozeß, der gestern zu verhandeln war, von keiner nennenswerten Dimension, wenn es sich bei dem Hauptangeklagten nicht um den früheren Präsidenten des Deutschen Weinbauverbandes, Werner Tyrell (Trier-Eitelsbach), handelte. Auch die Menge des unzulässig gezuckerten Weines – laut Anklage etwa 106 000 Liter – macht nicht das Besondere des Verfahrens aus. Es ist die Manipulation von Spitzenqualitäten.

Der Kellermeister, der den Wein direkt oder über die Süß-Reserve gezuckert und in Tagesberichten hierüber falsche Angaben machte, belastet Tyrell. Dieser habe ihm Anweisungen hierzu erteilt. Tyrell, der inzwischen auch nicht mehr Ehrenpräsident des Deutschen Weinbauverbandes ist, fügte den Aussagen nichts hinzu: „Möglicherweise habe ich es angeordnet." Doch als Staatsanwalt Hilmar Haentjes ihn bei der Offiziersehre packt, sagte er leise und knapp: „Ich gebe es zu."

500 Jahre alt ist die Geschichte des Karthäuserhofes an der Ruwer, die bei Trier in die Mosel fließt. Die Kreszenzen aus diesem Seitental genießen bei Kennern den besten Ruf. Obendrein schien der Name Tyrell für Spitzenqualitäten zu bürgen. Er selbst predigte als Präsident den Winzern Qualitätsbewußtsein. Dem Verband der Qualitätsweingüter gehört das Eigentum der Ehefrau Tyrell nahezu selbstverständlich an. Tyrell selbst ist Verwalter. Gleichwohl wurde auf dem Etikett seit Beginn der 70er Jahre die „Erzeugerabfüllung Werner Tyrell" ausgewiesen. Der Weinbaupräsident firmierte verschiedentlich als „Landwirt und Winzer".

Weine aus dem Hause Tyrell waren teuer, aber – laut Anklage – nicht immer gut. 106 506 Liter seien „manipuliert" und 79 300 Liter davon in den Verkehr gebracht worden.



Ihre Gasturbine macht sie zur schnellsten Yacht des Mittelmeeres: die „Fortuna" des spanischen Königs Juan Carlos (oben). Die „Azor" (Mitte) wurde einst für General Franco gebaut. An Pracht übertrifft die „Nabila", Luxusyacht des kuwaitischen Kaufmanns Kashoggi (unten), alle anderen FOTOS: EFE (2)/PANDIS

Die Seepferdchen von der Costa del Sol

Von ROLF GÖRTZ

Eine Stunde lag die „Azor" mit gestoppter Maschine in der Bucht von Andraitx an der Westspitze Mallorcas. Unbemerkt kletterte Spaniens Ministerpräsident Felipe González im Feriendreß an Bord der Staatsyacht. Begleitet von einem alten Mallorquiner Fischer, der schon General Franco das Hochseeangeln beibrachte, hockte sich González auf den an Deck festgeschraubten Sitz, auf dem der Caudillo einst Thunfische und Haie an Deck zog.

Daß Spaniens Regierungschef zum zweiten Mal die „Azor" nutzte, nennen Wohlwollende einen konsequenten Versuch, Tabus zu brechen und die Vergangenheit hinter sich zu lassen. Andere sehen darin aber den Trotz eines gestreßten Politikers, der es leid ist, sich von Ideologen bevormunden zu lassen. Die „Azor" (Habicht) wurde wie alles im Spanien der Franco-Ära auf den Caudillo zugeschnitten. 1949 gebaut, 442 Tonnen, 42 Meter lang, 10 Meter breit, läuft sie nicht einmal 12 Knoten, etwa 22 Kilometer in der Stunde. Während Frau Franco in ihrer Kammer mit der Seekrankheit kämpfte, saß der Generalissimo mit sich und der Welt zufrieden hinter der gewaltigen Angelrute.

Ganz anders die Turbinenyacht des Königs, die „Fortuna". Noch als Kronprinz hatte König Fahd von Saudi-Arabien seinem Freund Don Juan Carlos von Spanien dieses schnellste Rennpferdchen des Mittelmeeres zum Geschenk gemacht. Von Englands Don Shead, dem Schiffsdesigner des internationalen Jet-set, entworfen, rüstete die amerikanische Wisconsin-Werft den 26 Meter langen Aluminiumkreuzer mit zwei deutschen MTU-Dieseln von je 1065 PS aus, die, gekoppelt mit einer Avco-Lycoming Gasturbine von nicht weniger als 4600 PS, dem Schiff eine Gleitgeschwindigkeit von 60 Knoten, das sind etwa 110 Stundenkilometer, geben soll. Die Turbinen saugen Wasser an und pressen es durch drei Düsen wieder heraus.

König Juan Carlos wäre nicht in der Lage, dieses Boot zu unterhalten. So schenkte er es der Marine. Die aber gab es kurze Zeit später höflich weiter an das Patrimonio nacional, den großen Staatstopf für alles. Die Reparaturen der sehr anfälligen Anlage mochte die Marine bei allem Respekt ihrem Oberbefehlshaber gegenüber doch nicht finanzieren. Die Gasturbine wird deshalb kaum ganz ausgefahren.

Manchmal besucht der König mit seinem Renn-Seepferdchen die Verwandtschaft im Hafen von Motril, südlich von Granada. Für König Baudouin und Königin Fabiola von Belgien liegt dort im Yachtclub von Motril ein Motorboot bereit, das vor zwanzig Jahren etwa einem mittleren Unternehmer aus Köln zur Ehre gereicht hätte. Neben den Yachten, selbst der kleineren Nabobs im Puerto Banús bei Marbella würde sich die „Avila" wie ein Aschenputtel ausmachen, trotz der belgischen Kriegsflagge am Heck. Das 12 Meter lange Boot entspricht der Bescheidenheit des Königspaares aus Brüssel, das in der Nähe eine Sommervilla besitzt. Meist tragen die königlichen Eigner und ihre Gäste ihre Picknickkörbe selbst an Bord.

Welch Gegensatz dazu die Turbinenyacht des kuwaitischen Kaufmanns Adnan Kashoggi – die „Nabila". Sie ist der luxuriöseste Dampfer, der zur Zeit auf den sieben Weltmeeren schwimmt: 67 Meter lang, 13 Meter breit und über 30 Knoten schnell liegt er meist an der Pier von Puerto Banús; eher einem Hotel in Stromlinienform als einem Schiff ähnlich, wenn man von dem weit herausragenden Klipperbug absehen will.

Kashoggi benannte sein Schiff nach seiner Tochter, einer arabisch-dunklen Schönheit von 20 Jahren und schrieb ihren Namen in fußgroßen Goldbuchstaben an die Bordwand. Die Eignergemächer und die 16 Suiten mit Bädern aus Marmor und Jade, mit sechs bordeigenen TV-Kanälen, mit Hubschrauberdeck und einer einsatzbereiten Klinik an Bord, machen den Eindruck, als habe jemand „Tausendundeine Nacht" gelesen und die Realisierung goldschimmernder Paläste soliden Schiffbauingenieuren überlassen.

Legionär als mordender Lebenshelfer?

SABINE KOBES, Hamburg

An Gicht leidet er seit langer Zeit, und zur Ruhe kommen wollte er für ein paar Tage. Ein Kurlaub in Bad Bramstedt erschien Gerd Riesle (48) im März dieses Jahres hilfreich. Hier in Schleswig-Holstein fällt dem Hannoveraner eine Hamburger Morgenzeitung in die Hände. Kleinanzeigen wurden gerade zu einem Vorzugspreis angeboten. Der Diplom-Ingenieur nutzte die Gelegenheit und inserierte: „Fremdenlegionär o. ä. ges., der Sonderauftrag gegen beste Bezahlung durchf. Chiffre 8602."

Der Sonderauftrag, eine „spontane Idee", wie Gerd Riesle es nennt, beschäftigt seit gestern eine Schwurgerichtskammer des Hamburger Landgerichts. Er habe „Killer" anheuern wollen, die ihn seiner Ehefrau Margarita entledigen sollten, wirft ihm die Staatsanwaltschaft vor. „Vielleicht eine Art Lebenshilfe" nennt Riesle, was er sich von der Anzeige erhoffte.

Lange schwarze Haare

Der Diplom-Ingenieur ist ein Selfmade-man. Als Bauschlosser sparte er jahrelang für ein Studium. 1964, mit 29 Jahren, bestand er sein Examen in Hildesheim.

Bald war er Bauleiter einer Firma aus Salzgitter, verbrachte Jahre auf Baustellen im Ausland. Zu Hause in Hannover warteten nur die heute 73jährige Mutter und die 45 Jahre alte Schwester auf ihn. Für eine Lebensgefährtin hatte der vielgereiste Riesle sich noch nicht entscheiden können.

Bis es 1978 in Moskau funkte: Margarita, 15 Jahre jüngere Sowjetrussin wurde ein dreiviertel Jahr später Ehefrau des Deutschen von der Flughafen-Baustelle. „Sie sieht sehr gut aus, hat lange schwarze Haare", beschreibt der Ingenieur mit den wasserblauen, umherirrenden Augen dem vermeintlichen Fremdenlegionären seine Frau.

Zu dieser Zeit ist die Ehe zerrüttet. Margarita kommt mit ihrer Schwiegermutter nicht zurecht: Sohn Robert, 1981 geboren, bringt die Eltern nicht mehr zusammen.

„Dem KGB zugearbeitet"

„Der endgültige Vertrauensbruch kam, als ich merkte, daß meine Frau dem KGB zuarbeitet", sagt Gerd Riesle am ersten Verhandlungstag. „Ein Vorwurf, den wir hier nicht ergründen können", schränkt der Vorsitzende Richter Schenck gleich ein. In Iran hatte Riesle Fremdenlegionäre kennengelernt, „durchsetzungsfähige Männer", die ihn faszinierten. Von solchen Kerlen erhoffte er sich „Lebenshilfe".

Zwei junge Hamburger, ein 21 Jahre alter Lagerarbeiter und ein 23jähriger Kellner, beide arbeitslos und der Fremdenlegion unbekannt, interessierten sich für das Angebot. Der Jüngere, groß, hager, rothaarig, wurde vorgeschickt und traf sich mit dem Ingenieur. Er soll den den Mordauftrag bekommen haben. Der Ingenieur habe sich als Mittelsmann ausgegeben.

Den beiden Hamburgern sei es mulmig geworden – zumal Riesle bereits ausgeklügelte Pläne vorlegt haben soll: Erwürgen im Keller, Überfahren auf der Straße, Eindringen in die Wohnung als verkleideter Klempner. Beim nächsten Treff habe der Lagerarbeiter einen Polizeibeamten mitgebracht, ihn als „Kumpel" vorgestellt, der den 10 000-Mark-Auftrag erledigen könnte. Das Mordkomplott – so es eines werden sollte – war vereitelt.

LEUTE HEUTE

Dreist

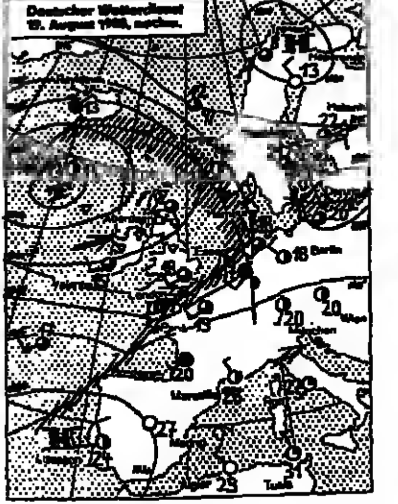
Um den ersten westeuropäischen Firmenchef der Volksrepublik China, den pensionierten deutschen Ingenieur **Werner Gerich**, ist wegen energischer Führung der Motorenfabrik von Wuhan, eine Kontroverse entbrannt. Schon am ersten Tag beschloß er, daß das Produktionssoll auch mit drei Viertel der Belegschaft zu schaffen sei. Wegen Beschwerden über undichte Motoren rief Gerich seine Prüfabteilung zusammen und fand heraus, daß zwei Kontrolleure Meßgeräte nicht zu bedienen wußten. Als er ihnen kurz mitteilte, „sie gehören der Belegschaft nicht mehr an", war es mit dem Betriebsfrieden dahin. Er verhängte Geldbußen gegen Arbeiter, die ständig zu spät erschienen, und verbot das Zeitunglesen während der Arbeitszeit. Dieses Vorgehen machte einige Leute über die „Dreistigkeit des Ausländers fuchsteufelswild".

Faustdick

Einen ungewöhnlichen Brief erhielt **Josef „Jupp" Denzer**, Präsident des nordrhein-westfälischen Landtages. **Fritz Schaumann**, Geschäftsführer der neu ins Parlament gezogenen FDP, macht sich darin mit einer faustdicken Beschwerde Luft. Zitat: „Eigentlich wollte ich schreiben: Verdammt noch mal, lieber Herr Denzer, ist es dieser Landtagsverwaltung mit 250 Mitarbeitern nicht möglich, der kleinen FDP-Fraktion in acht Wochen, wenn schon keine feine, so doch wenigstens funktionierende Ausstattung zu verschaffen?" Und weiter: „Man hat mir aber gesagt, dies könne ich, der Usancen des hohen Hauses wegen, auf keinen Fall so formulieren."

WETTER: Regen

Wetterlage: Der Ausläufer eines Tiefs bei Island überquert heute Deutschland von Westen nach Osten. Hinter ihm setzt sich kurzer Zwischenhocheinfluß durch.



Vorhersage für Dienstag:
Im Norden und Westen anfangs noch bedeckt, im Tagesverlauf Übergang zu auflockernder Bewölkung. Temperaturen bis 20 Grad ansteigend, nachts um 12 Grad. Mäßiger Südwestwind. Im Süden stark bewölkt und Regen, Temperaturen bei 22, nachts um 12 Grad, mäßiger Wind aus Süd bis West.

Weitere Aussichten:
Am Mittwoch anfangs noch heiter, im weiteren Verlauf von Westen erneut aufkommender Regen, etwas ansteigende Temperaturen.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	18°	Kairo	32°
Bonn	17°	Kopenh.	15°
Dresden	18°	Las Palmas	24°
Essen	17°	London	18°
Frankfurt	20°	Madrid	27°
Hamburg	18°	Mailand	24°
List/Sylt	18°	Mallorca	29°
München	20°	Moskau	27°
Stuttgart	22°	Nizza	26°
Algier	29°	Oslo	18°
Amsterdam	18°	Paris	19°
Athen	29°	Prag	18°
Barcelona	28°	Rom	27°
Brüssel	17°	Stockholm	21°
Budapest	21°	Tel Aviv	31°
Bukarest	29°	Tunis	31°
Helsinki	22°	Wien	20°
Istanbul	26°	Zürich	23°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 6.17 Uhr, Untergang: 20.32 Uhr; **Mondaufgang:** 12.42 Uhr, Untergang: 22.37 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Japan startete Satelliten zur Beobachtung des Kometen Halley

DW. Tokio

Vom Raumfahrtzentrum Kagoshima auf der Insel Kyushu ist gestern die zweite japanische Raumsonde zur Beobachtung des Halleyschen Kometen gestartet. Der Satellit „Suisei" (Komet) wurde mit der neuentwickelten, dreistufigen Trägerrakete MU-3S II ins All geschickt und soll sich am 8. März 1986 bis auf eine Distanz von 200 000 Kilometern dem Kometen genähert haben. Dieser ist nur alle 76 Jahre auf seiner Bahn um die Sonne zu beobachten. Bereits im Januar hatte Japan den 138 Kilogramm schweren Satelliten MS-T5 „Sakigake" (Herold) ins All gebracht. Der Versuch ist Teil eines internationalen Programms, an dem sich Japan, die USA, die UdSSR sowie ost- und westeuropäische Staaten beteiligen.

Fährunglück in China

rtr, Peking

Bei einem Fährunglück in China sind, wie die „Peking Evening News" gestern berichtete, rund 300 Menschen ums Leben gekommen. Das Unglück habe sich auf dem Songhua-Fluß in der Provinz Heilongjiang ereignet, hieß es. Auf der Fähre sei ein Streit ausgebrochen, dabei habe sich das Gewicht auf dem überfüllten Boot verlagert, es sei umgekippt und gesunken.

Trennungsgeld

dpa, Kassel

Die Gewährung von Trennungsgeld unterliegt im öffentlichen Dienst einer Ermessensentscheidung. Ein wissenschaftlicher Angestellter der Gesamthochschule Kassel scheiterte jetzt mit einer entsprechenden Klage vor dem Bundesarbeitsgericht (BAG) in Kassel. Das Trennungsgeld ist nach den Vorschriften des Bundesangestelltentarifvertrages (BAT) in Verbindung mit der Hessischen Trennungsgeldverordnung eine Kann-Leistung, stellten die Richter fest. Der Kläger, der aus Nordrhein-Westfalen kam und dort seine Familie zurückließ, vertrat die Auffassung, Trennungsgeld sei in jedem Fall zu gewähren (Az.: 7 AZR 270/82).

An den Pranger gestellt

dpa, Den Haag

Erboste Händler haben in der belgischen Enklave Baarle-Nassau in der niederländischen Provinz Nordbrabant einen Ladendieb eine halbe Stunde lang an den Pranger gestellt. Wie die Zeitung „Algemeen Dagblad" gestern berichtete, wurde der Dieb auf frischer Tat ertappt, als er einige Pullover stehlen wollte. Um seine Flucht zu verhindern, wurde er für jedermann sichtbar an einen Laternenpfahl gebunden.

Tomaten nicht giftig

dpa, Neapel

Die im neapolitanischen Hinterland angebauten und mit dem Pflanzenschutzmittel „Temik" behandelten Tomaten sind vermutlich nicht giftig. Dies verlautete gestern in Neapel aus Kreisen der Regionalverwaltung von Kampanien, die eine Untersuchung der Tomaten angeordnet hatte. Die italienischen Konservenhersteller hatten sich geweigert, zwei Millionen Doppelzentner Tomaten aus der Provinz von Neapel abzunehmen, weil sie mit „Temik" behandelt worden waren. Die Chemikalie darf in Italien nur beim Anbau von Zuckerrüben verwendet werden.

Mann am Haken

AFP, Taipeh

Ein taiwanischer Angler hat am Sonntag ein merkwürdiges Erlebnis gehabt: Von einem großen Fisch ins Meer herausgezogen, verdankt er seine Rettung einem beherzten anderen Petrijünger, der ihn durch einen geschickten Wurf an seinen Angelhaken bekam und wieder an Land zog. Dies berichtete gestern eine Zeitung in Hsinchu (Nordwesttaiwan).

Größter Heroinfund

rtr, Köln

Polizei und Zollfahndung haben im Auto eines Ehepaares mit 18,5 Kilogramm Heroin die bislang größte in der Bundesrepublik Deutschland sichergestellte Menge Heroin beschlagnahmt. Der Wert wird auf mehrere Millionen geschätzt. Ein Polizeisprecher sagte gestern, ein dienstlicher Hinweis habe vor drei Wochen auf die Spur des 40 und 44 Jahre alten Paares geführt. Seitdem sei dessen Wohnung in Frechen bei Köln rund um die Uhr beobachtet worden. Am Donnerstag vergangener Woche sei das Paar zurückgekehrt – eine Deutsche und ihr aus der Türkei stammender Mann mit deutscher Staatsangehörigkeit. Das Heroin habe sich in 17 Säckchen befunden, die in den Kotflügeln ihres Autos eingeschweißt worden seien. Gegen das Paar erging nach Angaben der Polizei Haftbefehl.

ZU GUTER LETZT

„Das Huhn mit dem goldenen Ei wurde jetzt im Indianer-Reservat Standing Rock Sioux in North Dakota entdeckt. Lorraine Left Hand entdeckte im Hals des Tieres einen kleinen Goldklumpen, als sie es für den Sonntagsbraten anrichtete." Dies meldete AFP.